

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement • Preis pro Nummer: 10 Pf.
 Vierteljährlich 3.30 RM., monatlich 1.10 RM.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntag-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement: 1.10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich • Ungarn
 2.50 RM., für das übrige Ausland
 4 RM. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1898.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgeheiligte Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereinar-
 und Fortbildungszwecke 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf., fünfzig 2 festgedruckte
 Worte, jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Schiffsvermit-
 tlungen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Nachlese.

Berkungen der Kommerzgefäng. verhält Papier- und Sporenklang — und wie die graue Fassade der Häuser, von denen man die bunten Gärten und Luchsegen herabgeriffen hat, so starrt auch der graue Alltag unsere Jubiläumspatrioten wieder an. Nachdem sich des Festes müdere Geister aus den Köpfen verflüchtigt und nur einen lagenjämmerlichen Bodenfuß zurückgelassen haben, heben die Nörgler wieder an zu nörgeln. In den Kasino's der Garde entrieffen sich die Junker, daß sich Wilhelm II. mit Herrn Vallin gemein machte und einem Herrn James Simon einen hohen Orden an die Brust hefte, und in den heiligen Hallen der Börse raunt man sich unter aufgeregten Handbewegungen zu, daß er trotz allem ein Kaiser des Feudalismus sei und bleibe.

Aber drei Tage wenigstens währte der Nauch, drei Tage hingen die Gärten und Luchsegen an den Balkonen und Pfeilern, drei Tage donnerten die Hurra'salben, drei Tage liefen die Sek- und Druckmaschinen der bürgerlichen Presse auf den Rhythmus: Heil Dir im Siegerkranz! Was allerdings diese bürgerliche Presse ihren Lesern zu dem Jubiläumstage kredenzte, war, wie vorausgesehen, der schale, abgestandene und lauwarme Trank des Byzantinismus. Daß sich die Mäpfer der Rechten eine Güte antaten, darf nicht Wunder nehmen. Sie betrachten sich ja als die „Triarier Seiner Majestät“, sie, die ostelbischen Vatikundjunker, sehen in ihm nur ihren ersten Klassengenossen, den größten Großgrundbesitzer im Reich, und wenn sich einmal, wie es in den Jirtus-Busch-Phantasien immer versichert wird, die grüne Fahne der Landwirtschaft gegen das rote Banner entrollt und die sozialdemokratische Saat von derbesegneten Bauernfüßeln zertrampelt werden soll, dann sehen die Bündler Wilhelm II. an der Spitze ihres Heeresstrosses. Darum wurde in den Organen, die statt Drucker'schwarze Schollengeruch ausatmen, dem kaiserlichen Herrn Treue geschworen, und sogar Herr Dr. Dertel kletterte schwerfällig in den Sattel seines schwerfälligen Pegasus und sang los:

Geht klopfen die Herzen mit stärkerem Schlag,
 Wir weihen uns wieder aufs neue
 Und bringen Dir dankend an Deinem Tag
 Das feste Gelübde der Treue.
 In Hebe und Frieden, im Glück und in Not,
 Wir halten Dir Treue, die Treue zum Tod!
 Gott höre es, Kaiser!

Wenn aber wieder einmal die Getreidezölle herabgesetzt werden und Wilhelm II. die „rettende Tat“ begreift und sich gegen den „Kornwucher“ wendet, zerklüffern alle diese Treue-schwüre wie blauer Nauch aus der langen Pfeife, ein zweiter Rupprecht-Ranfarn ruft die Agrarier auf, unter die Sozialdemokraten zu gehen und Dertel stimmt seine Parze zum Breiße der Republik.

Machen so die großgrundbesitzenden „Triarier“ ihre Kaiser- und Königtreue von ihren mehr oder minder gefüllten Kompottschüsseln abhängig, so sind die liberalen Paten-schiffe viel unbedingtere „Triarier Seiner Majestät“. Man mag ihnen auf die Hühneraugen treten — sie schreien Hurra! Man mag ihnen vor den Bauch stoßen — sie schreien Hurra! Man mag ihnen Funken aus den Augen schlagen — sie schreien Hurra! Damals, im November 1908, als die Enthüllungen des „Daily Telegraph“ die bekannte Revolution von Papier durch Reich und Reichstag rauschen ließen, schrieb Herr Raumann im Namen des deutschen Liberalismus in der „Hilse“:

Auf wen soll denn nun das deutsche Volk eigentlich seine Augen richten? Die Stelle, wo der Kaiser gestanden hat, ist in gewissem Sinne durch ihn selbst ihres früheren Ansehens entkleidet worden. Wenn der Kaiser künftig den nationalen Gedanken vertreten wird, bleibt stets die unauslöschbare Erinnerung, daß er von sich erzählt hat, er habe den Engländern einen Kriegsplan geliefert. Wenn er in einer Thronrede von den freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten redet, bleibt der Gedanke, daß er es war, der den französisch-russischen Vorschlag nach London mitteilte. Wenn er zum Flottenbau auffordert, bleibt die peinliche Vorstellung, daß er gesagt hat, wir sollten diese großen Kosten tragen, um gegen die Ostasiaten kämpfen zu können. Es wird nie wieder, wie es vorher gewesen ist; alte kaiserlichen Handlungen sind nun umgeben von einem Schatten.

Die unauslöschbare Erinnerung? Die peinliche Vorstellung? Nie wieder? Du lieber Himmel! Wie spottisch! In der bengalischen Beleuchtung dieses Jubiläums war nichts von einem Schatten um die kaiserlichen Handlungen zu bemerken, und der November 1908 ist für die deutsche Bourgeoisie längst tote Vergangenheit. Nur die Festschrift der bürgerlichen Presse, die in allem Byzantinismus schwelgen, brauchte Wilhelm II. zu lesen, um in der Meinung besetzt zu werden, daß er durch Gottes Gnade über das Gewimmel der Sterblichen emporgeliege und mit dem Scheitel an die Sterne stoße. Da ist die „Kölnische Zeitung“, das längst pflaumenweiße Organ des Nationalliberalismus, das einst in einem Augenblick der Verdrossenheit mit einer „Revision der monarchischen Gesinnung“ gedroht hatte, das sich heute wie folgt äußert:

Wir fühlen an diesem Tage, wie sehr unser menschliches (1), unser politisches Dasein mit diesem Hohenzollernhause verbunden ist, fühlen es durch das Nachdenken am heutigen Tage erst bewußt so stark, daß diese Monarchie die Lebenslust ist, in der unser Leben erst gut gedeiht, und mit dem, wenn es hinginge, eines unserer besten Güter verloren wäre. Es ist das echt monarchische Gefühl, das vielgeprüfene und auch vielgescholtene Treuverhältnis, mit dem seit der Feudalzeit der Soldat seinem Kriegsherrn ergeben gewesen ist zu allen Zeiten, in jeder Lage, und dem seit Anbeginn der Widerstand aller bewußten und unbewußten Gegner des Staates gegolten hat.

So etwa haben in den Zeiten des französischen Basempire, des niedergehenden Kaiserreiches, die Kammermameluden den dritten Napoleon angewandelt!

Aber es kommt noch besser! Während selbst sehr monarchisch gesinnte Männer in der Vielfältigkeit Wilhelms II. ein Haar gefunden haben und betonen, daß er in all den Wissensgebieten, in denen er sich zu betätigen liebt, nur ein Laie ist, ist er für das nationalliberale Organ „der modernste, fleißigste, geistig regsamste Herrscher der Neuzeit, ein Anreger und nationaler Erzieher von außerordentlicher intellektueller und moralischer Energie, ein Mann, dessen geistige Interessen alle Gebiete des Denkens und Lebens mit gleicher Eindringlichkeit umfassen, ein unermüdbar Lernender, in der ersten Reihe der Männer, mit denen sich die Welt immer wieder beschäftigt, weil der Reichtum ihrer Persönlichkeit und ihres Willens dazu anregt. Auf keinem europäischen Throne hat in der letzten Generation ein Mann gefessen, der mit solch vibrierender Lebhaftigkeit des Geistes seine Zeit studiert hat. Das kann man feststellen, ohne sich dem Verdacht byzantinischer Schmeichelei auszusetzen.“ Wären die Nationalliberalen ob ihrer Harmlosigkeit nicht über diesen Verdacht erhaben, man könnte auf den freblen Gedanken kommen, sie wollten durch das Schwimmen ihrer Wehrschaffler mit Gewalt den Kaiser betäuben und in die schwindelnden Höhen des Zsarismus hinauftragen.

Von den nationalliberalen zu den fortschrittlichen Mameluden! Zwar das „Berliner Tageblatt“ hat getrennte Buchführung; im politischen Teil den Männerstolz vor Königsthronen, im lokalen Teil den Burzelbäume schlagenden Byzantinismus. Im politischen Teil blicken die Leitartikel sorgenvoll in die Zukunft, im lokalen Teil klettern Mofes junge Leute mit Frigkeit auf Lokomotiven, um zu erhaschen, wie sich Wilhelm II. und Nikolaus II. guten Tag sagen. Die „Frankfurter Zeitung“ dagegen, die ganz unbedingtermaßen in den Geruch eines wirklich fortschrittlichen Organs gekommen ist, versäumt die doppelte Buchführung und serviert Byzantinismus, angerührt mit Männerstolz vor Königsthronen. Als handele es sich um Buchführung I. Qualität, wird der Kaiser von ihr als „ein Mann von Qualitäten“ gefeiert. Velleibe kein demokratischer Ueberchwang in der Kritik, o nein! sondern das Frankfurter Weltblatt sieht Wilhelm II. „mit psychologischem Auge“ an und findet es ganz begreiflich, daß er nach „einer Art von Fängschüren“ trachtete, die ihm auf der Uniform des Zaren wohlgefielen, und daß er, um sich die gleichen anheften zu können, sich „zum Generaladjutanten weiland Seiner Majestät Kaiser Wilhelms des Großen“ ernannte. Und wenn endlich das Vörfenorgan den Romantiker Wilhelm feiert als einen derer, „die sich an einem Regenbogen erfreuen oder gar dabei dem lieben Gott in den Himmel schauen“ im Gegensatz zu den anderen, „die aus dem Regenbogen die Anregung zu einem neuen Arawattenmuster schöpfen“, so erklärt sich das wohl daraus, daß der Leserkreis der „Frankfurter Zeitung“ ausschließlich aus geschäftstüchtigen Individuen besteht, denen der Regenbogen als gottgewolltes Arawattenmuster erscheint.

Das alles sind freilich nur Stichproben von der byzantinischen Hochstut, die der 16. Juni über Land hat fliehen lassen. Es versteht sich auch am Rande, daß die bürgerlichen Schmöcks aus dem Ordensgefirbel der Jubiläumsauszeichnungen so weißsagen, wie es die alten Weiber aus dem Kaffeefäß zu tun pflegen. Und doch ist da wenig zu bemerken. Daß Dernburg mit einem ganzen Schuß anderer ins Herrenhaus berufen worden ist, bringt das genannte Frankfurter Blatt ganz aus dem Häuschen — er teilt die Ehre mit dem General Löwenfeld mit der wächsernen Nase. Der erbliche Adel ist unter anderem Herrn Lauff — auch Schiller wurde geädelt! — und dem früheren Reichsanwalt Dischhausen angehängt worden, der gegen Karl Liebknecht wegen angeblichen Hochverrats Justizhaus beantragte. Der Rote Adler zweiter für Dr. Krupp von Bohlen und Halbach zeigt, daß die Enthüllungen über die eigentümlichen Geschäftspraktiken der Firma dem Gatten der Inhaberin nichts geschadet haben. Und während alle Staatssekretäre und Minister mit Orden begnadet worden sind, betrachtet Herr v. Bethmann Hollweg, der schon der Grafenwürde gewiß war, mit melancholischem Lächeln das Bild, das ein schwacher Ersatz ist für Orden und Würden.

Wegen der langsamen Erledigung der Heeresvorlage soll ihm Wilhelm II. ernstlich großen. O jerum, jerum, jerum!

Das ist die Garde!

Noch ein solcher Sieg, und die Garde ist verloren! Wenn sich unsere Militärgewaltigen und die sonstigen Rüstungsinteressenten auf die nächste Militärvorlage rüsten, mögen sie nur von vornherein die Garde als einen verlorenen Posten betrachten. Ihre Stellung ist durch das Vorpostengefecht der Reichstagsdebatte feinerzeit in der Budgetkommission und durch die Hauptschlacht am Mittwoch im Plenum so erschüttert worden, wie in dem deutsch-französischen Kriege die alten Kompagniesolonen der Garde als Gefechtsformation. Und das Echo, das die Reichstagsdebatten im Volke finden werden, die Kritik, die bis zu den nächsten Wehrvorlage in tausenden und abertausenden von Volksversammlungen außer an anderen überflüssigen, kostspieligen und im Kriegsfall geradezu gefährlichen monarchischen Liebhabereien besonders an das Gardeprinzip des preussischen Militarismus geübt worden ist, muß das übrige tun.

Geiß wogte die Schlacht am Mittwoch hin und her, aber mehr hin als her! Die Verteidiger der Regierung, der Wehrvorlage und des Gardeprivilegs, an der Spitze der Kriegsminister, hinter ihm seine freiwilligen Flügeladjutanten aus den konservativen Parteien, waren von vornherein in der Defensive, und sie sind bis zum Schluß nicht aus ihr herausgekommen. Mit Mühe haben sie die Position gehalten, die ihnen die Budgetkommission mit Hilfe der Erdwälle und Stachelbrüste der Zentrumskräfte vorläufig gelassen hat.

Die Begründung des sozialdemokratischen Antrages hatte Genosse Lensch übernommen. Mit trefflicheren Gründen und mit einem Witz, der seine zündende Wirkung weniger durch Behendigkeit als durch urwüchsige Derschheit erzielte, rückte er den feierlich aufgekuppelten und mit feierlichstem Gewehrgriff präsentierenden Gardekorps zu Leibe. Es gibt keinerlei gesetzliche Grundlage für die Existenz der Garde, im Gegenteil, die Bildung der Eliteregimenter steht mit der Reichsverfassung in Widerspruch. Wenn aber irgendwas Begriffe fehlen, so müssen Worte herhalten. Worte, Worte, nichts als Worte sind für die Begründung der ganzen Wehrvorlage angeführt worden, ganz besonders aber müssen Worte herhalten, um die verfassungswidrige Ausnahmestellung der Garde aufrechtzuerhalten. Eines der beliebtesten Worte in solchen Fällen der Hoffnungslosigkeit ist das von der Kommandogewalt des Kaisers, in die die ruchlosen Sozialdemokraten schände eingreifen wollen. Mit Recht sah Genosse Lensch in dieser sogenannten Kommandogewalt eine der stärksten Wurzeln unserer gesamten politischen Rückständigkeit, und vor allem der Aufrechterhaltung des deutschen Absolutismus. Mit schneidendem Holze kritisierte unser Redner die mannigfachen Ausnahmerechte und -pflichten der Garde, von den schreienden, für den Kriegsfall aber sehr gefährlichen Uniformen an über die Ausübung der Garde zu höfischen Spalierzwecken hinweg bis zu der Bevorzugung der Gardeoffiziere. Heute sucht man mit Eifer in allen Gegenden Deutschlands die Rekruten für die Garde zusammen, die sozialisteneinigen Gegenden werden bevorzugt. Aber es wird der Tag kommen, an dem es auch im Gehirn der zehnmal gesiebten Gardeoffiziere tagen wird, an dem sich auch die Garde nicht mehr als Waffe gegen das Volk benutzen läßt.

Der Herr Kriegsminister, dem bei seinem überbollen militäristischen Herzen so oft der Mund übergeht, hatte in der Budgetkommission die Bemerkung gemacht, daß die Annahme des sozialdemokratischen Antrags der Regierung die Wehrvorlage unannehmbar machen würde. Also erst die Garde, dann das Vaterland! Oder — da die Garde hauptsächlich Schutzwehr für die Monarchie sein soll: erst der Kaiser, dann das Vaterland! Damit hatte der Kriegsminister von vornherein die ganze Front seiner Stellung schuplos preisgegeben, und alle Versuche des Herrn Tobias von Heeringen, nachträglich einige Verichtigungskolonnen in die gefährdete Position zu werfen, scheiterten elend.

Nach Herrn Müller-Meinigen, der die Sympathie der fortschrittlichen Volkspartei für die sozialdemokratischen Gardeanträge zum Ausdruck brachte, nicht ohne die lauwarme Kompromittakt der Liberalen mit einigen unpassenden Angriffen auf die Sozialdemokratie zu bedenken, hielt der konservative Kudablige Graefe eine aufreizende Rede, die er mit albernem antikemistischem Rühchen für seine geistig nicht sehr anspruchsvollen näheren Freunde lieblich würzte. Der Provokateur ist der in Berlin gut bürgerlich und nicht „hochwohl“ geborene Sohn des bekannten Augenarztes Graefe. Dieser um die Wissenschaft verdiente Mann ist später geädelt worden, und so darf der jetzige Reichstagsabgeordnete stolz ein „von“ vor seinem Namen tragen. Er hat sich außerdem in Mecklenburgischen ein Rittergut gekauft, und gestiftet auf so viel untrügeliche Kennzeichen eines „Gefessens und Reifens“ markiert er den ahnen- und ahnungslosen Junker mit unnaahmlicher Grazie.

Unser Genosse Schöpflin und der Fortschrittler Müller-Meinigen leuchteten dem vor ostelbischen Junkerstolz beinahe blühenden Sohne des Berliner Augenarztes heim. Der freisinnige Redner fand zum Teil so glückliche Pointierungen bei der Abwehr des konservativen Klappstehers, daß ihm auch die sozialdemokratische Fraktion mehrmals zustimmen konnte.

Genosse Schöpflin beschränkte sich nicht auf die Abwehr des auchuntertlichen Gerngrozes. Es gelang ihm trotz der vorgerückten Stunde und trotzdem die Frage schon nach allen Richtungen hin diskutiert worden war, doch noch durch neue Gründe und schlagfertige Witze das ganze Haus zu fesseln und die Verteidiger der Garde noch mehr in die Enge zu treiben. Sie wagten kaum dagegen zu demonstrieren, als Schöpflin ihnen zurief, daß ihnen nicht besonders wohl sei, wenn sie heute wieder eine populäre

Forderung zur Demokratisierung des Heeres ablehnten. Die Sozialdemokratie werde sich wegen dieser Ablehnung an eine höhere Instanz, als der Reichstag sei, wenden: an das deutsche Volk! Und das werde früher oder später ein Urteil sprechen, mit dem die Sozialdemokratie zufrieden sein könne!

Das Besitzsteuergesetz.

Das Steuerkompromiß ist in seinen Grundzügen zwischen den Vertretern des Zentrums und der Liberalen fertiggestellt worden. Die Konservativen stehen ihm wegen der Besteuerung des Kindeserbes ablehnend gegenüber. Seine endgültige Form wird das Gesetz erst in den Kommissionsberatungen finden, die Mittwoch begonnen haben. Darüber unterrichtet der nachstehende Bericht.

Die Budgetkommission trat am Mittwoch in die Beratung des Besitzsteuergesetzes ein, das bestimmt, daß von dem Vermögenszuwachs eine Abgabe (Besitzsteuer) erhoben werden soll. Als Vermögen gilt nach § 2 das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden. Zur Steuer sind demnach herangezogen: Grundvermögen, Betriebsvermögen und Kapitalvermögen nach den näheren gesetzlichen Bestimmungen.

Genosse Sudekum beantragte als Berichterstatter, die beiden ersten Paragraphen, die die Aufbringung der Steuern den Einzelstaaten überläßt, abzulehnen. — Schatzsekretär Kühn verteidigte die Vorlage. Das Reich wie auch der Reichstag können mit ihr durchaus zufrieden sein. Das Reich erhalte eine sichere Einnahme, ohne in die Steuerhoheit der Bundesstaaten einzugreifen, und der Wunsch der Parteien nach Einführung einer Besitzsteuer werde erfüllt. — Abg. Gröber machte auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, die dieses Gesetz zur Folge haben müsse, besonders wenn die Landtage ihrerseits gesetzgebend in die Ausführung dieses Gesetzes eingreifen werden. Entscheidend für das Zentrum sei, daß eine Verständigung auf der Grundlage der Vorlage nicht möglich ist, sondern wahrscheinlich nur auf dem Boden einer Besitzsteuer direkt durch das Reich. Das Zentrum werde an der Verständigung mitarbeiten. Auch mit dem vorliegenden Entwurf werde die Steuerhoheit der Einzelstaaten angefaßt. Der Bundesrat könne somit seine Einwendungen nicht erheben, wenn auch auf einem anderen Wege dasselbe versucht werde. — Abg. v. Pauer tritt für Ablehnung der ersten beiden Paragraphen ein. Der vorgeschlagene Weg sei schon deshalb unangenehm, weil der Entwurf eine Art Strafgesetz gegen die Bundesstaaten darstelle, indem sie gezwungen werden sollen, nach bestimmten Grundätzen und Vorschriften vom Vermögenszuwachs Abgaben zu erheben. Einschneidend könne man in die Rechte der Bundesstaaten nicht eingreifen. Die Erbschaftsteuer wäre ein sehr empfehlenswerter Weg gewesen, aus dem Steuerdilemma herauszukommen. Das Vermögenszuwachssteuergesetz müsse in ein primäres Reichsgesetz umgearbeitet werden.

Abg. Wasser mann erklärte namens der Nationalliberalen, daß auch sie den Entwurf ablehnten. Bei Ausgaben, wie solche für die neue Militärvorlage, müsse danach getrachtet werden, sie durch reichsweite Einnahmen zu decken. Die Nationalliberalen seien für eine Verständigung. In erster Linie forderten sie eine Reichsvermögenssteuer, aber der Reichsfinanzminister habe diese Steuer rundweg abgelehnt. Ein anderer gangbarer Weg wäre die Erbanfallsteuer, auch wenn dabei Konzeptionen gemacht werden müßten. Jetzt müßte wohl aber auf dem Boden des Vermögenszuwachssteuergesetzes eine Einigung versucht werden.

Abg. Graf Westarp trat namens der Konservativen für die Regierungsvorlage ein. Der Besitz sei von den Einzelstaaten und den Kommunen schon in durchaus gerechter Weise belastet, dazu komme noch der Wehrbeitrag. Die Konservativen wollten trotzdem noch dafür eintreten, dem Besitz weitere 80 Millionen aufzuladen; direkte reichsweite Einnahmen zu schaffen, lehnen sie aber ab. Es war schon unrichtig, dem Reich im Jahre 1906 einen Teil der Erbschaftsteuer zu übertragen; das gelle erst recht für eine Reichsvermögens- und Erbanfallsteuer. Auch die Zuwachssteuer greife in die Befugnisse der Einzelstaaten ein, die immer mehr gezwungen werden sollen, ihr Steuerrecht den Bestimmungen des Reichs anzupassen. Die Regierungsvorlage lasse den Einzelstaaten wenigstens freie Hand in der Ausgestaltung ihrer Steuerrechte, die nicht erschüttert werden sollten. Der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit bei Steuerfragen bedürfe nicht der Normalvorschriften durch das Reich. Von der Regierung erwarten die Konservativen endlich bestimmte und klare Erklärungen darüber, ob sie an ihrer Vorlage festhalten wolle. Sollte der Regierungsentwurf keine Mehrheit finden, so würden die Konservativen an der Verständigung über eine andere Regelung mitarbeiten.

Abg. Sped (Z.) erklärte für seine Person, daß er bereit sei, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Den Einzelstaaten könnte man durch Reichsgesetz die untere Grenze der Vermögensbelastung und die Staffelung vorschreiben, so daß die kleinen Vermögen geschont würden. Abg. Sped erklärte sodann, auch an der Verständigung auf einer anderen Grundlage mitarbeiten zu wollen.

Schatzsekretär Kühn befragt, ob die Regierungsvorlage in die Rechte der Bundesstaaten eingreife, die im Ausbau ihrer Steuerrechte nicht gehindert würden. Die Regierungsvorlage soll gerade den Bundesstaaten eine Sicherung bringen. Eine Erklärung darüber abzugeben, wie der Bundesrat sich zu einer Verständigung stellen werde, könne er nicht. Der Bundesrat werde sich erst entscheiden, wenn die Beschlüsse des Reichstags eine Uebersicht gestatten.

Die beiden ersten Paragraphen wurden gegen die Stimmen der Konservativen sowie der Zentrumsabgeordneten Graf Prafcha und Sped abgelehnt.

Die nachfolgenden Paragraphen bestimmen, was alles als Vermögen im Sinne des Gesetzes zu betrachten ist. Die Bestimmungen gleichen im allgemeinen denen im Gesetz über den Wehrbeitrag. Die Konservativen fordern, daß auch die Aktiengesellschaften zur Zahlung der Zuwachssteuer herangezogen werden. — Die Abstimmung wird später erfolgen.

Nach der Regierungsvorlage (§ 13) soll von einem Zuwachs, der den Betrag von 2000 M. nicht übersteigt, die Zuwachssteuer nicht erhoben werden. Die Nationalliberalen beantragten statt 2000 M. zu sagen 10 000 M. Nach § 14 sollen Vermögen bis 6000 M. der Besteuerung nicht unterliegen. Die Nationalliberalen beantragten, die Ziffer 6000 durch 20 000 zu ersetzen. Wenn das steuerbare Gesamtvermögen eines Steuerpflichtigen am Ende des Veranlagungszeitraumes den Betrag von 20 000 M. nicht übersteigt, so gilt als Zuwachs der Betrag, um den dieses Vermögen die Summe von 6000 M. übersteigt. Die Nationalliberalen wollen hier die Ziffern 20 000 durch 40 000 und 6000 durch 20 000 ersetzt wissen. Der Zuwachs soll in diesem Falle auch dann der Steuerpflicht unterliegen, wenn er die Summe von 10 000 M. nicht erreicht. Die Sozialdemokraten beantragten, in § 13 die Ziffer 2000 durch 6000, und in § 14 die Ziffer 6000 durch 12 000 zu ersetzen. Die kleinen Vermögen und der geringe Zuwachs sollten, wie Genosse Dase beabsichtigte, gewiß geschont werden, aber die nationalliberalen Anträge gingen zu weit. — Abg. Gröber trat für die nationalliberalen Anträge ein, ebenso Abg. Fischel namens der Volksparteiler, während Graf Westarp die Stellungnahme der Konservativen von der Gestaltung anderer Bestimmungen abhängig machte. — Bei der Abstimmung wurden die Vorschläge der Regierungsvorlage einstimmig, die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, die nationalliberalen Anträge dagegen angenommen.

Zur Besteuerung des Vermögenszuwachses durch Erbschaft beantragten die Nationalliberalen folgende neue Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen: „Hält in den Veranlagungszeitraum der Erwerb einer Erbschaft, so ermächtigt sich, wenn der Erbe ein Abkömmling des Erblassers ist und zur Zeit des Erbfalls das

21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und wenn das steuerbare Vermögen den Gesamtwert von 50 000 M. nicht übersteigt, die Abgabe um einen Betrag, der für jedes bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres fehlende volle Jahr auf fünf vom Hundert der Abgabe berechnet wird. Die Gesamtmehrfachung darf 50 vom Hundert der Abgabe nicht übersteigen.“

Die Konservativen stellten diesen Antrag: „Der Erwerb von Todes wegen der nach § 11 Nr. 4a bis c des Erbschaftsteuergesetzes von der Erbschaftsteuer befreiten Abkömmlinge bleibt insoweit steuerfrei, als das ererbte Vermögen in der Hand des Erblassers nicht mehr der Zuwachsbesteuerung unterliegen würde.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags beantragten die Konservativen: „Hält in den Veranlagungszeitraum der Erwerb einer Erbschaft, so bleibt, wenn der Erbe ein Abkömmling des Erblassers ist und zur Zeit des Erbfalls das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und wenn das steuerbare Vermögen den Gesamtwert von fünfzigtausend Mark nicht übersteigt, der aus dem Erbfall herrührende Zuwachs insoweit steuerfrei, als das ererbte Vermögen in der Hand des Erblassers nicht mehr der Zuwachsbesteuerung unterliegen würde.“

Abg. Oertel erklärte, die Gestaltung der Besteuerung des Vermögenszuwachses durch Erbschaft sei für die Konservativen ausnahmslos für ihre endgültige Stellungnahme zum Gesetz. Werde das Kindeserbe der Besteuerung unterworfen, so sei für die Konservativen das Gesetz unannehmbar, das nicht zu einem versteckten Erbschaftsteuergesetz gemacht werden dürfe. Das Vermögen, das durch Erbschaft auf die Kinder übergeht, könne nicht als Vermögenszuwachs angesehen werden. Nur wenn zwischen der letzten Veranlagung eines Vermögens und seines Uebergangs in die Hände eines Abkömmlings ein Zuwachs eingetreten ist, könne eine Besteuerung eintreten, sonst aber nicht. — Schatzsekretär Kühn bekämpfte die konservativen Anträge. Es sei möglich, bei der Besteuerung einen Unterschied zu machen zwischen dem Zuwachs, der aus einer Erbschaft oder sonst woher komme. Der Schatzsekretär bezeichnete dagegen den nationalliberalen Antrag als abgelehnt. — Abg. Fischel stimmte den Konservativen darin zu, daß die Besteuerung der Erbschaften der springende Punkt sei. Die Volkspartei mache ebenfalls die Entscheidung davon abhängig. Seit Wochen werde an einer Verständigung gearbeitet, die aber doch nicht so kommen dürfe, daß sich die Mehrheit der bürgerlichen Parteien der konservativen Minorität unterwerfe. Das vorliegende Gesetz würde ein schreiend ungerechtes werden, wenn die Erbschaft nicht der Besteuerung unterworfen würde. Wer 10 000 M. zusammengespart und dabei gearbeitet hat, solle Steuern bezahlen, nicht aber, nach den Forderungen der Konservativen, wer 25 000 M. erbe. Solchen Ungerechtigkeiten würden die Volksparteiler ihre Zustimmung niemals geben. Die Erbschaftsteuer müsse nicht nur das Betragen wegen für den Fiskus durchgeföhrt werden, sondern auch um eine Handhabe zu erhalten, die Vermögen richtig einschätzen zu können.

Genosse Sudekum befragt, ob es sich beim vorliegenden Gesetz um eine versteckte Erbschaftsteuer handle. Die Besteuerung des Erbes der Abkömmlinge werde durch das Gesetz II und III eingeföhrt von Reichs wegen. Sudekum bekämpfte sowohl die Anträge der Konservativen, wie den Antrag der Nationalliberalen. — Abg. Gröber wandte sich gegen den konservativen Antrag, der schon seiner inkorrekten Fassung wegen unannehmbar sei. — Abg. Graf Westarp gab die Erklärung ab, die Konservativen hätten bisher viel Entgegenkommen zu einer Verständigung bewiesen, erstens durch ihre Zustimmung zu den ersten beiden Paragraphen der Regierungsvorlage und zweitens durch die Bereitwilligkeit, weiter mitzuarbeiten, trotzdem diese Paragraphen abgelehnt worden seien. Im Jahre 1906 bei Schaffung des Erbschaftsteuergesetzes wurden feierliche Erklärungen abgegeben, weiter könne und wolle man vom Reich aus nicht gehen, als beim Gesetz von jenem Jahre. Jetzt aber werde ein anderer Weg beschritten. — Schatzsekretär Kühn befragt, ob 1906 die Regierung Erklärungen in der Art abgegeben hat, wie Graf Westarp jetzt behauptet.

Bei der Abstimmung wurden die beiden konservativen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller und des Zentrums abgelehnt; der nationalliberale Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Nachmittags soll eine engere Kommission zur Vorerberatung der weiteren Paragraphen zusammentreten. Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Die Reichen protestieren.

Der „Bund der Industriellen“ protestiert in einer Eingabe gegen die Beschlüsse der Budgetkommission über den Wehrbeitrag. In der Begründung des Protestes wird ausgeföhrt:

„Eine Besteuerung der industriellen Kapitalien bis zur Höhe von 1½ Proz. müßte zu Störungen und Erschütterungen zahlreicher Unternehmungen föhren. Sie bedroht und gefährdet die für die Ausdehnung der deutschen industriellen Produktion unbedingt notwendige Kapitalbildung, deren ungeführtes Fortschreiten durch das rasche Anwachsen der deutschen Volkzahl und deren noch rascher wachsenden Bedarf geboten ist. Eine derartige Belastung der in der deutschen Volkswirtschaft arbeitenden und bei der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung unter hohen Zinssätzen und knappem Geldangebot auf äußerste in Anspruch genommenen Anlage- und Betriebskapitalien würde auch in ihren wirtschaftspolitischen Konsequenzen überaus bedenklich sein, sie würde den Beginn einer Konfiskation bedeuten können.“

Auf einen ähnlichen Ton gestimmte Proteste aus den Kreisen der kleineren Industrie veröffentlicht die „Rhein.-Westf. Btg.“

Wenn der Arbeiter bis zu 10 Proz. seines knapp bemessenen Einkommens an indirekten Steuern bezahlen muß, dann stellt man das immer als eine Selbstverständlichkeit hin, wiewohl eine derartige Belastung weit eher als eine Konfiskation des Einkommens bezeichnet werden könnte, um so mehr, als diese Belastung eine dauernde ist. Der Wehrbeitrag dagegen ist eine einmalige Abgabe, die noch obendrein auf drei Jahre verteilt werden kann. Wer ein Vermögen von einer Million Mark hat, bezahlt drei Jahre hindurch jedes Jahr 6000 M., und das nennt man dann eine Konfiskation des Eigentums. Nachdem die Bescheidenden, die bei Wahlen stets ihre Opferwilligkeit so ostentativ betonen, einmal bezahlen sollen, erdient auf der ganzen Linie Deuten und Wehklagen. Reicht nur noch, daß die Bescheidenden Proteste gegen Steuerliche Belastungen abhalten, damit könnte man dem „Opferjahre 1913“ erst die richtige Weihe geben. Im übrigen können ja die Herren ihren Einfluß geltend machen, um die neuen Heeresausgaben herabzusetzen. Dann brauchen sie sofort weniger zu zahlen.

Politische Uebersicht.

Liberaler Zeitungshyazinismus.

Der Kapitalismus, der mit Menschenleben recht verschwenderisch umgeht, wird äußerst sparsam, wenn es sich um Ausnützung des Rohmaterials handelt. Was hat nicht die moderne Chemie aus den einst wertlosen Rückständen der Koksbereitung hervorzuzaubern gewußt. Und neben der Verwertung der Rückstände, der immer intensiveren Ausnützung des Rohmaterials überhaupt, werden immer neue, früher unbeachtete Stoffe in den Kreis der Verarbeitung gezogen. Als kapitalistisches Geschäft verfolgt die bürgerliche Presse genau dieselben Prinzipien (Sie sind ja ihre etzigen). Man denke nur, was die Scherl-Zeitungen oder die meisten illustrierten Blätter für kolossalen Bedarf von Rohmaterial zur Herstellung der Zeitungen

für den Annoncenteil haben. Billig und in Fülle liefern die verschiedenen Monarchen mit ihren Familien solchen Rohstoff. Der Hyazinismus, den diese Presse pflegt, entspringt so unmittelbar denselben kapitalistischen Verwertungsprinzipien, die zur Ausdehnung der Nebenproduktion von Benzol, Ammoniak usw. bei den Kokereien geführt haben. Und diese Verwertungsprinzipien des in der Presse investierten Kapitals tragen natürlich stets den Sieg davon über die politischen Prinzipien, die sonst je nach den Konkurrenzverhältnissen und Gruppeninteressen in den verschiedenen Blättern zum Ausdruck kommen. Daher dann der klassische Widerspruch, der in der nachstehenden Notiz des „Kunstwart“ gezeigt wird:

„Man weiß ja: Berlin ist der Sitz der Ultrakonservativen. Nicht? Wie, es ist bei allen Wahlen Kampfplatz der Fortschrittler und Sozialdemokraten? Und die Berliner Fortschrittsblätter hätten gelegentlich dieser Feste unmittelbar nach freitagskommenden Aufsehen Seiten über Seiten mit den gleichgültigsten Kleinigkeiten vom Hofe volgeschmückt, weil sie die Wünsche ihrer Leser kannten? Sobiel ist richtig: auch aus dem blauesten Himmeln haben wir von solchen Aufwändlungen nie gehört. Also: weder sie selber, die hinter allem sich Guten-Tags-Sagen und ach, gar Geschenkausstellen der Fürsten nachschlingelten, hatten ein Gefäß davon, daß sie sich, noch die Reporter davon, daß sie ihre Leser prostituierten? Dann müssen politische Gesinnungen, ob sie konservativ oder freisinnig sind, doch wohl an und für sich mit Hyazinismus nichts zu tun haben. Der ist eine Gehirnkrankheit für sich. „Herzliche Teilnahme am Königshaus“ — was helfen denn solche Reden! Der alte Kaiser und Bismarck wußten, was sie davon zu halten hatten, und der neue und Weismann Jollweg werden's auch wissen. Teilnahme an Hofes und Pauletten, an Roben und an feidener Unterwäsche, am Riken und Rächeln, am Rauspern und Spuden — Bonneschauer beim Vorbelächeln eines „höheren Lebens“, dem zu nahen, als der Inbegriff aller Ueberseligkeit ershelat. Und das ist das echt Hyazinistische: es wird zum Ideal, das nachzuahmen diesen Armen im Geiste das höchste wird, wie ein Dienersrad, die Hofmusik imitiert. Nicht man selber setzt sich das Lebensideal, der Hofbericht setzt es einem. Als wähe ein Gemusel von lächerlichen Witzigkeiten müßte einem Fürsten ein Volk erscheinen, wenn er nicht zu klug wäre, um es nach solchem „Gehudel unter mir“ zu messen.“

Das ist gewiß richtig, es bleibt aber im Ideologischen stecken, wenn der Hyazinismus nur als Gehirnkrankheit gefaßt wird. Es steht vielmehr sehr viel Geschäfts- und gesundes Klasseninteresse darin: dem Volke muß der monarchische Glaube ebenso wie der religiöse erhalten bleiben zu höherer Ehre und größerem Nutzen der Kapitalherrschaft.

Geheimes und direktes Wahlrecht —

nicht in Preußen, sondern in Ostafrika.

Am 19. Juni wird in Dar-es-Salam der Gouvernementsrat von Deutsch-Ostafrika zusammentreten, um an erster Stelle über die Bildung eines Landesrats nach südafrikanischem Vorbilde zu beraten. Der neue Landesrat soll aus 20 Mitgliedern bestehen, von denen 10 von der weihen Bevölkerung der Kolonie durch direkte, geheime Wahlen endgültig — bisher bestand nur das Präsentationsystem — gewählt werden, während die übrigen 10 Mitglieder nach freiem Ermessen ernannt werden. Zum Zwecke der Wahlen wird das Schutzgebiet in 8 Wahlbezirke eingeteilt, die aus territorial zusammenhängenden Verwaltungsbezirken bestehen. Jeder Wahlbezirk wählt einen Vertreter, Dar-es-Salam und Tanga haben jedoch angesichts ihrer Bedeutung für das ganze Schutzgebiet das Recht, zwei Kandidaten zu entsenden. Als Mitglied des Landesrates kann nur gewählt werden, wer mindestens drei Jahre im Schutzgebiet anässig ist.

Zentrumspolitik.

Ueber die beliebte Zentrumsphrase, als Partei der „rechten Mitte“ Sorge das Zentrum dafür, daß jeder Stand das Seine erhalte, macht sich die überklerikale „Aöln. Korresp.“ folgendermaßen lustig:

„Wie naiv! Solche Phrasen hört und liest man jetzt wieder anlässlich der Wehrevorlage, bei der das Zentrum die Forderungen und Lasten so abwägt und verteilt werde, daß niemand zu kurz komme, nicht auf Grund christlicher Liebe und Gerechtigkeit, denn vom Christentum hat das Kölner Zentrum nur den Namen, sondern weil das die Politik der mittleren Linie sei. Die Industriearbeiter und Gewerbetreibenden sollen also die hohen Viehzähle billigen, damit der Bauer seine Kühe und Kälber teuer verkaufen könne; der Bauer soll hohe Preise für landwirtschaftliche Maschinen und sonstige Industrieprodukte zahlen, damit der Fabrikherr seinen Arbeitern mehr Lohn zahle. Und andere Proletarier lasten mit ihrem „angemessenen Lohn“ hübsch aufrieden und ruhig sein, damit die oberen Hunderttausend Automobile halten und Sekt trinken können, denn das liegt im Interesse der Automobilfabrikanten und Selbstbarone. Diese prächtigen Kölner, die sich immer über den Idealismus der Sozialdemokratie lustig machen! Sie stellen an den Idealismus der Reichen viel höhere Ansprüche, als alle Sozialisten. Sie übersehen, daß sie dem Zentrum, dem sie die christliche Grundlage nehmen und nur die christliche „Formel“ lassen wollen, eine Politik zumuten, welche nur auf dem Boden des Christentums durchzuführen ist.“

In Wirklichkeit wird der Idealismus natürlich nur von den Arbeitern und den kleinen Leuten gefordert, die Reichen und Mächtigen sind bei der Zentrumsolitik noch stets auf ihre Rechnung gekommen.

Der Zentrumschrift und der kranke Papst.

Die Lobbericher Affäre, bei der ein Vorstandsmitglied des katholischen Arbeitervereins und des christlichen Textilarbeiterverbandes, Riessen in Lobberich (Rheinland), dem kranken Papst wünschte, daß er „kaputt gehe“, und diese Koselei zunächst abgelehnt hatte, wurde von der Zentrumspresse völlig totgeschwiegen oder aber als sozialdemokratische Erfindung (1) hingestellt. Erst als Opperdorffs „Märheit und Wahrheit“ sich des skandalösen Vorganges bemächtigte, änderten einzelne Blätter die Taktik, beispielsweise die „Augsburger Postzeitung“ (Nr. 268). Die Art aber, wie dies kirchliche Organ das tat, veranlaßt „Märheit und Wahrheit“ in der neuesten Nummer (24 vom 15. Juni) zu folgenden Bemerkungen:

„Die Affäre von Lobberich wird immer interessanter. Erst versuchte man, den „christlichen“ Skandal abzuleugnen, als dieses unlautere Manöver mißglückte, gedachte die Kölner Presse durch ein allgemeines Schweigen die unerwünschten Vorgänge zu vertuschen und zu verbergen. Als auch diese sonst so oft bewährte Taktik versagte, hieß man einfach auf jene los, die den Papst gegen die pöbelhaften Angriffe verteidigten. Weil „Märheit und Wahrheit“ den von einer ungläublichen Koselei des Gemüts zeugenden Ausdruck des christlichen Vorstandsmitgliedes in gebührender Weise brandmarkte, leistet diese Wochenchrift angeblich der Sozialdemokratie Vor-

„Zum Schluß schreibt dann „Märheit und Wahrheit“: „Wir haben bis jetzt vermieden, den Lobbericher Fall aus der Psychologie der christlichen Gewerkschaftsbewegung heraus zu beurteilen. Die Polemik des Augsburger Zentrumsblattes aber bietet alle Veranlassung dazu, dieses Verstummen in einer späteren Nummer dieser Wochenchrift nachzuholen.“

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung vom Mittwoch zum Redner für die dritte Lesung der Militärvorlage den Genossen Scheidemann. — Die Fraktion war einstimmig der Meinung, daß unsere Vertreter in der Budgetkommission bei der zweiten Lesung der Verstärkung des Kriegsschatzes gegen diese Vorlage zu stimmen haben.

Offentlich bekanntgegebener Militärboykott.

In Remberg (Kreis Wittenberg) hat die Polizei ein neues Mittel zur Schädigung der Wirte gefunden, die sozialdemokratische Versammlungen bei sich dulden. Während bisher Militärboykotts der Öffentlichkeit gegenüber geheim behandelt und nur den Interessierten bekanntgegeben wurden, erließ die Remberger Polizei im dortigen „Generalanzeiger“ folgendes Inserat:

Bekanntmachung!

Das Königl. Generalkommando des IV. Armeekorps hat unterm 31. Mai d. J. über das Gasthaus „Zur preussischen Krone“ hier selbst das dauernde Militärverbot verhängt.

Die Polizeiverwaltung, Dr. Scheffer.

Da Remberg keine Garnison hat, kann der Zweck der Veröffentlichung nur sein, die Beamten, Angestellten und sonstigen abhängigen Personen des Städtchens zu beeinflussen. Das gilt natürlich nicht als Terrorismus. In Remberg wurde den Gewerkschaften kürzlich auch ein Umzug verboten, weil durch ihn die „verkehrlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gefördert“ würden.

Der Strafrechtsausschuß.

Der mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zum Strafgesetzbuch betraute Ausschuss wird vom 16. Juli bis 18. August eine Ferienpause machen. Der Ausschuss hofft mit seinen Arbeiten im Herbst fertig sein zu können. Dann wird der Entwurf zunächst den Bundesregierungen zur Stellungnahme zugehen. Der Einführungsgeheimturm wird erst dann aufgestellt, wenn der neue Strafgesetzentwurf in seinen Grundzügen feststeht.

Die Situation auf dem Balkan.

Bulgariens Stellung zur Demobilisierung.

Sofia, 17. Juni. (Meldung der Agence Bulgare.) Die bulgarische Antwort auf die serbische Note bezüglich der Demobilisierung hebt u. a. hervor, daß die Konzentrierung bulgarischer Truppen an der serbischen Grenze keineswegs den Charakter und die Tragweite habe, welche Serbien ihr beimesse. Die militärischen Maßnahmen der Bulgaren seien nur die Folge der militärischen Maßnahmen der Serben. Die von der serbischen Regierung ausgedrückte Befürchtung, daß die bulgarische Regierung in der gegenwärtigen Krise sich etwa nicht von dem Gefühl der Solidarität zwischen den Verbündeten leiten lasse und nicht alle friedlichen Mittel zur Lösung der Streitfragen erschöpfen wolle, sei also nicht begründet. Was die serbische Forderung anlangt, die Konzentrierung der bulgarischen Truppen sofort einzustellen und gleichzeitig die Effektivstände auf ein Viertel zu reduzieren, hebt die bulgarische Regierung hervor, daß sie schon am 18. (26.) April der russischen Regierung vorgeschlagen habe, ihre Schiedsrichterrolle anzunehmen, daß aber dieser Vorschlag in Serbien kein sympathisches Echo gefunden habe. Nichtsdestoweniger nahm die bulgarische Regierung, stets von dem Gefühl und den Ideen der Brüderlichkeit und Freundschaft geleitet, die dem Vertrage zugrunde liegen, jetzt noch die gleichzeitige Reduzierung der gegenwärtigen Effektivstände auf ein Viertel an, indem sie unter dem Titel eines serbisch-bulgarischen Kondominiums in jenen mazedonischen Gebieten, welche auf Grund des Artikels 2 des geheimen Zusatzabkommens zum Bündnisvertrage die ständige Zone bilden, aus bulgarischen und serbischen Truppen in gleicher Zahl gebildete Okkupationskorps läßt, die dort bleiben sollen, bis die schiedsrichterliche Entscheidung gefällt ist. Da aber die gleichzeitige Demobilisierung unter gegenseitiger Kontrolle eine relativ lange Zeit in Anspruch nehmen könnte, und da die Anrufung des vorgezeichneten Schiedsgerichts wirksamer gemacht würde durch den Willen, die Liquidierung friedlich zu beendigen, schlägt die bulgarische Regierung der serbischen Regierung vor, daß in den ersten Tagen, die der Ueberreichung dieser Antwort folgen werden, die beiden Verbündeten durch Vermittelung der russischen Regierung erklären, daß sie den Kaiser von Rußland bitten, sein Recht als Schiedsrichter auszuüben auf Grund des Bündnisvertrages und der Zusatzabkommen, sowie der Memoranden, welche die beiden Parteien binnen einer Woche überreichen werden.

Bulgarien macht Schwierigkeiten.

Wien, 18. Juni. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Sofia meldet, hat die Regierung beschlossen, niemanden nach Petersburg zu entsenden, sondern noch fünf Tage zu warten, ob Serbien bis dahin die bulgarische Forderung nach Einsetzung eines Schiedsgerichts auf der Grundlage des serbisch-bulgarischen Vertrages erfüllen wird.

Scharfe Sprache Bulgariens gegen Griechenland.

Sofia, 18. Juni. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Die Regierung beauftragte ihren Vertreter in Athen, bei der griechischen Regierung neuerlich in der energischsten Form gegen die fortgesetzten Verhaftungen von Bulgaren in den von griechischen Truppen besetzten mazedonischen Gebieten sowie dagegen zu protestieren, daß die Gefangnisse von Saloniki mit Bulgaren überfüllt seien, und daß viele Bulgaren nach Griechenland gebracht würden.

Frankreich.

Der sozialistische Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 18. Juni. Kammer. Jaurès legte heute seine geistige Rede fort. Er erklärte, Deutschland denke nicht nur an einen plötzlichen Angriff, indem es die beiden jüngsten Reserveklassen den aktiven Beständen eingliedert, sondern es denke an einen Massenangriff. Die deutschen Strategen hätten für die erste große Schlacht 1 300 000 Mann vorgesehen. Bei allen Manövern fänden in Deutschland Massenübungen von Reservisten statt. Die deutsche Militärvorlage zielt darauf hin, 60 000 Mann jährlich mehr auszubilden, um in kurzer Zeit über 500 000 Mann mehr verfügen zu können. Methodisch würde die Offensive mit bedeutenden Truppenmassen vorbereitet. Diese Gefahr verkennen, ließe die Nation über Gefahren hinwegtäuschen. Wenn Frankreich nicht überflutet werden wolle, müsse es, um gegen eine Invasion Widerstand leisten zu können, sich darauf vorbereiten, von der ersten Stunde an die Gesamtheit der organisierten Streitkräfte in Linie zu bringen. Es sei geboten, die Grenze mit den Truppen aus dem Osten und Norden zu deden, um eine vollständige Konzentrierung abzuwarten und um nicht zerstreute Armeen in den Rücken des Wolfs zu jagen, wie es Napoleon III. getan habe.

Jaurès fuhr fort, es sei eine Legende, daß er die Konzentrierung aller Streitkräfte in dem strategischen Dreieck

Moret, Fontainebleau, Montereau predige, wobei der Rest des Gebietes im Stiche gelassen würde. Jaurès lobte von neuem die Reserven und erklärte, für die Unabhängigkeit des Landes werde man alle Bürger auffordern, sich zu stellen. Der Redner machte der Regierung den Vorwurf, sie opfere dem Erfolge des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit den wahren Schutz des Vaterlandes, der in der Verstärkung der Festungen bestünde. Man werfe ihm vor, er sei für eine Konzentrierung nach rückwärts, indem man z. B. Reservisten aus den Grenzgebieten nach Eprenay zur Einleitung schicke. (Rebhatter Beifall.) Bei der Kritik über die Art und Weise, wie der Minister und Reinach das Minimum des Effektivbestandes berechneten, sagte Jaurès, dieser Effektivbestand sei kein philosophisches System, sondern ein politisches Hilfsmittel. (Beifall auf der äußersten Linken und einem Teil der Linken.)

Jaurès fuhr fort: Der Minister sei mit patriotischer Hast vorgegangen, durch die eine Prüfung der Zahlen unmöglich gemacht wurde. Er erblicke eine der Gefahren des Gesetzesvorschlages darin, daß auf dieses Gesetz alle Macht, Aufmerksamkeit und Opferfähigkeit der Nation abelenkt werden. (Der frühere Kriegsminister Messimy spendete bei diesen gegen das Gesetz gerichteten Worten Beifall.) Jaurès erklärte, sein Ziel sei, stufenweise das Berufsheer zu verringern und dafür die Kraft des Nationalheeres zu stärken. Er werde mit den Republikanern leidenschaftlich das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit verteidigen und werde versuchen, der Militärreaktion, die unfähig sei, das Vaterland zu beschützen, eine Niederlage beizubringen, durch die jegliche Rückkehr zur Offensive verhindert werden würde. Jaurès schloß: Je schwächer Ihre innersten Gründe sind, um so schwächer müssen Sie vor dem Lande malen, um das Gesetz zur Annahme zu bringen, und um so mehr müssen Sie unkluge Worte reden. Wir haben die Ueberzeugung, daß wir der nationalen Verteidigung und dem Weltfrieden dienen, an dessen Erhaltung die Republik mitbeteiligt muß. (Rebhatter Beifall auf der äußersten Linken und einem Teil der Linken.) Die Diskussion wird morgen nachmittag fortgesetzt werden.

Wie sich die Militaristen rächen.

Nancy, 18. Juni. Das Kriegsgericht verurteilte von fünf Soldaten, die sich am 18. Mai geweigert hatten, in der Patrouille mitzumarschieren, welche die Reuterer auf dem Übungsfelde von Dammarin-les-Toul verhaften sollte, zwei zu einem Jahr und drei zu zwei Jahren Gefängnis. Keiner von ihnen ist Mitglied des Arbeitsverbandes. Die Angeklagten erklärten, sie seien ermüdet gewesen, da sie schon einen Marsch hinter sich hatten, und hätten nicht die Bedeutung ihrer Weigerung erkannt.

Alle versicherten, nicht gehört zu haben, daß der Hauptmann an sie eine besondere Aufforderung zum Gehorsam gerichtet habe. Die Anklage wies besonders auf die Rolle des Arbeitsverbandes hin und auf das Komplott, das beabsichtigt habe, besonders die Truppen im Osten zu desorganisieren. Das den fünf Angeklagten zum Vorwurf gemachte Vergehen besteht genau genommen darin, daß sie sich geweigert hätten, das Bajonett aufzuspitzen.

Italien.

Zum Mailänder Generalstreik.

Rom, 18. Juni. (Eig. Ber.) Auf eine schwere Proklamation hat das Mailänder Proletariat mit einem ersten und folgerichtigen Entschluß geantwortet. Ein Gericht hat es gewagt, 18 freilebende Metallarbeiter, die während der Streikbewegung der vorigen Woche von der Polizei wahllos aufgegriffen worden waren, zu schweren Freiheitsstrafen zu verurteilen. Mehr als 17 Jahre Gefängnis sind über die 18 verhängt worden, gegen die als einzige Belastungszeugen Polizisten auftraten. Und unter den Verurteilten befand sich neben mehreren halbwüchsigen Burschen auch ein gereifter und ruhiger Mann, dem niemand eine Gewalttat zutrauen konnte, der Sekretär der Mailänder Metallarbeitersektion, den man auf eine Polizeiaussage hin zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt hat.

Zunächst hat die syndikalistische Union sindacala den Proteststreik proklamiert, dem dann in einer Sitzung, der der Parteisekretär Vazzari beizuhilfte, auch die lokale Arbeiterkammer beitrug.

Ende des Generalstreiks.

Rom, 18. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute wurde das Ende des Mailänder Generalstreiks beschlossen, nachdem die Behörden alle während des Streiks Verhafteten freigelassen und versprochen hat, daß die Appellationsverhandlung im Prozeß Bassi innerhalb eines Monats stattfinden soll. Der Zweck des Streiks ist somit erreicht. Die Arbeitsaufnahme erfolgte ohne Zwischenfälle.

Anmerkung der Redaktion: Das gestern an dieser Stelle mitgeteilte Privattelegramm über den Mailänder Generalstreik ist uns unterm 17. Juni zugegangen, ist aber am 18. Juni ausgegeben und von der Redaktion zurückgehalten worden.

Spanien.

Unruhen in Barcelona.

Paris, 18. Juni. Ueber den Grenzort Cerbère (Ostpyrenäen) wird gemeldet: in Barcelona fanden in der Nacht Zusammenrottungen auf der Rambla statt. Die Menge stieß Rufe aus wie: Nieder der Marokkorkrieg! Hoch die Republik! Die Polizei hieb mit der flachen Klinge etc.; einige Personen sind verletzt und mehrere verhaftet worden.

Holland.

Die Parlamentswahlen.

Amsterdam, 18. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie ist von 82 000 auf 143 000 gestiegen. Troelstra ist wiedergewählt. Die Sozialdemokratie steht noch in 21 Stichtwahlen. Bisher sind gewählt 41 Liberale, 11 Liberale, 1 Sozialdemokrat. Es haben im ganzen 47 Stichtwahlen stattgefunden. Die Wiederkehr einer liberalen Mehrheit dürfte nach dem Stande der Stichtwahlen ausgeschlossen sein.

China.

Ein russisch-chinesischer Zwischenfall.

Hankau, 18. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einer Straße vor der russischen Niederlassung fand plötzlich ein Chinese. Eine große Menschenmenge sammelte sich an und begann, da man den Verdacht hatte, der Chinese sei von Russen getötet worden, die Niederlassung anzugreifen. Zum Schutze der Niederlassung sind Torpedoboote abkommandiert, eine Jägerabteilung und eine Kompanie nordchinesischer Truppen ist konfirmiert.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine Konferenz der Arbeiter-Bildungsausschüsse des Agitationsbezirks Niederrhein.

wurde am Sonntag in Düsseldorf abgehalten. Vertreten waren sämtliche 14 Wahlkreise durch 38 Delegierte aus 31 Orten. Seit Bestehen der Bezirksorganisation, die vor bald zwei Jahren vom Bezirksparteitag in Elberfeld 1911 befohlen wurde, hat sich die Zahl der örtlichen Bildungsausschüsse verdreifacht. Die Bezirksorganisation hat es ermöglicht, daß die Kurse unserer Wanderredner systematisch organisiert werden konnten. Ein Vortrag der Genossin Klara Jettin-Stuttgart zum 30. Todestage von Karl Marx, der das Leben und die Werke des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus behandelte, wird in den nächsten Tagen im Verlage unseres Elberfelder Parteigeschäfts als Broschüre erscheinen. Dieser Vortrag wurde an fünf Orten des Bezirks gehalten. Unter den zahlreichen sonstigen wissenschaftlichen Veranstaltungen seien auch die Vorträge des schwedischen Polarforschers Prof. Dr. Otto W. Nordenskjöld von der Universität Gothenburg über seine Südpolforschungen erwähnt. Sehr groß ist auch die Zahl der vom Bezirksauschuß vermittelten künstlerischen Veranstaltungen. Erwähnt sei nur, daß an vier Orten des Bezirks die Aufführung von Emil Rosenows Bergarbeitertragedie „Die im Schatten leben“ durchgeführt wurde. In einer Tournee des bekannten Vortragskünstlers Robert Koppel und dessen Frau Margarethe Koppel-Bech unter Begleitung des Komponisten James Rothstein waren 20 Bildungsausschüsse des Bezirks beteiligt. Auch sonst war der Bezirksauschuß erfolgreich bemüht, das geistige und künstlerische Leben im Industriegebiet zu fördern. — Die Diskussion gab eine Fülle neuer Anregungen für die Zukunft.

Der sozialdemokratische Verein für Torgau-Liebenwerda hielt am Sonntag seinen Kreisstag, an dem 82 Delegierte teilnahmen, ab. Obwohl im Berichtsjahr neben 100 Mitgliederversammlungen 20 öffentliche Volksversammlungen stattfanden und neben 78 000 Flugblättern 15 200 Volkstafeln verbreitet worden sind, ist kein Mitgliederzuwachs eingetreten. Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 1774, die Zahl der Leser des „Völkischen Volksblattes“ 1930, die der „Leipziger Volkszeitung“ 150. Die gewerkschaftlich organisierten haben sich im Kreise von 8485 auf 3717, also um 228, vermehrt. Fortschritte machte auch die Jugendbewegung; von den bestehenden 21 fast ausschließlich ländlichen Distrikten haben bereits 12 Jugendauschüsse, von denen einige so gut gearbeitet haben, daß in ihrem Dorfe kaum noch ein Jugendlicher übrig ist, der nicht die „Arbeiter-Jugend“ abonniert hat und Anteil an der Bewegung nimmt. In den Gemeindevertretungen bringt unsere Partei erfolgreich vor. In drei Städten und 27 Landgemeinden zählen wir 71 Arbeitervertreter gegen 63 im Vorjahre. — In der Diskussion wurde von den Distriktsleitern, genau so wie auf dem Kreisstag des Nachbarkreises Wittenberg-Schweinitz bitter darüber geklagt, daß die zahlreichen Bauhandwerker aller Art, die Woche über in den Großstädten Berlin, Dresden und Leipzig arbeiten, der Parteibewegung ihrer Wohnorte nur noch wenig Interesse entgegenbringen, während sie bis vor einigen Jahren noch als die einzig treibenden Kräfte sehr erfolgreich gewirkt haben. Der Kreisstag beschloß mit 81 gegen 21 Stimmen, statt des 30 Pf. Monats-, jetzt den 10 Pf.-Wochenbeitrag einzuführen, was noch vor einem halben Jahre in einer Kreisversammlung mit 3/4 Mehrheit abgelehnt worden war. Zum Parteitag wurde der Reichstagskandidat Engel-Wittorf delegiert. Da die Anstellung eines Parteisekretärs, an die man im Vorjahre schon dachte, infolge des ausgebliebenen Aufschlusses nicht zur Diskussion gestellt werden konnte, wurde dem wiedergewählten Vorsitzenden Genossen K a u m a n n -Mühlberg eine erhöhte Entschädigung zugesprochen, um ihn noch mehr als bisher für die Agitationsarbeit freizustellen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Rarkentum Lippe sagte am Sonntag in Detmold. Bericht wurde, daß die Zahl der Mitglieder im abgelaufenen Geschäftsjahre sich von 1044 auf 1175 gehoben hat. Darunter befinden sich 87 weibliche Mitglieder. Die Zahl der Ortsgruppen beträgt jetzt 80. In 18 Gemeinden wirken 39 unserer Vertreter. — Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und den Vorschlägen des Vorstandes über die Änderung des Statuts zugestimmt. Den Bericht über die Landtagsfähigkeit der Fraktion erstattete Genosse Schmund. — Von der Wahl eines Delegierten zum Parteitage in Jena wurde Abstand genommen, weil eine bevorstehende Erziehung zum lippeischen Landtage die finanziellen Mittel der Organisation in Anspruch nimmt.

In der Kreisversammlung des Kreises Rensseld-Donnes-Reitmann wurde nach einem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Distmann über die preussischen Landtagswahlen und die deutsche Politik folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Kreisversammlung des Kreises Rensseld-Donnes-Reitmann erkennt an, daß die bisherigen Mittel zur Erringung eines Wahlrechts für Preußen erschöpft sind. Sie stellt deshalb den Antrag, auf die Tagesordnung des Deutschen Parteitages zu setzen:

Der Landtagswahlkampf in Preußen, und welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, um ein Wahlrecht zu erringen, das dem Volkswillen und den demokratischen Grundgesetzen entspricht?

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Das Versammlungsrecht in Kleinhauken.

Am 27. April sollte in Schötmar (Lippe) unter freiem Himmel eine Volksversammlung stattfinden, um zu der neuen Heeresvorlage Stellung zu nehmen. Das fürstliche Verwaltungsamti zu Schötmar verweigerte aber die Genehmigung, da die Versammlung, die zur Heeresvorlage im sozialdemokratischen Sinne Stellung nehmen sollte, auf eine provokatorische Demonstration gegenüber dem anders denkenden Teil der Bevölkerung hinauslaufe und dieser Teil dadurch zu ernstlichen Gegenstandsbildungen herausgefordert und so die öffentliche Sicherheit gefährdet würde. Auf eine Beschwerde unserer Genossen an die fürstliche Regierung lehnte diese jetzt ab, dem Verwaltungsamte eine Klage zu erteilen, da die beabsichtigte Erörterung der neuen Heeresvorlage im Sinne der sozialdemokratischen Partei an einer Hauptverleumdung sehr leicht zu Gegenstandsbildungen Anderdenkender Anlaß hätte geben können, und die Annahme einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wohl zu rechtfertigen sei.

In der Begründung des Entwurfs zum Reichvereinsgesetz heißt es ausdrücklich, daß die Entscheidung über die Erteilung der Genehmigung nicht dem willkürlichen Ermessen der Polizeibehörde überlassen bleiben soll, vielmehr stellt der Entwurf bestimmte Voraussetzungen auf, unter denen allein die versammlungspolizeiliche Genehmigung verweigert werden darf.

Im Landtage wird deshalb die Regierung weitere Auskunft über ihre Rechtsauffassung geben müssen.

Letzte Nachrichten.

Von dem „chrlischen Kaller“ Rußland.

Sofia, 18. Juni. (P. C.) Rußland hat in den letzten Tagen, wie die „Wschednija-Post“ berichtet, bedeutende Pferde- und Munitionstransporte nach Serbien geschickt. Mehrere russische Dampfer mit Transportschiffen im Schlepplau haben die Donau passiert. Wie es heißt, sollen in den letzten Tagen 5000 russische Pferde in Serbien eingeführt worden sein. Mit bitterer Ironie bemerkt die Zeitung dazu, daß Rußland wahrscheinlich zum Wohle der slavischen Sache Serbien gegen die Bulgaren bewaffne.

Todes-Anzeigen

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter
Frau Elsa Treuter geb. Kremp
 nach langem, schwerem Leiden am Dienstag sanft entschlafen ist.
 Um stilles Beileid bitten **Willi Treuter und Sohn**.
 Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. 1244b

Sozialdemokratischer Wahlverein
 i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Petersburgers Viertel, Bez. 367 I.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Frau
Emilie Schulz
 (Dolziger Str. 27) gestorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause nach dem Zentralfriedhof in Friedrichshagen statt. 214/17
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Joh. Domeyer
 Semariterstr. 4
 am 16. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Ahrensfelde aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 120/5 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreicher Kranzspenden bei der Beerdigung meines Mannes 574
August Gußlau
 sage allen daran Beteiligten, insbesondere den Genossen des 24. Bezirks, meinen herzlichsten Dank.
 Witwe Emma Gußlau.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 17. Juni meine liebe Frau, unsere Mutter
Wilhelmine Neumann,
 geb. Meinke, vermittelte Neumann nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist. 1243b
 Um stilles Beileid bitten
Ernst Neumann und Kinder
 Straßburger Str. 50.
 Die Beerdigung findet Freitag, den 20., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle der Verköhnungs-Gemeinde, Solkanstraße, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droßkutscher
Otto Klein
 am 13. Juni im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 65/20 Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreicher Kranzspenden bei der Beerdigung meiner innig geliebten Frau, unserer lieben Mutter, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie allen Kolleginnen und Kollegen der Firma Fuhr, Firma Wäner, insbesondere den Genossen der Bezirke 632/633 der 11. Wkt. des VI. Wahlkreises für ihre überaus gütige und solidarische Unterstützung unseren tiefgefühlten Dank. 1240b
August Drost nebst Kindern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
 Wegen des Umzuges ist das Bureau Engel-Ufer 14 heute am 19. Juni geschlossen.
 Vom 20. Juni ab befindet sich das Bureau und der Arbeitsnachweis des Verbandes im
Gebäude des Holzarbeiter-Verbandes, Rungestraße 30,
 parterre und 1 Treppe.
 Die arbeitslosen Kollegen, die heute Donnerstag, d. 19. Juni, Unterstützung zu bekommen hätten, erhalten dieselbe am Freitag, d. 20. Juni.
 Freitag, den 20. Juni 1913, abends 8 Uhr
 in den Konfordia-Festhällen, Andreadstr. 64:

Außerordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Stichwahl von 2 nichtbesetzten Mitgliedern im Hauptvorstand. 2. Anträge mehrerer Branchen auf Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse.
Die Ortsverwaltung.
 84/17

Einem hochgeehrten Publikum, allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich die vollständig renovierten

Konzert- und Festsäle
 (vorm. Keller)
Koppenstraße 29

übernommen habe.
 Ich empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine Lokalitäten, Säle mit Theaterbühnen zu 2000, 800 und 500 Personen zu Versammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art.
Paul Ohligo, Koppenstraße 29.
 Amt Königsstadt 4314.

N.B. Jetzt wie in der Saison sind noch verschiedene Sonnabende und Sonntage zu vergeben.

Aus den Gutachten und Anerkennungen
 über „Boa-Lie“
 ... Boa-Lie ist, wie die Kontrolluntersuchung desselben Eingangsmaterials nach wöchentlich und mehrmöglicher Lagerung ergeben hat, so gut wie unverändert auf der Fläche haltbar. Das Getränk ist frei von den in Brauereimonaten meist verwendeten künstlichen Schaumbildnern, denen nicht selten bedenkliche Nebeneigenschaften zugesprochen werden. **Dr. Bischoff,**
 Öffentliches chemisches Laboratorium für Handel und Gewerbe, Berlin.
 Boa-Lie ist zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte oder durch
Boa-Lie G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2
 Charlottenburger Ufer 70 / Fernspr.: Amt Steinplatz 1904, 4661

Allgemeine Orts-Krankenkasse für den Amtsbezirk Berlin-Oberschöneweide

Montag, den 30. Juni 1913, abends 7 Uhr, im Lokal „Wilhelmshof“, Wilhelmshofstraße 83:

Außerordentliche General-Versammlung
 der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Tagesordnung:
 Beschlußfassung über Erhebung einer Beikasse an die oberste Verwaltungsbehörde über die Entscheidung des Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin betreffend Nichtzulassung der Kasse.
 Als Legitimation dient die Einladungskarte. 273/6
 Berlin-Oberschöneweide, den 16. Juni 1913.
Der Vorstand
 Schneider, 1. Vorsitzender.
 Pöner, Schriftführer.

In Freien Stunden
 Die
 Wochenchrift für Arbeiterfamilien
 Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts
Spezialarzt
 f. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden jeder Art, Ebrlich Gata - Kuren in u. Co. font. Laborat. + Plus.
Dr. Homeyer
 untersuchung, Fäden i. Hornschw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Hornleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Speise-Eis
 Fabrikanten u. Händler die Reichels Eis-Aroma-Essenzen verarbeiten, erhöhen ihren Absatz durch die vollendet feine Qualität. Sämtl. Sorten in Himbeer-, Erdbeer-, Ananas-, Zitronen-, Vanillegeschmack usw. und alle sonst zugehörigen Substanzen billigst.
 Erprobte Rezepte gratis.
 Otto Reichel, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4

Der gutsitzende Anzug
 macht den Gentleman. Heute und folgende Tage: Verkauf von großen Posten neuer oder gebrauchter Monatsgarderobe, Anzüge, Ullster, Paletots, Beinkleider, getragen, teils von ersten Schneidern aus feinsten Materialien angefertigt (auch aus Seide) für jede Figur (nicht den all-kleinsten Herrn) passend am Lager. Anschaffungspreis bis M. 120.- zu folgenden billigen Preisen:

Jackett-Anzüge	M. 9.-	12.-	16.-	20.-	etc. bis zu d. teuersten
Rock-Anzüge	12.-	16.-	20.-	24.-	
Gehrock-Anzüge	18.-	22.-	27.-	32.-	
Herrn-Ullster	10.-	16.-	18.-	22.-	
Sommer-Paletots	6.-	8.-	12.-	14.-	
Hosen	2.-	3.-	4.-	6.-	
Jünglings-Anzüge	7.-	10.-	14.-	18.-	

Frack- u. Gesellschaftsanzüge werden verliehen.
Garderobenhaus
Gr. Frankfurter Straße 116
 an der Andrenstraße
 H. Geschäft: Chausseestr. 89.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 19. Juni 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Sumpfmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kroll-Oper. Lohengrin.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Hohenzollern-Fahrten.
Schiller O. Der Leibgardist.
Schiller-Charlottenburg. Zwei Wappen.
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Reffing. Mi-Bien.
Deutsches. Der lebende Leinwand.
Nammerspiele. Die Einnahme von Berg-op-Room.
Berliner. Himmelsberg.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Eine Bergangsbreit.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Der Nilabo.
Thalia. Puppen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Komödienhaus. Hochherrschaffliche Wohnungen.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Farmernmädchen.
Südpolhaus. Der lustige Kalabu.
Rose. Der Traum ein Leben.
Zuifen. Die Altkorbende.
Voltes Caprice. Ein Pechvogel.
Die Krampfsche.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Ernst sein.
Theater am Rollendorfsplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Giddallert: Hirt in Et. Korik.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Balmers.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibgardist.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Freiwild.

Deutsches Schauspielhaus
 8 1/2 Uhr: Eine Vergangenheit.
Berliner Theater.
 8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königsgräber Straße
 8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Kroll-Oper
 7 1/2 Uhr:
Lohengrin.
 Gaskpiel
 Kammeränger Alois Pennarini.
 Freitag: Die Meistersinger.
Montis Operetten-Theater
 (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
 Sommerreise. Gastsp. Jul. Spielmann.
 8 Uhr: Der lachende Ehemann.
Theater am Rollendorfsplatz
 Täglich 8 1/2 Uhr: Burleske Spiele.
Der Mann mit der grünen Maske.
 - Varieté - - Kino -
ROSE=THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Der Traum ein Leben.
 Auf der Gartensbühne:
Achtung! Es geht los!
 Große Post. Anfang 4 1/2 Uhr.

Turnverein „Fichte“ Berlin
 Mitglied des Arbeiter-Turner-Bandes.
 Sonntag, den 22. Juni 1913, nachmittags 3 Uhr:
Großes Spielfest
 auf dem städt. Spielplatz im Treptower Park.
Stafettenläufe • Wettspiele • Massenaufführungen
 Von sämtlichen Männer-, Frauen- und Lehrlings-Abteilungen wird zahlreicher Besuch seitens der Arbeiterschaft erwartet.
 199/5*

Metropol-Theater.
 abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
 Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Dronowski.
 Musik von Jean Gilbert.
 In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schudy.
Metropol-Theater.
 Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
 Donnerstag, den 19. Juni 1913:
Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung.
In lauscher Nacht.
 Originalposse in 2 Akt. v. H. Gehrdt.
 Dazu das wohl neue Spezial-„Brog.“
 Heute: Gr. Brillant-Genewerf.
Achtung!
Canzlehrer Richard Heinrich
 ladet hierdurch Freunde und Bekannte, Schülerinnen und Schüler zu der am **Sonnabend, den 28. Juni, halbsündenden**
Wondscheinfahrt
 nach dem Restaurant **Bad Müggelwerder**
 am Fuße der Müggel gelegen, ganz ergebenst ein. Abfahrt 9 1/2 Uhr
 Reederer Rahmt u. Herzer, Stralander Brücke - Waisenbrücke.
 Mit dem Wunsch, sich frühzeitig mit Billets zu versehen, zeichnet
 Hochachtungsvoll **Richard Heinrich**
 Reichelsstraße 8, Telefon Neuf544 406.
Brauerei Friedrichshain
 Am Königsfor.
 Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
 der Norddeutschen und Apollo-Sänger
 bei freiem Entree. Freitag: Frei-Konzert.

Passage-Panoptikum
Die 3 Schwestern Liliput
 die kleinste Schwest. der Welt.
 Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson
 bei seinem Training.
Aga, Jungfrau!
Alles lebend!
 Alles ohne Extra-Entree!

Stadt-Theater
 Wil-Neubell 47/48.
Theater und Spezialitäten.
 Größter Schläger des Thalia-Theaters
Bis früh um fünf.
 Musik von Paul Linde.
 Anfang Sonntag 4, der Vorstell. 5 Uhr.
 Kleine Preise.

Volgt-Theater
 Badstraße 38.
 Donnerstag, den 19. Juni 1913:
Der Bettelstudent.
 Volksstück mit Gesang und Tanz
 in 5 Akten.
 Gänzlich neue Spezialitäten.
 Kassenöffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Säger.
„Stucke's Pfingstfahrt“
 Berliner Burleske von Meysel.
 Anfang 8 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Eintritt 1 Mark.
 von 6 Uhr ab 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

LUNA PARK
 Während der Jubiläumswoche
Täglich: Große patriotische Feier.
 3 Kapellen!
 Große elektrische Feuer!
 Für den Inhalt der Juierate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Reichstag.

164. Sitzung. Mittwoch, den 18. Juni 1913, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen.

2. Beratung der Wehrvorlage.

6. Tag.

Es wird zuerst über die zurückgestellten Anträge und Resolutionen über Verlängerung der Dienstzeit, Einjährigprivileg, Vorschusswesen usw. abgestimmt. Der sozialdemokratische Antrag Albrecht und Genossen auf Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso der Eventualantrag auf Befreiung des Einjährigprivilegs. Dagegen wird die fortschrittliche Resolution Alblach und Genossen, die den Reichslanzler ersucht, eine Verlängerung der Dienstzeit nach Möglichkeit eintreten zu lassen, angenommen. Dafür stimmen die Fortschrittler, Sozialdemokraten, Polen und die Zentrumsabgeordneten Gröber und Müller-Julda sowie einige weitere Zentrumsabgeordnete. Ebenso wird eine weitere fortschrittliche Resolution auf Ausdehnung der Einjährigdienstzeit auf Kunsthandwerker und ähnliche Berufe (sogenannter Künstlerparagraf) angenommen. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und die Konservativen. Sodann wird eine Resolution der Budgetkommission auf Reform des Einjährig- und Freiwilligendienstes im Sinne einer Erweiterung und Erleichterung der Zulassung auf Grund der Fachausbildung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag Albrecht und Genossen, das Vorschusswesen zu beseitigen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, des Fortschrittlers Neumann-Hofer und des Zentrumsabgeordneten Müller-Julda abgelehnt. Ein Antrag Alblach und Genossen, das Vorschusswesen einzuschränken, namentlich keinem Offizier mehr als einen Vorschuss zu erlauben, wird mit den Stimmen der gesamten Linken und des Zentrums angenommen.

Demnach tritt das Haus in die Beratung der Anträge über das Gardelokal ein. Hierzu liegt ein Antrag Albrecht und Genossen vor: „Bestimmungen, durch die das Gardelokal und die sonstigen Unterabteilungen sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, sind unzulässig. Bestehende Bestimmungen dieser Art werden aufgehoben.“ Ferner eine Resolution Alblach und Genossen: „Den Reichslanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß keinerlei Privilegierung einzelner bestimmter Truppenteile nach Garnisonsort, Avancement usw. stattfindet.“

Abg. Dr. Venzsch (Soz.):

Unsere Partei legt Wert darauf, daß hier ein Antrag und nicht nur eine Resolution angenommen wird. Auch die bürgerlichen Parteien sollten sich das überlegen, nachdem der Reichslanzler sich erst vor wenigen Tagen in so schroffer Weise gegen jede Demokratisierung und Reformierung des Heeres ausgesprochen hat. Ein Antrag ist notwendig, weil Resolutionen billig sind wie Brombeeren. Wenn der Korb voll ist, läßt die Regierung sie wegschütten. (Heiterkeit.) Vielleicht überlegt es sich der Staatssekretär Klügel einmal, ob er diese Makulatur nicht günstig verkaufen kann. (Erneute Heiterkeit links.) Für die Existenz eines Gardelokal fehlt jede gesetzliche Grundlage. In der Kommission hat sich der Abg. Gröber die größte Mühe gegeben, nachzuweisen, daß kein Gesetz besteht, das die Existenz einer Garde verbietet. (Heiterkeit links.) Auf diese Weise kann man alles beweisen. Es bleibt dabei, daß das Befehlen von Eliteregimenten

mit der Reichsverfassung in Widerspruch

steht. Aber gerade wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein. Was sage ich: ein Wort nicht, eine Unmasse von Worten, ein wahrer Plaquege von Worten, sogar der Abgeordnete Erzberger. (Stürmische Heiterkeit links.) Auch er hat zu beweisen versucht, daß die Garde ein Recht auf Existenz hat. Man hätte erwarten sollen, daß die Militärverwaltung und für unseren Antrag dankbar hätte sein müssen, denn der Kriegsminister hat in der Kommission erklärt, daß die Garde ungefähr erst sieben Tage später mobil gemacht werden kann als die übrigen Truppen. (Hört! hört! links.) Das ist ja auch klar, denn die Garde setzt sich aus ganz Preußen, einschließlich Alblach-Bohringen, zusammen und die Berliner Bevölkerung, die doch am Ort wohnt, ist überhaupt nicht in ihr vertreten. Die Berliner Bevölkerung wird in die Grenzbezirke abgehoben. Wenn die Dinge so liegen, wenn die Schlagfertigkeit des Heeres unter der Existenz der Garde leidet, so muß doppelt und dreifach unterstrichen werden, daß der Kriegsminister in der Kommission unseren Antrag nicht nur scharf abgelehnt, sondern erklärt hat: wenn dieser sozialdemokratische Antrag angenommen wird, dann fällt das ganze Gesetz. (Stürm. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten — Abg. Ledebour: Das beweist, daß das ganze Gesetz überflüssig ist! — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Monatelang hat sich die Regierung strapaziert, uns zu beweisen, daß die gewaltige Verklärung des Heeres im Interesse der Sicherheit des Reiches notwendig ist, daß vom Balkan her trübe Wolken herüberziehen, daß die Serben und Griechen, die Montenegriner und Bulgaren drauf und dran sind, über das Deutsche Reich heranzufallen, daß von Rußland auf der einen und von Frankreich auf der andern Seite Gefahr droht, daß dort schon die Messer geschliffen werden, die uns an die Kehle gesetzt werden sollen, daß der Panславismus eine Gefahr ist, und nun erklärt in demselben Augenblick der Kriegsminister: wenn Ihr mir die Garde streicht, dann ist das alles Makulatur, was ich Euch erzählt habe. (Stürmische Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also

erst die Garde, dann das Vaterland!

Wenn wir Sozialdemokraten Ehrenzeichen für Förderung unserer Bestrebungen zu vergeben hätten, — ich würde sofort den Antrag stellen, daß der Genosse Heeringen eine goldene Ehrenkette bekommen soll. (Große Heiterkeit.) Die Anforderungen des Kriegsministers beweisen jedenfalls, daß es mit der Aufrechterhaltung der Garde eine besondere Gewandtheit haben muß. Da man die wahren Gründe aber nicht offen aussprechen kann, muß man irgend etwas vorpiegeln und sich hinter spanische Wände verstecken. So hat man in der Budgetkommission erklärt, die Befreiung des Gardelokalprinzips sei absolut unmöglich, denn das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt! Seit Wochen schon hat man uns immer wieder, wenn wir irgendwelche Anträge auf Reformen im Heere gestellt haben, gesagt, das dürft Ihr nicht, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt. Als wir seinerzeit beantragten, von den zwölf Adjutanten des Kaisers sechs als überflüssig zu streichen, da erklärte das Zentrum, und der Kriegsminister pflüchtete ihm glückwünschend bei, das dürfe man nicht, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt! Ebenso war es immer noch, wenn wir die Militärjustiz reformieren wollten usw.

In diesem mythischen Begriff der Kommandogewalt, wie er sich hier in Deutschland ausgewachsen hat, haben wir die schwerste Wurzel unserer gesamten politischen Rückständigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) In Deutschland werden die Soldaten nicht auf die Verfassung vereidigt, sondern lediglich auf den Landesherren, dem sie die Treue schwören müssen, und dadurch werden die Soldaten zu willenlosen Instrumenten ihres speziellen Landesherren. Die Kommandogewalt bedeutet nichts weiter als die Aufrechterhaltung des deutschen Absolutismus in seiner schärfsten Form. (Lebhafte

Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In diesen Tagen mag es sehr fest und freudbestärkend sein, an die Debatten über das persönliche Regiment zu erinnern, wie sie der Reichstag öfter, insbesondere 1908 gehabt hat. Inzwischen ist die Segnerhaft gegen den Absolutismus bei den bürgerlichen Parteien ja wieder völlig abgeflaut, aber die damals besprochenen Zustände wurzeln in erster Linie in der Einrichtung der höchsten Kommandogewalt, die wieder ihre Wurzeln schlägt in den für Deutschland und deutsche Verhältnisse so bezeichnenden Feudalcharakter. Gewiß, ein treuer Knecht war Feudalismus und in der Furcht des Herrn, und die deutsche Bedientenhaftigkeit ist auch heute noch eine auch im Auslande sehr bekannte Erscheinung. Die bürgerlichen Parteien verschulden allerdings selbst durch ihre Feindschaft gegen das Aufsteigen der Arbeiterklasse das Fortbestehen des Absolutismus. Statt der Arbeiterklasse größere politische Rechte zu gönnen und ihr zu gestatten, aus der politischen Sklaverei herauszukommen, lassen sich die bürgerlichen Parteien selber in die größte politische Sklaverei hineinzwängen. (Lebhafte Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aus diesen Gründen ist es für uns die schärfste und dringendste Notwendigkeit, mit diesem mythischen Begriff, dem Feigenblatt des deutschen Absolutismus ein Ende zu machen, und unser Antrag auf Befreiung des Gardelokalprinzips soll das wenigstens auf einem Gebiet tun. Fraglos tritt gerade bei dem Gardelokalprinzip der deutsche Absolutismus am schroffsten in die Erscheinung. Ihrer ganzen geschichtlichen Entstehung nach ist die Garde nichts weiter und soll nichts weiter sein als

das persönliche Werkzeug eines Autokraten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen doch auch, daß diese Auffassung keineswegs historisch überwunden ist, wir erhalten fast täglich Beweise dafür, daß die Auffassung des Heeres als eines persönlichen Werkzeugs eines Selbstherrschers, noch existiert. Die Garde stammt aus der schönen Zeit des Serenissimus, des Pops, der Wachparade und der Soldatenpielererei, aus jener Zeit, aus der wir ja noch heute außerordentlich große Ueberreste haben. Wenn wir uns heute noch diese Gardetruppen ansehen, in ihren teilweise unsagbar geschmacklosen, schreienden Uniformen, mit all dem Brimborium und lächerlichem Tand, der drum und dranhängt (Lebhafte Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), so greift man mit Händen, daß dieses Institut aus der politisch schmachvollsten Zeit des deutschen Volkes hervorgegangen ist, eben aus dem deutschen Absolutismus, der seine Wurzeln im 18. Jahrhundert hat. Ist etwa bei der Garde die Soldatenpielererei völlig überwunden? Von der Gardelaballerie hat selbst der Kriegsminister unlängst gesagt, daß in ihr ein sehr starker Luxus herrsche. Ihre Uniformen — das Leibgarderegiment in Potsdam zum Beispiel, dessen rote Jaden der Volksmund mit der nicht sehr respektablen Bezeichnung „Äffchenjaden“ belegt hat, ist kennzeichnend dafür, in welcher Art und Weise diese Truppen, die ja wohl auch ins Feuer gehen sollen, ausgestattet werden mit einer Uniform, die für den Ernstfall total unbrauchbar ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man könnte dem Feind im Feuergefecht gar keine besseren Schießscheiben geben, wie diese schreiend eingeleitenden Soldaten. Daraus geht auch hervor, daß man mit der Garde heute alles mögliche beabsichtigt, aber gewiß nicht in erster Linie ihre Verwendung im Kriegsfall.

Und steht es denn an Erinnerungen an die Popszeit und an die Wachparade? Sehen Sie sich einmal die

Potsdamer Wachparade

an! Der Scheffelsbaumträger des 1. Garderegiments ist ein Schwarzer, nicht etwa ein Zentrumsmann (Stürmische Heiterkeit), sondern ein richtiggehender Neger aus Kamerun. Zwar ist das an sich zweifellos nur eine Kleinigkeit, es ist aber doch im höchsten Maße kennzeichnend für den Serenissimuscharakter dieses Regiments. In Gemäldergalerien sehen wir mitunter Porträts der Serenissimus aus dem 18. Jahrhundert, wo im Hintergrund ein derartiger ischokoladenfarbiger Neger steht. Das kommt uns heute sehr abgeschmackt vor und man sagt: das war halt ein Serenissimus! (Heiterkeit.) Aber heute läuft der Neger in Potsdam mit dem 1. Garderegiment herum. Der Präsentiergriff aus der Zeit des alten Fritz, der jetzt bei der Garde eingeführt ist, beweist ebenfalls, wie stark noch die Gardetruppen im Geist der Serenissimuskultur stehen. Jeder, der selbst einmal den Kubus getragen hat (Heiterkeit), weiß auch, daß gerade bei den Griffabgaben die allermeiste Soldatenqualerei und -Schändererei vorkommt. (Zustimmung links.) Wer sich aber den Feudalcharakter des Präsentiergriff mal angeheben hat, erkennt sofort, daß er außerordentlich viel Mühe und Umstände machen muß. Dieser Griff steht nicht im Feudalreglement. Er ist lediglich da für die Garde, für die preussische Garde, pour le roi de Prusse (für den König von Preußen). Dazu ist aber der preussische Soldat wirklich zu gut, um lediglich derartig abgeschmacktes Paradezeug leisten zu müssen.

Wenn nun die Eindrillung der Garde für den Paradedienst in erster Linie steht, so möchte ich doch den Kriegsminister fragen, wie selbst auch nur damit die Tatsache vereinbar ist, daß gerade in Potsdam häufig genug Mannschaften des 1. Garderegiments verwendet werden für rein häßliche Bedürfnisse, z. B. als Lichtständer auf der Mopse am Neuen Palais und bei Fackelzügen; diese sind nicht etwa mit den Fackelzügen zu verwechseln. Die Fackelzüge sind eine freiwillige Sache, die lediglich die preussischen Herren Minister zu erheiligen haben, und es wird niemand gezwungen, preussische Minister zu werden. (Erneute Heiterkeit.) Es ist also jedermanns eigene Sache, ob er einen Fackelzug mitmachen will oder nicht. Wohl aber wird man gezwungen, Soldat und bei der Garde Soldat zu werden. Wir erheben deshalb gegen einen derartigen

höchsten Mißbrauch der Dienstzeit des Soldaten

für Zwecke, die absolut nichts mit der Kriegsbereitschaft zu tun haben, an dieser Stelle schärfsten Protest. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wenn das etwa als ein Ausfluß der allerhöchsten Kommandogewalt hingestellt werden sollte, so würde das nur beweisen, daß es die allerhöchste Zeit ist, diese Mißbräuche der Kommandogewalt höchst energisch zu beseitigen.

Was haben wir in den letzten Wochen hier in Berlin erlebt! Es ging da, glaube ich, ein Familienfest vor sich am Hofe, da wurden überall auf den Straßen für mehrere Stunden Gardesoldaten aufgestellt, die zu präsentieren hatten. (Zuruf rechts: Ja, warum denn nicht?) Ihnen ist die jetzige Dienstzeit ja noch viel zu kurz — eine derartige Verwendung der Soldaten aber beweist, daß die zweijährige Dienstzeit zur Sicherung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes noch viel zu lang ist. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir uns daran erinnern, vor welchen Leuten denn diese preussischen Soldaten die Gewehre präsentieren mußten: vor dem Jaren und seiner Kumpaneil (Putsch) und erregtes Schreien rechts, Wegenrufe bei den Sozialdemokraten: Ruhe dort drüben! — Präsident Dr. Kaempf: Es geht nicht an, von der Tribüne des Reichstages fremde Souveräne in dieser Weise zu beleidigen, ich rufe Sie zur Ordnung. — Beifall rechts. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Eine Beleidigung des Jaren an dieser Stelle habe ich nach meiner persönlichen Empfindung nicht ausgesprochen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Präsident Kaempf: Ich habe erklärt, daß in Ihren Worten eine Beleidigung des Jaren lag und muß Sie bitten, sich zu fügen! — Beifall rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Abg. Ledebour: Wird man die russischen Spitzbuben nicht Kumpaneil nennen dürfen? — Präsident Kaempf: Ich bitte, keine Unterbrechungen! — Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wegen dieser Zustände, die man im Reichstag nicht so kritizieren darf, wie in jeder Volksversammlung (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts), muß das Gardelokalprinzip also erhalten bleiben? Der Kriegsminister hat weiter erklärt, es müsse unbedingt erhalten bleiben, weil die Garde eine tiefe monarchische Bedeutung habe. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Garde steht in erster Linie in Berlin und Potsdam. Berlin und Potsdam senden Sozialdemokraten in den Reichstag und noch dazu was für welche! (Stürmische lang anhaltende Heiterkeit.) Gerade wenn ich als den Vertreter Potsdams hier meinen Parteifreund Dr. Liebknecht vor mir sehe und sagen wir mal als Vertreter Berlins meinen Freund Ledebour — wenn das die Früchte der monarchischen Gardeziehung sind, dann tut mir die ganze Garde leid! (Schallende Heiterkeit.)

Man hat mit besonderem Nachdruck betont, gerade die Schlachten, die diese Gardetruppen geschlagen haben, wären der beste Beweis dafür, wie direkt unentbehrlich derartige Elitetruppen seien. An dem Feldzug im Jahre 1813 hat die Garde mit Ausnahme der einen Schlacht von Großgörschen überhaupt keinen Anteil genommen. 1814 wurde freilich die preussische Garde für gut befunden, den Einzug nach Paris mit vorzunehmen. Sie hatte die besten Quartiere bekommen und sah am proppersten von der ganzen Armee aus. Die Garde war damals in der Hauptsache zum Rememrieren da und diejenigen preussischen Bataillone, die die entscheidenden blutigen Schlachten von Dennewitz, Großbeeren, an der Katzbach, bei Leipzig und die von 1814 geschlagen hatten, wurden einmal von dem König Friedrich Wilhelm III. von Preußen besucht, sie sahen gerade nicht sehr propper aus, aber sie hatten doch diese Krone dem König wieder emporgehoben von dem Komposthaufen, auf dem Napoleon sie hingetreten hatte! Als der König von Preußen an jenen wirklich leistungsfähigen Bataillonen, die allerdings den Nachteil hatten, daß sie nicht bei der Garde standen, vorbeitrifft, da sagte er:

„Schmutzige Leute, sehen schlecht aus!“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Leute mühten selbstredend draußen bleiben, das war der Dank, die Gardetruppen, die ladierten (Heiterkeit links) durften nach Paris hineinmarschieren!

Ich bin der letzte, der die vom Kriegsminister herangezogenen Leistungen des Gardelokalprinzips bei Saint Privat 1870 irgendwie heruntersetzen wollte. Aber wenn man die Dinge etwa so darstellen will, als ob der Gardelokalcharakter dieser Truppen die Seele des Kampfes gewesen sei, dann verweise ich darauf, daß der sachverständige Friedrich Engels geschrieben hat, daß die preussischen Truppen die ihnen vorgeschriebene Kompagniefolonne nach den fürchterlichen Verlusten im feindlichen Feuer sehr rasch aufgegeben haben, und daß sie in dichten Schützen- und Infanteriewärdern, die man von oben herab als ordnungswidrig belächelt hatte, und im feindlichen Feuer im Lauffschritt vorgegangen sind; die Soldaten seien wieder einmal gefeierter gewesen als die Offiziere — das heißt also, die Offiziere waren wieder einmal dümmer gewesen als der Mann. (Heiterkeit links.) Das ist die Garde, das ist das Kennzeichen dafür! So erreichen Sie mit Ihren Legenden das Gegenteil von dem, was Sie wollen.

Im Gegensatz zu den Klagen der Liberalen über die feudale Exklusivität der Gardelokaloffizierskorps beschäftigt sich unser Antrag mit der Garde als Ganzes. Die Liberalen haben sich einmal sehr gefreut, als der frühere Kriegsminister v. Einem die feudale Exklusivität der Gardelokaloffiziere zugab, wonach er ungefähr ausgesprochen hatte, daß am Tag die Sonne scheine. Aber schon am nächsten Morgen erwies sich dieser freisinnige Erfolg in seiner ganzen Größe, als man bei der Ausmusterung der Kadetten sah, daß die Adligen wieder zur Garde kamen und die anderen anderswohin. Immerhin geschand Herr v. Einem wenigstens die Dinge zu, Herr v. Heeringen aber leugnet sie. Es ist ganz unglücklich, was wir in der Kommission an Ableugnungen von Dingen erlebt haben, die man nicht wegleugnen kann, es sei denn, daß man Kriegsminister ist. (Glode des Präsidenten.)

Präsident Kaempf: Für diese Äußerung rufe ich Sie zur Ordnung! (Unruhe bei den Sozialdemokraten, Bravo! rechts.)

Abg. Venzsch (fortfahrend):

Ich denke in keiner Weise daran, dem Herrn Kriegsminister eine absichtliche Wegleugnung von Tatsachen vorzuwerfen. Mich erinnert der Kriegsminister immer an ein bekanntes Bild, das ein blindes Mädchen auf der Wiese darstellt.

Daß die feudalen Regimenter in den letzten 25 Jahren zugenommen haben, ist eine Tatsache, die selbst Herr Wassermann wiederholt beklagte. Verwunderlich ist diese Entwicklung nicht. Es ist historisch begründet, daß sich aus und über der Krone der Bourgeoisie eine enorme double, eine Keusendalität bildet. Zahlenmäßig ist nachgewiesen worden, daß wenn Regimenter in entlegene Garnisonen verlegt werden, sich die adligen Angehörigen der Offizierskorps verlieren wie Spreu im Wind. Es ist vergebene Liebesmüh, ableugnen zu wollen, daß die Avancementsverhältnisse in der Garde günstiger sind als in anderen Truppenteilen. Die Zahl der Offiziere, die bis zum Major oder darüber hinaus gegangen, beträgt anderswo 36 bis 57, bei der Garde aber 80 Proz. (Hört! hört! links.) In jeder Weise stellt die Garde den

Militarismus in Reinkultur

dar. Der Ausschluß der Öffentlichkeit beim Militärgerichtsverfahren, der vom Gesetzgeber als Ausnahme gedacht worden war, ist bekanntlich, wenigstens soweit es sich um Prozesse gegen Offiziere handelt, überall zur Regel geworden. Im Gardelokal aber wird sogar das Urteil unter Ausschluß der Öffentlichkeit verkündet. Freilich kommt es überhaupt nur in den seltensten Fällen gegen Gardelokaloffiziere zu Anklagen wegen Soldatenmißhandlung. Vor einiger Zeit wurde ein Gardelokalhauptmann n. Grollmann in einem solchen Prozeß verurteilt und bald darauf nach Breslau verlegt. Einige Zeit darauf wurde er und zwar unter Ueberprüfung zahlreicher Vordermänner zum Major befördert. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist dem Kriegsminister dieser Fall bekannt? Ich selbst erinnere mich dabei an einen Fall, den ich persönlich, allerdings vor einigen Jahrzehnten (Hört! hört! und Heiterkeit rechts), in Potsdam mit eigenen Augen gesehen habe. Der Fall (nach rechts) liegt allerdings ziemlich zurück, aber er hat, wie Sie gleich sehen werden, eine ziemlich aktuelle Bedeutung. Dort in Potsdam im Lustgarten, also auf der klassischen Stelle der preussischen Soldatenmißhandlungen (Unruhe rechts) magte ein Hauptmann mit der flachen Klinge auf die Soldaten einzuhaufen. Einen Soldaten hat er den Degen in den Leib gerammt. (Leb. Hört! hört! und Putsch h. d. Soz.) Nachher aber hieß es, der Soldat sei in den Degen hineingeraten. (Lebhafte Zurufe links.) Die Geschichte respektive diese Erklärung ist ja nicht neu, man kann sie schon bei einem gewissen Münchhausen nachlesen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der betreffende Hauptmann ist heute längst General (Bewegung), steht mit an den obersten Stellen in der Armee. Ich habe den Namen schon gelegentlich in der Kommission genannt; im übrigen kommt es auf den Namen hier nicht an.

Sorgfältig wird das Rekrutenmaterial für die Garde zusammengekauft. Man sucht sich aus Leute mit möglichst sozialistischem Gehirnen, um eine für alle inneren Zwecke schlagfertige Truppe zu haben. (Sehr richtig! rechts.) Ihr (nach rechts) Kriegsminister sprach ja wieder einmal von der Feuerprobe, wie reimt sich damit zusammen, daß bei jeder stattfindenden Demonstration größeren Umfangs die Garnisonen alarmiert werden? Wir freilich sind nicht so töricht, dorthin zu gehen, wohin man uns haben möchte, wohin uns Bismarck und seine kleinen Racheherren etwa von der „Deutschen Tageszeitung“ hincoden möchten. Als vor 18 Jahren der Kaiser die bekannte Rede hielt, in der von der hochverräterischen Schar, von der „Rote von

fielt. — Der Sieg wird bei den gerechtfertigten Forderungen des Volkes und bei der Demokratie sein! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Oerdingen: Was der Abgeordnete zuletzt sagte, das können wir ruhig erst mal abwarten. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Ich kann nur wiederholen, daß die Garde keine Abwärtstrends vorzuziehen hat. Früher existierten solche, jetzt nicht mehr. — Ich habe nicht geleugnet, daß Schwierigkeiten bei der Mobilmachung der Garde vorhanden sind; aber ich habe hinzugefügt, daß diese Schwierigkeiten durch besondere Maßnahmen behoben werden können. — Wenn in Schweden keine Beförderungen von Unteroffizieren und Soldaten zu Offizieren vorgelommen sind, so liegt das daran, daß die einzelnen Mannschaften dort nicht so lange im Felde geblieben sind wie 1870/71. (Lachen und Widerspruch v. d. Soz.) Sie sagen immer, ich hätte erklärt: „Erst die Garde, dann das Vaterland!“ Wenn man gesehen hat, wie Sie in der Kommission das monarchische Fundament des Heeres angriffen, mußte man sich fragen, ob die Vorlage das Opfer eines Entgegenkommens dagegen ertragen könne. Mit aller Entschiedenheit weise ich die Behauptung zurück, daß die Armee sozialdemokratisch sei. Zwischen ihr und Ihnen (zu den Soz.) klafft ein noch tieferer Abgrund; die Armee ist und bleibt für Kaiser und Reich, Sie aber sind nur für das Reich ohne Kaiser! (Sehr wahr! v. d. Soz. — Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Der Abg. v. Graefe hat hier eine provokatorische Rede gehalten. (Schreiender Widerspruch des Abg. Kreth.) Der Schamlosigkeit des Abg. v. Graefe ist bezeichnend für das gegenwärtige geistige Niveau der konservativen Partei. (Sehr wahr! links.) Der geistige Vater der konservativen Partei, Julius Stahl (der bellänisch getaufter Jude war) mühte sich im Grade umdrehen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Abg. Oertel (L.) ruft: Dann aber links herum! Erneute Heiterkeit.) Der verunglückte Pflieger Abramowitz war Jude und der erste Deutsche, der im Daxerkrieg fiel, auch einer. Was sagen Sie dazu, Herr v. Graefe? Wollen Sie die Rohn und Ränge, die Sie doch aus dem Offiziersstand ausschließen, auch vom Wehrbeitrag ausschließen? (Sehr gut! links.) Ich habe die Junker nicht angegriffen, Sie, die Halb-junker, können froh sein, wenn Sie den alten nodenheiligen preussischen Junkern gleichen! Auf Widmarz berufen Sie sich? Wie hat er die Junker gebrandmarkt und den Kampf gegen die Parlamentsjunkere als eine Aufgabe der Krone bezeichnet! Der frühere Kriegsminister v. Einart hat noch vor ein paar Jahren und zwar mit Bewauern zugehört, daß sich ganze Regimenter, die 1813, 1806, 1870 bürgerliche Offiziere aufwiesen, inzwischen zu rein adeligen Regimenten umgebildet haben. Und dann kommt so ein konservativer Abgeordneter, der eben erst hineingekommen ist! (Sehr gut! und Heiterkeit links.) und will uns die Bevorzugung des Adels abstreifen! Ueber alle Statistik aber geht Abg. v. Graefe lachend den Mund hinweg. (Abg. Kreth: Dafür versteht er etwas von der Armeel. Lachen links.) Ich habe 1908 das kolossale Ueberwachen des Adels in den höheren Offiziersstellen nachgewiesen: alles „Zusatz!“ Gleichberechtigung? Besteht ja schon! Die Engländer, die Dänen, von dem vielleicht sogar v. Graefe schon was gehört hat an die Spitze gestellt hatten, schämen sich solcher antisemitischen Rügen (unausgesprochene „Wibe“ des Abg. Kreth); sie achten ihre Worte, weil sie an der Spitze der Kultur stehen — nicht wie unsere Talmijunker! (Abg. Oertel erhebt sich in seinem ganzen Umfang, schallende Heiterkeit links.) Wir werden in unserem Kampf für unsere gerechten Forderungen nicht nachlassen. (Beifall links. Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Jubell (Soz.): Wir haben uns über die Rede des Abg. v. Graefe nicht aufge-regelt. Die betrachten sie vielmehr als ein vorzügliches Agita-tionsmittel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mir ist es durchaus nicht eingefallen, das ganze Offizierskorps der Wehrimpfungen und Wehrhandlungen der Mannschaften zu beschuldigen. Was ich behauptet habe, ist nur, daß nicht bloß Unter-offiziere, sondern auch Offiziere sich an den Täuschungen und Schimpfungen beteiligen haben, deren sich die Soldaten wehrlos ausge-setzt sehen. Dem Kriegsminister wird doch auch bekannt sein, daß vor dem Krieg 1870 Offiziere von ihren Regi-menten verstoßen werden mußten, weil sie bei ihren Sol-daten zu beliebt waren. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was ich über den Premierleutnant v. Koon gesagt habe, halte ich aufrecht. Er hat seinen Wurzeln erschossen oder er-schossen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Sein Ver-halten war so, daß die gesamte Bürgerschaft Subens empört war. Was dieses Menschenkind an uns verbrochen hat, wird jeder bestätigen, der 1874 in Guben gedient hat. Daß kurz nach dem Feldzug ein Edelknecht der Nation die Soldaten in dieser Weise behandelt hat, sei am Schluß der Debatte nochmals festgestellt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Oerdingen: Der Abg. v. Normann, der die Gubener Verhältnisse aus dem Jahre 1870 kannte, hat gesagt, daß der Premierleutnant v. Koon ein vorzüglicher und wohlwollender Vorgesetzter war. (Lachen bei den So-zialdemokraten: Natürlich!) Er ist im Kriege zweimal verwundet worden und hat das Eisenerz Kreuz bekommen. (Hört! Hört! rechts.) Ich muß dagegen protestieren, daß hier auf Vorgänge zurückgegriffen wird, die so weit zurückliegen. (Beifall rechts.) Selbst-verständlich kommen auch Uebergriffe der Offiziere vor, denn die Offiziere sind keine Engel. Auch im Kriege sind Wehr-handlungen vorgekommen. Aber daß Offiziere wegen zu großer „Beliebtheit“ von ihren Regimentern kurz vor dem Kriege haben verstoßen werden müssen, ist nicht vorge-kommen. (Widerspruch beiden Soz.) Ich wehre mich vor allem gegen die Verallgemeinerungen des Abg. Jubell, in denen ich nach wie vor eine Beleidigung des deutschen Offizierskorps erblicke. Wehhalb hat sich übrigens der Abg. Jubell eine solche Be-handlung von Herrn v. Koon gefallen lassen? (Sehr gut! rechts. Lachen bei den Soz.)

Die Diskussion schließt. Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, die fortschrittlichen Anträge gegen die Rechte angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 9 Uhr. Fortsetzung. Schluß 8 Uhr.

Achte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Danzig, 16. Juni.
Der Verbandstag beginnt seine Arbeiten, nachdem der Verbandsvorsitzende Döblich die Tagung offiziell eröffnet und der Vorsitzende des Danziger Kreisvereins das Programm der dreitägigen Beratungen bekanntgegeben hat, mit der Wahl verschiedener Kommissionen. An auswärtigen Gästen sind anwesend: Glau-ner, Stuttgart für das Internationale Buchdruckersekretariat, Kerschmüller und Dvoracek, Wien für die Buchdrucker und Schriftsetzer Österreichs, Feindl, und Kothentstein-Wudabek für die Kollegen Ungarns und Lortz, Paris für den französischen Buchdruckerverband. Außerdem wohnen Vertreter des Verbandes des Buch- und Stein-druckerzeugsarbeiter und der Lithographen und Stein-drucker den Verhandlungen bei. An Stelle des von der Generalkommission delegierten Vertreters Jansson, der verhindert ist, übernimmt Döblich die Vertretung der Generalkommission, was einige Heiterkeit hervorruft.

Nachdem der Vorsitzende mit anerkenntlichen Worten des verstorbenen langjährigen Gewerkschafters Klappert, Hannover ge-dacht, verwahrt er auf den Umstand, daß es heute gerade 65 Jahre sind, seitdem von Leipzig aus der Ruf nach den Kollegen erging, eine Organisation ins Leben zu rufen und daß es die Lehrlings-jünger und die damit verbundene Lohnbrüder waren, welche als Hauptgrundlage für die Notwendigkeit der Organisation angeführt wurden. Schon damals sei von den Kollegen der Wert der Tarif-

gemeinschaft erkannt, denn man habe sich nicht nur mit der Organi-sierung der Gehilfen begnügt, sondern einen Ruf nach auch an die Prinzipale zum Zwecke der gemeinsamen Bekämpfung der Schleuder-preise gefandt. Redner weist dann ferner an einigen Vorkommnissen nach, daß Scharfmacher im reinlich-moralischen Beizel darauf hinarbeiteten, die für das Gewerbe segensreich wirkende Tarif-gemeinschaft zu zerstören und konstatiert die volle Einmütigkeit der Gehilfenschaft in Bezug auf die prinzipielle Auffassung von der Notwendigkeit der Beibehaltung der Tarifgemeinschaft.

Zu Punkt I der Tagesordnung:
Bericht des Vorstandes und Genehmigung des Rechenschaftsberichts

nimmt Cifler (Vorstandsmitglied) das Wort. Er weist in kurzen Ausführungen auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht hin. Der Mitgliederbestand liegt in der Berichtszeit von 61 924 auf 67 278. Da in Deutschland etwa 74 000 Buchdrucker beschäftigt sind, so liegen demnach insl. der Gutenbergbändler nur noch etwa 6000 Kollegen außerhalb der Gehilfenorganisation. Eine ebenso erfreuliche Weiterentwicklung hat die Tarifgemein-schaft genommen. Die Zahl der tarifstreuen Firmen ist in den beiden Berichtsjahren von 7659 auf 8051 angewachsen und die Zahl der tarifstreuen Orte von 2158 auf 2242. Das Zusammenarbeiten von Prinzipalen und Gehilfen zur Bekämpfung der Schleuder-lonturenz hat sich als sehr zweckdienlich für das Gewerbe erwiesen. Der technische Fortschritt innerhalb des Berufes hat eine ganz erhebliche Mehrerzeugung von Schmalzmaschinen gebracht, was infolge ungenügend auf das Arbeitsverhältnis eingewirkt hat, als sich eine steigende Arbeitslosigkeit bemerkbar machte, was sich wiederum in den Ausgaben an Arbeitslose zeigte. Betrug doch die Arbeits-losenunterstützung in den beiden letzten Jahren 2 072 210 Mark! In Verbindung mit der Arbeitslosigkeit ist auch die Reise-unterstützung auf 411 089 M. angewachsen.

Wenn nun auch die beiderseitige Interessengemeinschaft die Notwendigkeit des Festhaltens an der Tarifgemeinschaft bedingt, so wurde doch mehrfach von Unternehmerseite versucht, die infolge des harten Vordringens der Schmalzmaschine eingetretene größere Arbeitslosigkeit gegen die Gehilfen auszunutzen. Und auf der vor-jährigen Generalversammlung der Unternehmerhauptorganisation ging man dazu über, für die nächste Tarifrevision (1916) die An-sammlung eines Abwehr- und Streifonds zu beschließen. Die Tarifrevision im Jahre 1916 wird demnach anscheinend nicht so glatt ablaufen wie die letzte im Jahre 1911. Der Verband wird schon jetzt seine Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen wissen. Seine Vermögen in der Hauptkassa betrug am Schluß des Geschäfts-jahres 9 768 791 M. gegen 8 098 458 M. des Vorjahres. Dazu kommt noch ein Bestand in den Notalkassen von rund 3 Millionen Mark, so daß das Gesamtvermögen des Verbandes über 12 Millionen Mark beträgt. Neben den enormen Reise- und Arbeitslosenunter-stützungen gab der Verband in den beiden letzten Jahren 1 884 336 Mark an Krankenunterstützung aus, 608 132 M. Juva-lidenunterstützung, 191 574 M. Sterbeunterstützung, 84 130 Mark für Ummzugslohn, 12 000 M. für Rechtschutz ufw. Die Gesamtsumme der gezahlten Unterstützungen beträgt in den Jahren 1911/12 5 350 560 M. Außerdem wurden aus den Kassen noch Zuschüsse zu den Unterstützungen in Höhe von über 800 000 M. gezahlt. Natürlich müssen solche enormen Ausgaben auch ent-sprechende Einnahmen gegenüber stehen. Diese belaufen sich in der Berichtszeit auf insgesamt 7 603 278 M. Aus der Statistik ergibt sich ferner, daß im Jahre 1911 4 Proz. und im Jahre 1912 4% Proz. der Mitglieder arbeitslos waren. Die Kranken-ziffer ist dagegen in den beiden Jahren von 3,15 Proz. auf 2,75 Prozent gestiegen.

In der nun beginnenden Diskussion erkennt Ruffiall, Berlin die Tätigkeit des Verbandsvorstandes in sehr lobender Weise an, auch in Bezug auf die Befähigung von Streikgeleiteten innerhalb der Parteien, wünscht aber einen Ausbau des gedruckten Rechenschaftsberichts, was Schweinswein - Bremen unterstützt. Letzterer wünscht auch noch, daß der Verbandsvorstand auf ver-leumderische Profküren der Gegner gleichfalls mit Profküren antworten möge, weil die Abwehrartikel im „Korrespondent“ nicht dort gelesen würden, wo man die Profküren umsehe. Steinhardt, Hamburg beantragt die Verteilung einer Prof-küre an die Delegierten, in welcher Verfassungskomitee im „Hamburger Fremdenblatt“ karggelegt werden. Da Döblich aus tatsächlichen Gründen den Antrag abzulehnen billigt, so entspringt sich hierüber eine längere Debatte, die schließlich mit der Annahme eines An-trages endet, welcher besagt, daß es jedem Delegierten freisteht, der Generalversammlung geeignet erscheinendes Material zu unter-breiten.

Im Verlauf der weiteren Diskussion werden dem Verbands-vorstande eigentliche Monits über seine geschäftliche Tätigkeit nur in laum nennenswerter Weise gemacht, dagegen wird von mehreren Delegierten eine scharfe „Abkürzung“ der Gutenbergbändler gewünscht, damit auch die jüngeren Kollegen von vornherein wissen, mit was für Leuten man es zu tun habe. Dem traten der Verbands-vorstand und die große Mehrheit der Redner entgegen. Bei der Bedeutungslosigkeit der Gutenbergbändler würde es verkehrt sein, auf ihr Geschick einzugehen. Höchstens könne man sie bei besonderen Anlässen mal in entsprechender Weise kennzeichnen. Eine lebhaft Auseinandersetzung führt ein Zusammenstoß zwischen Döblich und dem Hamburger Delegierten Steinhardt, herbei, da Steinhardt dem Verbandsvorsitzenden den Vorwurf macht, daß durch sein Eingreifen in die Angelegenheit mit dem Verlage der Großverkaufsgenossenschaft die Kollegen nicht zu ihrem Rechte gekommen seien. Steinhardt weist dem Verbandsvorsitzenden die Eingabigkeit vor und ungerichtetes Behalten der Gehilfen, die seine Rechte hätten, worauf Döblich erwidert, daß er darauf verzichte, die Desabouierung Steinhardts durch die übrigen Hamburger Dele-gierten. Die von Steinhardt empfohlene Taktik sei eine solche, wie sie wohl geübt sei, als die Gewerkschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen gesteckt habe. Schweinswein, Hannover hält Steinhardt für unbeherrschbar und stellt sich ganz auf den Standpunkt Döblichs. Da aber auch Bröpper, Hamburg das Verhalten des Herrn Kaufmann von der Großverkaufsgenossenschaft scharf tritt-siert, so kommt es über den Zusammenstoß der 78 Gehilfen in der Genossenschaft mit Herrn Kaufmann noch zu einer längeren Debatte. Bröpper muß zwar zugeben, daß sich die Kollegen in formeller Beziehung Verträge gegen die tariflichen Bestimmungen haben auszuhandeln können lassen, ist aber der Meinung, daß die Verträge des Herrn Kaufmann gegen den Tarif viel bedeutender sind und daß er erst die Gehilfen zu ihrem Vorgehen provoziert habe. Döblich betont, daß es ihm fern liege, Kaufmann in Schutz zu nehmen, aber man dürfe dessen Verhalten nicht der Genossenschaft entgelten lassen. Trotz aller Worte bleibe die Tat-sache bestehen, daß die Gehilfen für ihre plötzliche Kündigung keinen tariflichen Grund gehabt hätten. Und hierdurch sei die Situation erst für die Gehilfen verlichtert worden. Man hätte der Organi-sation einen größeren Dienst erwiesen, wenn man vorsichtiger gewesen wäre.

Nach dieser Aussprache wird der Geschäftsbericht des Vorstandes gegen eine Stimme (Steinhardt) genehmigt.

Grahmann, zweiter Vorsitzender, leitet sodann die Be-ratungen über die Anträge auf Abänderung der Unterstützungs-einrichtungen mit Darlegung der finanziellen Verhältnisse und der Wirkung der Anträge ein und stellt in Aussicht, daß an die Er-füllung der meisten Wünsche nicht zu denken sei, gibt dagegen zu, daß ein gerechter Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung fehlt. Den richtigen Weg zu finden, soll Aufgabe der morgen beginnenden Diskussion sein.

11. Generalversammlung der Deutschen Metallarbeiter.

Dresden, 16. Juni 1913.
Die Verhandlungen begannen mit den üblichen Begrüßungs-anreden. Die Reihe der ausländischen Begrüßungsredner er-öffnete Hansen. Er spricht für die dänischen und zugleich für die schwedischen Metallarbeiter. Beer, der Vertreter der Oester-

reicher, betont, daß die Erfahrungen der Deutschen Metallarbeiter auch die Oesterreicher zu guten Erfolgen geführt haben. Barbo, der Vertreter der ungarischen Metallarbeiter, kann mitteilen, daß seine Organisation heute auf 27 000 Mitglieder angewachsen ist.

Daggson, der Vertreter der Engländer, betont, daß die eng-lischen bürgerlichen Blätter den Deutschen als Englandbrecher schil-bern, er habe in dem brüderlichen Händedruck der deutschen Metall-arbeiter nur Freundschaft gefunden. Die Arbeiter in Eng-land wollen keinen Krieg! (Wiederholter Beifall.)

Nach dem Vertreter der Schweizer Metallarbeiter Dürr sprechen nach Sprache für die deutschen Kupferhämmer und Schjffel für den Zentralverband der Maschinen- und Heizer.

Die serbischen Metallarbeiter konnten keinen Vertreter ent-senden. Der frühere Vertreter und 1/10 seiner Kollegen wurden im Feld getötet.

Schlacke sagt alle Begrüßungsreden in der Antwort zu-sammen, daß die deutschen Metallarbeiter sich mit den Metall-arbeitern der anderen Länder immer als eine brüderliche inter-nationale Familie fühlen werden. Auch der Deutsche Metall-arbeiterverband sei dafür, daß der Industrieverband aus normaler Entwicklung heraus entstehen und herauswachsen muß.

Nach der Mittagspause wird durch Seemann-Adriagsberg ein

vorläufiger Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet. Es liegen eine ganze Anzahl Proteste vor. Für den zum hiesigen Landesparteitag gehenden Parteisekretär Dahn-Mannheim wird ein Ersatzmann telegraphisch berufen werden. Dahn's Disposition wird als ein Unrecht an der Metallarbeiter-tagung gekennzeichnet. Gegen den Delegierten Müller-Mühl-beim mußte plötzlich eine Untersuchungskommission eingesetzt wer-den. Müller hat geradezu unglaublich gegen die Verbandsinter-essen gehandelt; es besteht eine Zweifel an seiner Zurechnungsfähig-keit. Es wurde beschlossen, einen Ersatzmann zu berufen. In Hamburg mußte auf Anordnung des Verbandsvorstandes wegen der Aufstellung einer besonderen Kandidatenliste durch ein-gewählte keine Berufsgruppen die Wahl der Delegierten nochmals vorgenommen werden. Gegen diese Maßnahme des Hauptvorstandes ist ein Protest eingelaufen, die Anordnungen des Vorstandes werden von der Generalversammlung gebilligt. In Bremen haben bei der Wahl Inangefähigkeiten stattgefunden, aber auch ohne diese Vorkommnisse wären die anwesenden Bremer Delegierten glatt gewählt worden. Deswegen werden die Mandate für gültig erklärt.

Nach der Wahl des Vorstandes werden die Anträge auf Behand-lung der Arbeitsverhältnisse in der Schmelzeindustrie, Stellung zur ungeteilten Arbeitszeit und der Ferienfrage in der Metall-industrie abgelehnt. Ein neuer Tagesordnungspunkt wird einge-fügt; er lautet: „Das Koalitionsrecht, die Handhabung des Reichsvereinigengesetzes und deren Wirkung auf die Arbeiter“. Dieses Thema wird in ge-schlossener Sitzung verhandelt werden.

Dresden, 17. Juni 1913.

Der zweite Sitzungstag beginnt mit einer Kranzniederlegung am Grabe Lassalles. Die Dresdener Polizei war nicht auf ihrer berühmten Höhe; sie glänzte durch Abwesenheit. Der am Grabe niedergelegte Kranz trug die Lassalische Widmung: „Wer die Nacht hat, hat das Recht; strebt nach der Nacht, dann gewinnt ihr das Recht.“

Die Generalversammlung gibt den Delegierten, die als Reichs-tagsgabende zu einer wichtigen Abstimmung nach Berlin müssen, Urlaub.

Nun beginnt die Beratung des 2. Punktes der Tagesordnung:

Bericht des Vorstandes und Ausschusses

und Beratung etwaiger Anträge zu diesem Punkte und dem Verbandsorgan.

Das Wort hat nun der Verbandsvorsitzende Schlick-Strutt-gart:

Kollegen und Kolleginnen! Schon gestern sagte ich, daß der Gedanke des Industrieverbandes maßgebend war. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß sich Liebe nicht erzwingen läßt, bestimmte Voraussetzungen der Entwicklung müssen vorhanden sein. Grenzstreitigkeiten haben wir leider nicht nur mit anderen Verbänden, sondern auch in den eigenen Reihen. Die Haltung des Vorstandes ist: Es kommt nicht darauf an, in einem gewissen Betriebe alle vereinigt zu haben, die Schlosser oder Dreher genannt werden; es kommt darauf an, daß alle in einem Betriebe Beschäftigten einheitslich organisiert sind. Wir müssen zur Betriebs- und Industrieorganisation kommen. Die Reso-lution des Hamburger Gewerkschafts-Kongresses trägt der Ent-wicklung der Metallindustrie nicht Rechnung. Neben der Forde-rung des Industrieverbandes gehört die der Betriebsorganisation. Gegenüber den laufenden Streitigkeiten steht der Vorstand auf dem Standpunkt, wenn Vermittlungsgründe nicht überzeugen, dann müssen wir genau so handeln wie die, die sich nicht überzeugen lassen wollen. Aber die Tatsachen sprechen so klar, daß eine baldige Ver-handlung möglich sein muß.

Vorstand und Mitglieder sind bei einer so großen Organi-sation, wie wir sie darstellen, selbstverständlich nicht immer einig. Das trifft im besonderen auf den Zeitpunkt zu, mit dem ein Kampf zu beginnen hat. Wir dürfen nicht nervös werden, wenn die Unternehmer es wollen. Den Zeitpunkt eines Kampfes müssen immer wir Arbeiter bestimmen. Nebenbei ist, daß an verschiedenen Orten die Leitungen Forderungen aufgestellt haben, die den Arbeitsnachweis der Unternehmer betreffen. Wir lehnen den Unternehmerarbeitsnachweis strikte ab, wir dürfen dann nicht Forderungen, die ihn angehen, aufstellen. Der Unternehmer-arbeitsnachweis muß mit anderen Mitteln bekämpft werden. Er muß dann aber zur grundsätzlichen Position werden. Nebenfragen, die geeignet sind, unsere Kraft im Kampfe zu zerpfählen, haben wir viele; z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit. Früher verhandelt man darunter nur tägliche Verkürzung; heute ist bei den Unternehmern der Sonabendnachmittagslohn aktuell; sie kommen nach ihrer Meinung so billigher weg. Wir haben keine Ursache, darauf hereinzufallen. Mit der durchgehenden Arbeitszeit sind wir noch nicht zur Klarheit gekommen. Die Mehrheit des Vorstandes ist der Meinung, daß sie nur eingeführt werden kann, wenn der Achtstundenlag für die Metallarbeiter durchgesetzt ist. Selbstverständlich nehmen wir auch die geringste Arbeitszeitverkürzung dann, wenn wir in anderer Form nichts erhalten würden. Die Arbeitszeit darf aber nicht verkürzt werden, um nachher einen höheren Verdienst durch Ueberzeitarbeit zu erzielen. Wenn solche Ueberstunden gefeiert werden, dann sollten sie gar nicht bezahlt werden! (Beifall.) Die Unternehmer machen mit den bezahlten Ueberstunden das beste Geschäft. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Solidarität bei großen Kämpfen so aufgefaßt wird, daß durch Umlageverfahren die Kosten aufgebracht werden. Das wirkt ganz anders als der Klingelbeutel. (Sehr richtig!)

Nun zu den Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ver-bandes, dazu muß gesagt werden, daß wir keine Ursache haben, die Wünsche, die durch das Tragen schmutzig gemorden ist, auf dem Markte zu wachen. Es wird in vielen Anträgen mehr Agitation, Statistik und Konferenzfähigkeit verlangt. Statistiken machen aber auch Arbeit und die Zahlstellen unterstützen uns durchaus nicht.

Zur Gewerkschaftsschule und zur Parteischule liegen auch Anträge vor. Die Tätigkeit der Parteischule sehe ich sehr skeptisch an. Schwerverständliche Wissensgebiete werden dort gelehrt, der Besuch der Parteischule selbst erweist bei unseren jungen Leuten Öffnungen, die nicht erfüllt werden können. Nun kommt ich zum Verbandsorgan. Unser Redakteur Scherm ist bis jetzt immer gelobt worden. Wenn die Redaktion, die in letzter Zeit so groß angegriffen worden ist, fest um sich gefaßt hat, so war das nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch ihre Pflicht. Der Vorstand kann dies nur billigen. Die Fälle der allgemeinen An-träge zwingt den Vorstand, zu sagen, daß neben vielem Selbstver-

Königlich, auch manches Unausführbare verlangt wird. Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir den Gehaltsverhältnissen unserer Beamten zuviel Aufmerksamkeit zuwenden. Der Vorstand als Beauftragter der Organisation und Arbeitgeber hat die Pflicht, seine Angehörten anständig zu bezahlen. Der Metallarbeiter, der gegen diesen Standpunkt ist, darf auch nicht sagen, daß die Unternehmer den Arbeiter nicht zu seinem Rechte kommen lassen.

See man n. Königsberg erstattet, ehe in die Diskussion über den Vorstandsbericht eingetreten wird, den

endgültigen Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Er beginnt mit den Leipziger Vorkommnissen. Das Leipziger Zentralwahlkomitee hat beim Vorstand die Ungültigkeitserklärung der Leipziger Mandate verlangt, weil die Leipziger Volkszeitung durch ihre Stellungnahme in einem Versammlungsbericht dafür gesorgt habe, daß nur Delegierte nach Breslau gekommen sind, die für den Leipziger Antrag, die Parteischule betreffend, eintraten. Der Vorstand hat nur die Wahl zweier Bezirke für ungültig erklärt, die Mandatsprüfungskommission beantragt bei der Generalversammlung, sämtliche 8 Leipziger Delegierte als nicht gewählt zu bezeichnen und dafür die nach Breslau zu berufen, die nicht gewählt wurden, aber Leipzig auf der Generalversammlung überhaupt unvertreten sein zu lassen. (Große Unruhe.)

Ernst Schäfer-Leipzig fragt als erster Diskussionsredner zu diesem Punkte: Warum verteidigt nicht der Vorstand seinen Beschluß, der durch die Mandatsprüfungskommission als falsch bezeichnet wird? Der Versammlungsbericht der Leipziger Volkszeitung war durchaus objektiv abgefaßt. Wir bedauern allerdings auch, daß die angegebene Stelle in Heftdruck so auffällig erschienen ist. Ich erwarte von dem Gerechtigkeitsgefühl der Generalversammlung, daß sie im Interesse des Verbandes entscheidet. Wenn Sie wollen, dann lassen Sie die Leipziger unvertreten; aber kommen Sie dann auch nach Leipzig und verteidigen Sie dort ihren Beschluß.

Nach ihm sprechen noch eine ganze Reihe Redner, im besonderen auch Leipziger Delegierte. Nachdem ein Schlußantrag abgelehnt ist, geht die Debatte, die Leipziger Vorkommnisse bis ins einzelne gehend, weiter.

Die Mandatsprüfungskommission zieht ihren Eventualvorschlag, den sie am Morgen mitgemacht, für den Fall der Ratifizierung der acht Leipziger Mandate, die nicht gewählten 8 Kandidaten zur Generalversammlung nach Breslau berufen zu lassen, zurück.

Nach längerer Diskussion wird über den nun verbliebenen Vorschlag der Mandatsprüfungskommission, die Leipziger Delegiertenmandate zu kassieren, namentlich abgestimmt. Die Leipziger Mandate werden mit 212 gegen 50 Stimmen für ungültig erklärt. Leipzig bleibt auf dem Verbandstage ohne Vertretung.

Es werden nun noch eine Reihe anderer Proteste abgelesen. So die aus Chemnitz, Düsseldorf, München und Braunschweig.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht, für den eine große Anzahl von Anträgen mit zur Besprechung vorliegt, wird dann abgebrochen, die Sitzung wird auf morgen verlagert.

Jugendbewegung.

Opfer des Kriegsspielunfalls.

Die Wehrkraftvereine Halle, Merseburg und Schleuditz hatten in der Nacht vom Sonntag zum Montag ein Kriegsspiel bei Schkopau veranstaltet. Die Schleuditzer Wehrkraftjugend, meist Schüler von 12 bis 14 Jahren, marschierten am Sonntagvormittag nach der Nachführung in so scharfem Schritt nach Hause, daß, nachdem kaum die Hälfte des Weges zurückgelegt war, vier Jungen nicht mehr mitkommen konnten. Der leitende Lehrer wies sie in den Schaufelgraben mit den Worten: Wer nicht mehr mitkommen konnte, solle sich in den Straßengraben niederlegen und auf die nächste Abteilung warten. Die vier ohne Aussicht zurückgelassenen ermatteten Knaben ruhten sich zunächst eine Weile aus und trieben dann — wahrscheinlich durch das nächtliche Kriegsspiel zu allerlei Räubertaten angetrieben — in einer nahe Sandgrube allerlei Unfug an den aufgestellten Geräten. Plötzlich haben die Sandmassen der Grube nach und verschütteten drei Knaben dertat, daß nur noch die Arme und der Kopf zu sehen waren. Auf das Hilferufen der drei Verunglückten und ihres Kameraden eilten zufällig in der Nähe befindliche Leute herbei. Die Jungen wurden herausgeholt und nach dem Dorfe Mögitz getragen. Da sie erheblich verletzt schienen, mußte ein Automobil von Schleuditz requiriert werden, das die Verletzten ihren entsetzten Eltern zuführte. Alle drei Jungen liegen jetzt an ihren Verletzungen darnieder, der eine hat schwere Leiden davongetragen.

Der Leiter dieses Kriegsspiels und auch des verhängnisvollen Märdmarzches war der Schleuditzer Rektor Miksch, der sich als Sozialistensoldat besonders hervortrat. Er sucht alljährlich zum Gewerkschaftsfest durch seine Schulgewalt die Kinder von der Beteiligung am Umzug fernzubehalten. Er ist es, der den Jugendlichen die Teilnahme an den Veranstaltungen der Arbeiterjugend zu verbieten versucht und der kürzlich in seinem Hof gegen die proletarische Jugendbewegung sich dazu hinreihen ließ, einen Fortbildungsschüler wegen eines geringen Vergehens unter Hinzuziehung eines Teils der Lehrer vor der Klasse durchzuführen, um ihn dann als sozialdemokratischen Jugendführer herunterzumachen und die anderen Schüler vor diesem „Menschen“ zu warnen. Auf das Betreiben dieses echt nationalen „Jugendpflegers“ wurde auch vor zwei Jahren den Leitern der Arbeiterjugend die moralische und sittliche Befähigung zur Erteilung des Zertifikats an Jünglinge abgeprochen.

Aus Industrie und Handel.

Die Zolltarifrevision im amerikanischen Senat.

Der neue Zolltarif, der vom Repräsentantenhaus mit 281 gegen 139 Stimmen angenommen wurde, wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe des Juli auch die Sanction des Senats erhalten. Im Repräsentantenhaus wurde man nach achtstägiger Generaldebatte in Zeit von weiteren acht Tagen mit der Durchberatung der einzelnen Positionen fertig. Im Senat, wo die demokratische Mehrheit nur auf schwachen Füßen steht und die „großen Interessen“ ihre persönlichen Vertreter haben, ist an eine solche Durchprüfung des Tarifs nicht zu denken, ebenso wenig aber auch an eine Wiederholung der endlosen Schachereien und Kageleien, die in Zolltarifdingen zu den ältesten Traditionen des amerikanischen Oberhauses gehören. Eine Woche hat der Senat gebraucht, um einen republikanischen Oppositionsantrag, der auf „öffentliche Verbote“ über die einzelnen Tarifsätze abzielte, unbeschädigt zu machen. Der republikanische Antrag wurde mit 41 gegen 36 Stimmen, einem sogenannten stillen Votum, abgelehnt; das heißt, das geschlossene Votum der Demokraten stand dem der Republikaner reaktionärer wie fortschrittlicher Oberhaus gegenüber, mit dem einzigen Roosevelt-Senator: Reinhardt, auf demokratischer Seite. Diese Abstimmung wird vielfach als eine entscheidende Probe aufs Exempel betrachtet. Wenigstens ist jetzt keine Frage mehr, daß die Demokraten auch im Senat stark genug sind, ihren Tarif durchzusetzen, und auch die Bereitwilligkeit, die Verantwortung für die Maßregel zu übernehmen, scheint auf dieser Seite vorhanden zu sein. Ist schon das Tempo dieser Tarifrevision in der amerikanischen Zolltarifgeschichte ohne Beispiel, so tritt als weitere Anomalie noch hinzu, daß im Senat diesmal eher Reigung zu einer weiteren „Abwärtsrevision“ als zu einer Dinaufschauung der vom Repräsentantenhaus beschlossenen Tarifsätze besteht. Das zuständige Senatskomitee hat dem Präsidenten Wilson den Triumph bereitet, auch noch Vieh und Fleisch, Weizen und Weib, ferner noch Kohleisen und Ferrumanganerz auf die „Freiliste“ zu setzen, freilich nur ein bescheidener Trost für den deutschen Export, der auf seine wichtigsten Artikel, wie Kalifolge, Spielzeug, Kohlenleerprodukte und Leder, Baumwollspinn u. s. w. keine Erleichterungen zu erwarten hat. Kohlenleerprodukte werden sogar, ebenso wie unverarbeitungsfähige Pelze, noch stärker belastet. Wohl sind

nach der Haltung des Komitees Produktionen der Zölle auf Stahl, Eisen und gewisse Metallwaren, sowie auf Seide, Wolle und Wollwaren, irbene und Metallwaren wahrheitsgemäß, und es kommt für Deutschland nun auf die Arten der Eisen- und Textilwaren an, die von dem Segen der Zollermäßigung betroffen werden, da in gewissen Spezialitäten beider Produktionszweige noch immer eine Möglichkeit deutschen Wettbewerbs auf dem amerikanischen Markt besteht. Ungefragt ist noch das schließliche Schicksal der zollfreien Rohwolle, sowie der gemäß der Bill nach 8 Jahren eintretenden Zollbefreiung des Jutes. Gestrichen werden wird die 5prozentige Vergünstigung für Einfuhrwaren, die auf amerikanischen Schiffen befördert werden, wahrscheinlich auch die Klausel, die der Zollbehörde das Recht verleiht, zur Ermittlung des Ausfuhrwertes von Waren die Geschäftskonten der Importeure einzusehen.

Vom Kaffeemarkt. Trotz aller Machinationen der brasilianischen Kaffeemücker gleiten die Kaffeepreise im Großhandel unaufrichtig abwärts. Im Vergleich zum Vorjahre ist bereits eine recht bedeutende Ermäßigung eingetreten. In Hamburg listete nämlich ein Doppelzentner Kaffee, unzerzollt, durchschnittlich in Mark:

	1912	1913
Santos	148,60	149,00
Campinas	152,40	154,00
Rio	145,40	147,00
La Guayra	150,00	152,00

Offenbar rechnet man in deutschen Großhandelskreisen noch mit weiteren Preisrückgängen. Die Gesamteinfuhr von Rohkaffee betrug in den ersten vier Monaten dieses Jahres 643 806 Doppelzentner gegen 850 953 Doppelzentner im Vorjahre. Der Wert der Einfuhr ist von 96,84 auf 95,25 Millionen Mark zurückgegangen. Ein scharfer Preisrückgang am Kaffeemarkt, besonders aber eine mehrmalige gute Ernte könnte die brasilianische Kaffeewalorisation in recht ernste Schwierigkeiten bringen, die ihre bisherigen günstigen Resultate hauptsächlich dem zufälligen Zusammenreffen mehrerer für sie günstiger Umstände zu verdanken hat.

Soziales.

Arbeitslosigkeit.

Die Krise schreitet in einem die Arbeiterklasse ungeheuer treffenden Umfang vorwärts. Das Reich, die Staaten und die Gemeinden stehen latentlos der Arbeitslosigkeit gegenüber. Das Reich verweist auf Staat und Gemeinden, der Staat auf das Reich und die Gemeinden, die Gemeinden wieder auf den Staat. Die Pflicht zum Eingriff schiebt so eine Stelle auf die andere. Und doch wäre es höchste Pflicht aller drei Faktoren, die Arbeitslosigkeit, die leider naturgemäße Folge unseres Produktionssystems, wenigstens zu lindern.

Aus Nürnberg wird uns geschrieben: Die Arbeitslosigkeit hat gegenwärtig in Nürnberg einen gewaltigen Umfang angenommen. Selbst in den Wintermonaten der schlimmsten Krisenjahre dürfte das Elend kaum größer gewesen sein. Beim städtischen Arbeitsamt kommen auf 100 Stellenangebote 220 Stellensuche, und täglich verschlechtert sich das Verhältnis noch mehr. Vor wenigen Wochen sind in Nürnberg einmal über 400 und ein andermal 220 Arbeiter für eine rheinische Kohlenzeche angeworben worden und darin abgerüstet. Die Armenpflege mußte feststellen, daß die Unterhaltungsansprüche eine ungeheure, noch nie zuvor erreichte Höhe erreicht haben. Der Oberbürgermeister wird fortgesetzt mit Hunderten von Gesuchen um Unterfützung oder Zuweisung von Beschäftigung überschwemmt usw. Im Gemeindefolkium sahen sich daher die Sozialdemokraten am Dienstag veranlaßt, entschiedene Abhilfemaßnahmen zu verlangen, indem sie beantragten:

1. Sofort 30 000 M. zur Verfügung zu stellen, um Heimatarbeitslosen Verunterstützungen zu gewähren zu können;
2. geeignete Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen und bei der Staatsregierung im gleichen Sinne zu wirken;
3. den gemeindlichen Kollegien baldigst den Entwurf einer städtischen Arbeitslosenunterstützung vorzulegen;
4. das städtische Arbeitsamt zu beauftragen, bei umfangreichen Arbeitsvermittlungen nach auswärts genaue Erkundigungen über den Zweck der Vermittlung und über die Entlohnung anzuflehen und das Ergebnis zu veröffentlichen.

Die Vorkämpfer der bürgerlichen Parteien konnten das Elend nicht in Abrede stellen, suchten sich aber mit leeren Ausflüchten um ernstliche Maßnahmen herumzudrücken, wobei es auch an gelegentlichen Beschimpfungen der Arbeitslosen nicht fehlte, indem man ihnen mangelnden Sparsinn vorwarf, die Arbeiter seien an dem geschäftlichen Niedergang selbst schuld durch ihre frivolsten Streiks usw. Die sozialdemokratischen Anträge auf Bewilligung von 30 000 M. und Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurden abgelehnt; das einzige praktische Ergebnis ist die Annahme eines freisinnigen Antrages, der sich dem zweiten sozialdemokratischen Antrage nähert. Nach ihm soll die Stadt ihre geplanten Arbeiten schleunigst in Angriff nehmen und die Regierung um das gleiche ersucht werden soll; weiter soll an die Regierung das Gesuch gerichtet werden, die staatliche Arbeitslosenversicherung baldigst in Angriff zu nehmen. Angenommen wurde auch der Antrag bezüglich der Vermittlungen von Arbeit nach auswärts. Das ist alles, was der Freisinn für die Not der Arbeitslosigkeit übrig hat.

Gerichts-Zeitung.

von Oppersdorf gegen Trimborn.

In der Privatklage des Herrenhausmitgliedes Reichsgrafen Hans von Oppersdorf gegen den Redakteur Dr. jur. Hubert Trimborn in Breslau stand gestern wieder Verhandlungstermin vor der 145. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Volkner an. Es handelt sich um zwei Jahre zurückliegende Vorgänge. Graf von Oppersdorf, damals noch Mitglied der Zentrumsfraktion, hatte in der schlaglohringlichen Verfassungsfrage einen der Wehrheit der Fraktion entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und hatte mit 27 Zentrumsmitgliedern für das Gesetz gestimmt. Er geriet darüber in Reibde mit der sogenannten Kölner Richtung innerhalb der Zentrumsfraktion und speziell auch mit dem Vorsitzenden der schließlichen Zentrumsfraktion Geh.-Rat Dr. Forst, zu dem er schon längere Zeit in Wegnerschaft stand. Gegen den Privatkläger hatte dann die „Augsburger Postzeitung“ einen beleidigenden Artikel gebracht, in welchem ihm politisch unlautere Motive nachgesagt wurden; er gehe mit seiner politischen Ueberzeugung haushieren, spiele, wo es ihm geeignet scheine, den Demokraten, es komme ihm lediglich darauf an, Wählerfolge einzuharben; es wurde von gewissenlosen Quertreibern gesprochen und dem Privatkläger vorgeworfen, daß er nach alter Gewohnheit seinen Fraktionsgenossen in den Rücken falle usw. Diesen Artikel hatte die von Dr. Trimborn redigierte „Schlesische Volkszeitung“ vom 4. Juli 1911 unter der Ueberschrift „Parteidisziplin und Sonderbestrebungen“ übernommen und mit einer Einleitung versehen. Gegen den Redakteur der „Augsburger Zeitung“ hatte Graf Oppersdorf die Privatklage erhoben, diese wurde aber im Wege eines Vergleichs aus der Welt geschafft. In diesem Vergleich gab der verklagte Redakteur dem Grafen O. eine Erklärung ab, in welcher diesem das Reugnis ausgestellt wurde, daß er sich bei seiner politischen Tätigkeit lediglich von seiner gewissenhaften Ueberzeugung leiten lasse. Der Vergleich, bei der geistigen Verhandlung die Sache durch eine gleichartige Erklärung zu erledigen, scheiterte.

Nach längerer Verhandlung erkannte das Gericht den Angeklagten der Beleidigung schuldig und verurteilte ihn zu 150 M. Geldstrafe eventuell 15 Tagen Gefängnis. Dem Privatkläger wurde die Publikationsbefugnis in der „Schlesischen Volkszeitung“, der „Augsburger Postzeitung“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ zugesprochen.

Die Berufshere des Zahntechnikers.

In Rosenthal-Wilhelmsruh hatte die Gemeindeverwaltung, um die Zahnpflege der Schulkindern zu fördern, die Eltern durch einen öffentlichen Vortrag eines Zahnarztes über diesen Gegenstand belehren lassen. Unter anderem wurde dabei die Frage erörtert, ob man kleinen Kindern schadhafte Zähne plombieren oder sie ohne weiteres ziehen soll. In der Diskussion brachte Frau Schulwitz zur Sprache, daß ihr gegenüber ein Zahntechniker, von dem sie ihrem vierjährigen Kinde einen schadhaften Zahn plombieren lassen wollte, eine der Meinung dieses Zahnarztes entgegengesetzte Meinung geäußert habe. Sie nannte zunächst keinen Namen, aber auf eine Bemerkung des die Versammlung leitenden Rektors teilte sie hinterher mit, daß es sich um den Zahntechniker Diemer in Wilhelmsruh handle. Herr Diemer, der selber in der Versammlung anwesend war, geriet hierüber in so große Aufregung, daß er rief: „Das ist eine stinkende Lüge!“ Später veröffentlichte der gekränkte Zahntechniker noch in einem Lokalblatt für Rosenthal-Wilhelmsruh eine Annonce, in der er die Darstellung der Frau Schulwitz als „Verleumdung“ zurückwies. Daß Frau Schulwitz wegen ihres Kindes um seinen Reißand gebeten hatte, war richtig. Herr Diemer bestritt aber, daß er die Äußerung getan habe, die Frau Schulwitz in jener Versammlung ihm nachgesagt hatte. Seine Abwehrversuche empfand nicht nur Frau Schulwitz, sondern auch ihr Ehemann als Beleidigungen. Schulwitz ging gegen Diemer mit einer Beleidigungssklage vor, so daß Frau Schulwitz als Zeugin benommen werden konnte. Vor dem Amtsgericht Pantow wiederholte sie unter Diemers Widerspruch ihre Angabe, Diemer habe gesagt, daß bei so jungen Kindern schadhafte Zähne nicht plombiert, sondern gezogen würden. Das Gericht sprach daraufhin den Angeklagten schuldig der Beleidigung, doch sah es nur den Zurecht: „Das ist eine stinkende Lüge!“ als strafbare Beleidigung an, nicht auch das Wort „Verleumdung“, das Diemer nur zur Abwehr einer von ihm als unwahr zurückgewiesenen Angabe gebraucht habe. Diemer wurde zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt mit der sonderbaren Begründung, daß auch das Wort von der „stinkenden Lüge“ unter den in Wilhelmsruh bestehenden Verhältnissen nicht so auf die Goldwaage zu legen sei.

Gegen dieses Urteil wandten Kläger und Angeklagter sich an die Berufungsinstanz, so daß gestern das Landgericht Berlin III (Strafkammer 4) sich mit dem Streit zu beschäftigen hatte. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ehreke, meinte, Frau Schulwitz werde Herrn Diemer wohl falsch verstanden haben, und schlug dann einen Vergleich vor. Diemers Verteidiger, Rechtsanwalt Wess, wünschte, der Kläger solle erklären, daß er keinen Grund habe, am Diemers Fähigkeit zu zweifeln. Rechtsanwalt Weinberg, der dem Kläger Schulwitz zur Seite stand, lehnte das ab, da ja nicht Schulwitz, sondern dessen Ehefrau über den Zahntechniker Diemer gesprochen habe. Nach langem Hin und Her kam schließlich ein Vergleich zustande, durch den der Angeklagte Diemer die der Klage zugrunde liegenden Äußerungen, so weit darin Beleidigungen zu sehen seien, mit Bedauern zurücknahm. Er verpflichtete sich, die gerichtlichen Kosten ganz zu übernehmen, und zahlte sofort zu den außergerichtlichen Kosten einen Beitrag von 10 M. Sobald die Gerichtskosten bezahlt sind, will Kläger, Schulwitz, die Klage zurücknehmen. Er ist noch ein übriges und erklärte, seine Frau habe der Berufshere Diemers nicht zu nahe treten wollen.

Das Züchtigungsrecht des Lehrers vor dem Zivilsenat des Reichsgerichts.

Wiederholt haben wir hervorgehoben, daß das Reichsgericht im Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht und zu so manchem preussischen Landesgericht der Verprügelung von Kindern feindselig entgegensteht. Wer als Erzieher prügelt, zeigt, daß er unfähig ist zu erziehen. Weit entfernt von dieser bereits im Mittelalter vom Dichter Walter von der Vogelweide verteidigten Anschauung stehen die heutigen preussisch-deutschen Gesetze. Um so anerkennenswerter, wenn das oberste deutsche Gericht gegen, wenigstens gegen das Uebermaß von Prügelei Front macht. Am Dienstag entschied das Reichsgericht nach siebenjährigem Kampf im Gegensatz zum Landesgericht zuungunsten eines Lehrers, der durch seine Prügelmethode ein Kind lebenslanglich unglücklich gemacht hat. Möglich war ihm die Entscheidung, ohne daß das Oberverwaltungsgericht in seiner Zusammensetzung als Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten in den Arm fallen konnte, weil die Klage gegen den Fiskus gerichtet war. Der Gang des Prozesses war folgender:

Am 22. Oktober 1906 beauftragte der Seminaroberlehrer Dr. E. eine Klasse der Seminarschule zu Nettmann. Hierbei fiel ihm auf, daß der Sohn des Webermeisters S. unaufrichtig war und nicht auf den unterrichtenden Seminaristen achtete. Als der S. das Wort Katheder nicht richtig nachbuchstabieren konnte, ließ Dr. E. ihn vorlesen und verlegte ihm mit seinem Rohrstock einen Schlag auf das Gesicht. Als der Junge dann in die Bank zurückgegangen war und laut heulte, ließ er ihn wegen Störung des Unterrichts wieder vorlesen und verlegte ihm in gleicher Weise einen zweiten Schlag. Da der Schüler trotz der Schläge das nötige Verständnis für Dr. E.s Lehrmethode nicht bekommen hatte und von neuem heulte, schlug ihn dieser mit dem Rohrstock mehrere Male über den Rücken. Infolge dieser Züchtigung haben sich bei S. Züchtigungserkrankungen gezeigt, die auf seine Berufsbestimmung von ernstem Einfluß gewesen sind. Obgleich er ursprünglich in geistiger Beziehung gut angelegt war, hat er sich nur als Anecht auf dem Lande verdingen können. (Die ärztliche Untersuchung hatte vier Striemen mit Schwellungen und eine blau unterlaufene Stelle auf dem Rücken ergeben.) S. und sein Vater haben Schadenerschaftsansprüche gegen den preussischen Fiskus geltend gemacht. Der Fiskus hat dem Seminaroberlehrer Dr. E. während des Prozesses den Streit verhandelt, um sich für den Fall seiner Verurteilung durch eine Regressklage gegen Dr. E. schadlos halten zu können.

Rachdenk erst das Landgericht Elberfeld die Ansprüche des S. anerkannt, die Ansprüche seines Vaters aber abgewiesen hatte, entschied das Oberlandesgericht Düsseldorf auf vollständige Abweisung der Klage. Dieses Urteil ist am 2. Februar 1912 zum Reichsgericht aufgehoben worden, weil es für die die Hauptsache bedingende Frage des Verschuldens des Lehrers nicht — wie das Oberlandesgericht ausführte — nur darauf ankam, ob der Lehrer sich fügen mußte, daß seine Züchtigung dem Jungen gesundheitliche Nachteile bringen mußte, sondern auch darauf, ob er bei der Züchtigung überhaupt sein Züchtigungsrecht überschritten hat. Die Sache ist dann zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts Düsseldorf zurückverwiesen worden. Dieser Senat hat auch auf Abweisung des Klägers entschieden und zur Begründung ausgeführt, daß der Lehrer Dr. E. die Züchtigung nur zu Zwecken des Unterrichts vorgenommen habe, und zwar die erste Züchtigung wegen der Unaufrichtigkeit des Schülers, die zweite und dritte wegen des eigensinnigen Verhaltens des Schülers und zur Erziehung seiner eigenen Autorität. Ob es pädagogisch richtig war, den heulenden Jungen weiter zu schlagen, könne dahingestellt bleiben, denn die Gemeisamnahme habe ergeben, daß Dr. E. nicht geschlagen habe, um seinen Kerger auszuüben, sondern nur aus Unterrichtszielen. Doch die Schläge von schädlicher Wirkung sein würden, habe er nicht annehmen können.

Gegen dieses Urteil hatten die Kläger wiederum mit Erfolg Revision beim Reichsgericht eingeleitet und besonders geltend gemacht, daß das Oberlandesgericht die ganze Art der Züchtigung hätte berücksichtigen und dann zu der Auffassung gelangen müssen, daß das Züchtigungsrecht überschritten worden ist. — Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf abermals aufgehoben und das landgerichtliche Urteil dahin abgeändert, daß sowohl die Schadenerschaftsansprüche des Klagen Sohnes wie des Vaters dem Grunde nach gerechtfertigt sind und der Beklagte auch verpflichtet ist, dem S. allen aus den Folgen der Züchtigung noch weiterhin entstehenden Schaden zu ersetzen. Das Reichsgericht erklart in dem Verhalten des Seminaroberlehrers Dr. E. eine schuldhaftige Pflichtverletzung durch Ueberschreiten seines Züchtigungsrechts. Die Ueberschreitung des Züchtigungsrechts liegt nicht nur darin, daß er überhaupt die dritte Züchtigung vorgenommen hat, sondern in der Art und Weise, wie sie vorgenommen worden ist. (Aktenzeichen III. 181/12.)

Gewerkschaftliches.

Die Angst um den Profit.

Der bekannte günstige Wind hat uns ein Schriftstück auf den Redaktionstisch geweht, das uns einen deutlichen Beweis erbringt, in welcher Höhe die Macht der Gewerkschaften von den Unternehmern gefürchtet wird und welche starke Waffe insbesondere der Streik für die Arbeiterschaft ist. Das Schreiben lautet:

Dresden, Datum des Poststempels.

Deutscher Industrieschutzverband
Sitz Dresden
Begründet vom Verbands Sächsischer Industrieller.

Sehr geehrte Firma!

Die mit dem bedeutenden Erstarren der gewerkschaftlichen Organisationen und der offensichtlichen Verschärfung der Arbeitskämpfe zunehmende Wichtigkeit des finanziellen und moralischen Streikschutzes für jeden Arbeitgeber veranlaßt uns, Ihnen den Anschlag an unsere Organisation dringend zu empfehlen.

Bis Ende 1912 wurden insgesamt 667 Arbeitseinstellungen mit 817 025 M. für 1 137 958 ausgefallene Arbeitstage entschädigt, während in 865 Fällen der Ausschub von Streiks verbietet und der damit für die Arbeitgeber verbundenen Schäden abgewendet werden konnte.

Verständigen Sie, welche bedeutende Beiträge der einzelne organisierte Arbeiter an seinen Verband zahlt (15-70 M. jährlich) und Sie werden zugeben, daß die finanzielle Gegenleistung an unseren Verband für die im Interesse eines geregelten Betriebes wichtige Sicherung in Streikfällen und bei sonstigen Arbeiterbewegungen für einen vorausschauenden Arbeitgeber nicht ins Gewicht fallen kann.

Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften hat sich im Laufe des Jahres 1911 um 279 000 auf fast 2 1/2 Millionen gehoben. Ihre Jahreseinnahme (Ende 1911: 74 Millionen Mark) und ihr Vermögensbestand (Ende 1911: 60 Millionen Mark) sind gleichfalls im stetigen Wachstum begriffen. Ohne diese enormen Mittel und die daraus gezahlten Streikunterstützungen wäre es den Gewerkschaften nicht möglich, Streiks durchzuführen.

Ohne einen hinreichenden Schutz gegen die materiellen Schäden aus Streiks und Ausperrungen werden aber die Arbeitgeber ihrerseits auf die Dauer gar nicht in der Lage sein, sich in Lohnbewegungen nachdrücklich zu wehren und die vielfach übertriebenen Forderungen der Gewerkschaften zurückzuweisen.

Da die letzte Generalversammlung unseres Verbandes im Prinzip beschlossen hat, die Entschädigung im Falle eines Streiks häufig nach der Dauer der Mitgliedschaft abzumessen, liegt es in Ihrem Interesse, sich möglichst bald, noch unter den alten Bedingungen unserem Verbands anzuschließen.

Wir sehen Ihrem geschätzten Bescheide bezw. Ihrer Beitrittserklärung mit Interesse entgegen und zeichnen

Hochachtungsvoll

Deutscher Industrieschutzverband
Sitz Dresden
Grüner.

Das Bezeichnende an diesem Schriftstück, das wir mit einigen Kürzungen wiedergegeben haben, ist die Tatsache, daß nur von den freien Gewerkschaften die Rede ist. Nur sie empfinden also die Unternehmer als eine wichtige und gefährliche Macht. Es geht aber auch weiter daraus hervor, daß man von den gelben Werkvereinen sehr wenig hält, denn sonst würde nicht eine wirksame Streikversicherung als einziges Rettungsmittel empfohlen.

Der Jahresbeitrag beträgt 1 M. für je 1000 M. der Jahreslohnsumme, das Eintrittsgeld die Hälfte des vollen ersten Jahresbeitrages. Die Entschädigung bei Arbeitseinstellungen beträgt für jeden ausfallenden Arbeitstag pro Arbeiter 25 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Wenn also sämtliche 50 Arbeiter eines Betriebes mit zu-

sammen 200 M. Tageslohn streiken, wird die tägliche Entschädigung 50 M. betragen.

Noch interessanter als diese nackten Zahlen und Mitteilungen ist die dem Schreiben beigefügte, nach Branchen geordnete Referenzliste, die eine Zusammenstellung von Anerkennungsbescheiden aus der Holz-, Metall-, Stein-, Leder-, Glas-, Ton-, Papier-, Nahrungsmittel- und chemischen Industrie enthält. Diese Liste enthält vor allem das ungewollte Eingeständnis, daß die sonst so viel geschmähten und oft auch in den Reihen des eigenen Verbandes kritisierten Gewerkschaftsbeamten überall ihre volle Schuldigkeit getan und mit viel Geschick die Interessen der Arbeiter vertreten haben. Wir können uns kaum eine bessere Propagandaabroschüre für die gewerkschaftlichen Organisationen denken. Sie rüttelt die Indifferenten auf und zeigt denen, die schon in den Gewerkschaften stehen, welche Macht sie praktisch bedeuten, wenn es auch die Unternehmer den Arbeitern gegenüber nicht eingestehen wollen. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollten wir alle Zeugnisse des 39 Seiten starken Heftchens auch nur auszugsweise zum Abdruck bringen, aber einige interessante Stellen möchten wir doch wiedergeben. So heißt es u. a.

Mitglied Nr. 856. (Dampfsäbholzfabriken, 62 Arbeiter.)

... Ich kann allen Betriebsunternehmern den dringenden Rat geben, sich unserer Organisation anzuschließen. Es ist dies ein Gebot der Selbsterhaltung angesichts der kolossal anwachsenden Macht der Gewerkschaften, die uns in wenigen Jahren über den Kopf wachsen.

Daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch gleichzeitig die tüchtigsten sind, geht aus folgendem Zeugnis hervor:

Mitglied Nr. 8186. (Spezialfabrik für Herstellung von Fußböden, 25 Arbeiter.)

... Wir hatten bereits seit dem vorigen Jahre Schwierigkeiten mit dem Deutschen Bauarbeiterverband, weil dessen Geschäftsstelle in Düsseldorf ohne jede vorherige Verhandlung mit uns über unseren Betrieb im Rheinland die Sperre verhängt hatte. Da wir diejenigen Leute, die wegen der Sperrklärung sich weigerten, im Rheinland zu arbeiten, natürlich entlassen mußten, so verloren wir nach und nach unsere besten Arbeitskräfte.

Daß die Politik der Arbeitgeber oft darauf hinausläuft, die Arbeiter bei den Verhandlungen an der Nase herum zu führen, wird durch folgendes Dankschreiben vertragen:

Arbeitgeberverband der Holzindustrie Nr. 88.

... insbesondere Herrn Direktor Grünner unseren allerherzlichsten Dank für die uns während der langen Streikdauer (22 Wochen) bewiesene tatkräftige Unterstützung und Miterteilung abzustatten. Ohne jene ergebnisreichen Ratschläge, die durch Ihre Diplomatie den Gegnern viel zu schaffen machten, wäre in unseren Reihen kaum ein so langer Widerstand möglich gewesen.

Kurzum, aus allen Dankschreiben fühlt man noch die Angst nachzittern, die der Streik verursacht.

Daß sich die Unternehmer in dieser Weise organisieren, ist selbstverständlich ihr gutes Recht. Daß es aber angeichts solcher Tatsachen noch Arbeiter gibt, die durch Eintritt in gelbe Werkvereine auf ihre stärkste Macht, auf das Streikrecht verzichteten, sollte man eigentlich nicht für möglich halten.

Berlin und Umgegend.

Für die Kutsher und Kutscherarbeiten aus den Präferenzen, Hobel- und Schneidmühlbetrieben ist nunmehr nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Verein der Präferenztischler und dem Deutschen Transportarbeiterverband wiederum ein Tarifvertrag zustande gekommen. Die Zugeständnisse der Unternehmer sind allerdings als sehr minimal zu bezeichnen. Wie wir bereits berichtet haben, hatten die Arbeitnehmer in einer ihrer letzten Ver-

sammlungen beschlossen, ihre Forderungen dahin zu reduzieren, daß die Arbeitgeber jetzt gleich beim Inkrafttreten des neuen Vertrages den Anfangslohn um 1 M. pro Woche erhöhen sollten und daß am 1. März 1914 eine weitere Zulage von 1 M. pro Woche erfolgen sollte. Bei den nachfolgenden Verhandlungen waren die Unternehmer aber nicht dazu zu bewegen, dieses Verlangen ihrer Arbeiter anzuerkennen.

Die Zugeständnisse, welche sie machten, gehen dahin, daß der Tarif auf die Dauer von vier Jahren abgeschlossen wird und gleichzeitig mit dem Tarif der Holzarbeiter abläuft, also am 15. Februar 1917. Am 1. Oktober dieses Jahres erfolgt in allen Betrieben eine Lohnaufbesserung von 1 M. und weiter am 1. Oktober 1914 eine solche von 50 Pf. pro Woche, so daß dann der Anfangslohn für die brandenkundigen Kutscher 31 M. bezw. 31,50 M. pro Woche und für brandenunkundige Kutscher anstatt bisher 26 M. 27 M. beträgt. Der Lohn für die brandenunkundigen Kutscher erhöht sich bei einer Beschäftigungsdauer von 3 Monaten ebenfalls auf 31 bzw. 31,50 M. Der Mindestanfangslohn für ältere Hilfsarbeiter beträgt 28 M. pro Woche.

Der Anfangslohn für die jungen Arbeiter beträgt nach wie vor bei einem Alter von 17 Jahren 17 M., bei 18 Jahren 18 M. und bei 19 Jahren 19 M. pro Woche. Die Arbeitszeit der Kutscher beginnt morgens 6 1/2 Uhr und endet abends zwischen 6-7 Uhr. Die Arbeitszeit der Arbeiter richtet sich nach Fabrikumfang und endet spätestens 7 Uhr abends. Ueberstunden werden den Arbeitern nach 7 Uhr abends mit 10 Pf. Aufschlag vergütet. Für das Füttern der Pferde an den Sonntagnachmittagen erhalten die Kutscher bis zu 2 Pferden eine Vergütung von 50 Pf. und in Betrieben mit 3 Pferden und mehr eine solche von 1 M. Alle übrigen Bestimmungen des Vertrages sind im wesentlichen beibehalten. Angesichts der ungünstigen Geschäftslage in der Holzindustrie und der Tatsache, daß das Präferenztischlergewerbe immer mehr zurückgeht, haben die Arbeiter in einer Versammlung beschlossen, den Tarif auf der Grundlage der vorstehenden Zugeständnisse abzuschließen. Der Tarif ist bereits vor einigen Tagen von den beiderseitigen Repräsentanten unterzeichnet worden.

Im Anschluß hieran machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen Kutscher, welche in tariffreien Betrieben beschäftigt sind, sich im Besitze einer gelblichen Legitimationskarte befinden. Wir bitten besonders die Arbeiterschaft in der Holzindustrie hierauf achten zu wollen.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Zum Textilarbeiterstreik in Warmen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat den Königlichen Gewerberat Beerling um seine Vermittlung zur Beilegung des Härberausstandes ersucht. Beerling hat sich hierzu bereit erklärt. Der Unternehmerverband hat diese Vermittlung jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß ein großer Teil der früheren Arbeiter die Arbeit in den befristeten Härberbetrieben wieder aufgenommen und den von den Unternehmern vorgeschlagenen Tarif anerkannt haben. Die Unternehmer seien in ihren Zugeständnissen bis an die Grenze des Möglichen gegangen und könnten keine weiteren Zugeständnisse mehr machen. Es dürfte demnach zur Beilegung der Differenzen kommen. Die Arbeiter wollten bei den ungenügenden Zugeständnissen der Unternehmer keinen Tarif abschließen. Die Unternehmer verzichten jetzt auf den Abschluß des Tarifvertrages. Bisher bestand ein Vertrag.

25 000 M. für die Gelben.

Daß die gelben Werkvereine im Interesse und mit Unterstützung der Unternehmer gegründet wurden und von ihnen ausgehalten werden, das ist von der organisierten Arbeiterschaft schon von vornherein gesagt worden und im Laufe der Zeit ist diese Tatsache immer augenfälliger geworden. Fabrikbeamte stehen an der Spitze, in der Arbeiterannahme wird den Neueintretenden der Beitrag zum gelben Werkverein zur Pflicht gemacht, die Beiträge werden vom Lohn gezahlt! Kann es eine noch innigere Verbindung zwischen der Fabrikleitung und dem gelben Verein geben?

Gewiß nicht! Bisher ist aber von den Gelben noch immer, und zuletzt am 23. Mai anlässlich einer Privatklage vom Vorsitzenden des gelben Werkvereins, dem Akkordmeister Weber von der sächsischen Maschinenfabrik in Chemnitz, geäußert worden, daß der Werkverein

Volksbühnenarbeit und Polizeischikane.

Künstlerproteste.

In dem wohlorganisierten Unterdrückungsfeldzuge, den die Polizei gegen die verhasste „Freie Volksbühne“ führt, erlebten wir dieses Frühjahr eine neue Etappe. Die Polizei will es schon lange dulden, daß die Volksbühne am Karfreitag künstlerisch wertvolle Musikwerke aufführt! Dank dem kindlichen Bevormundungssystem, das auf Grund vorfindlicher Unfälle der Polizei noch zuecht, schreibt sie bekanntlich vor, daß nur geistliche Musik an jenem Tage zulässig. Präsentiert man ihr dann etwa den „Heiligen Franziskus“ von Linel oder Liszt's „Heilige Elisabeth“, so befindet diese absonderliche Kunstbehörde, daß diese Oratorien — keine geistliche Musik sei. Als dann schließlich César Franck's „Seligpreisungen“ zugelassen wurden, kam eine neue, um so groteskere Annäherung zum Vorschein. Es wurde der „Freien Volksbühne“ eröffnet, daß die „Neue Welt“, der einzige zu solchen Zwecken geeignete Saal, der ihr zurzeit zugänglich ist, sich überhaupt nicht zur Aufführung geistlicher Musikwerke eigne, daß daher die Erlaubnis zu Karfreitagskonzerten, möchten sie noch so geistlich sein wie immer, in Zukunft nicht mehr erteilt werden würde.

Die Volksbühne hat daraufhin gegen die Willkür gerichtliche Entscheidung beantragt. Außerdem aber hat sie sich an führende Persönlichkeiten der Musikwelt, ferner an protestantische Theologen und einige Kritiker gewandt, um deren sachverständiges Urteil zu vernahmen. Alle diese kompetenten Personen haben einstimmig das Vorgehen der Polizei verurteilt. In dem „Werbheft“, das die „Freie Volksbühne“ loeben herausgibt, werden die Ergebnisse der Umfrage mitgeteilt. Hier sind einige der Urteile.

Eugen d'Albert:

Ich erachte es für einen großen Fortschritt auf dem Gebiete der Kultur, wenn Werke wie „Franziskus“ und „Heilige Elisabeth“ usw. dem Volk zugänglich gemacht werden, und es ist mir rätselhaft, daß die Polizei die Aufführung untersagt hat.

Zu Ihrem Prozeß wünsche ich Ihnen einen vollen Erfolg im Interesse der Kunst und des Fortschrittes.

Conrad Anzorge:

Ihre durchaus edlen Bestrebungen, die Bildungsstufe des Volkes durch Aufführungen ernster und bester Kunstwerke zu erhöhen, sollten eigentlich nur begeisterten Widerhall finden. Es ist darum unbegreiflich, daß Sie eine längst überwindenden Zeit noch störend und hindernd zu wirken vermögen. Während zum Beispiel am Spandauer See — wie ich es selbst gesehen — Tausende von Menschen am Karfreitag in Vier schwimmen und toben und an den Seitenwänden im Lokal die einzig denkwürdigen Plakate angebracht sind: „Der Heiligkeit des Tages wegen wird erlucht, nicht zu laut zu sein“ usw. usw., darf ein ernstes Kunstwerk an dem gleichen Tage nur unter gewissen Bedingungen aufgeführt werden oder es darf nur als Bruchstück dem Programm einverleibt werden.

L. Humpertind:

Ich bin fest überzeugt, daß das von einer Verkennung des Wesens der geistlichen Musik ausgehende Polizeiverbot sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten läßt.

Alfred Kerr:

Alle Polizeiverbote für Karfreitag und Buhtag sind ohne Daseinsrecht.

Stimmungen beschließen zu wollen ist komisch.

Selbst ist auch der Unterschied zwischen einem „würdigen“ Konzertsaal und einem „unwürdigen“. (Was wollen diese Aberglaubensvorstellungen?)

Ein Ort kann durch nichts Menschliches „entweiht“ worden sein. Kraft eines wackigen Werks wird jeder Ort zum geweihten Ort. (Auch durch eines von Mozart; sogar durch ein vollendetes Kunstwerk von Offenbach.)

Ein unwürdiger Saal ist ein Saal mit schlechter Musik.

Wenn jetzt Aufführungen „in der „Neuen Welt“ am Karfreitag und am Buhtag nicht zugelassen werden können“, so ergibt sich abermals die Forderung: der Polizei Besagnisse wegzunehmen, denen ihre Urteilskraft nicht gewachsen ist.

Bei dem hohen, tapferen, erziehenden Geist, welcher das große Lebenswerk der „Freien Volksbühne“ durchweht, war es für mein Gefühl freudreicher, wenn die Polizei durch die „Freie Volksbühne“, statt daß die „Freie Volksbühne“ von der Polizei kontrolliert wird.

Friedrich Kaumann:

Es ist mir unbegreiflich, warum man der „Freien Volksbühne“ Schwierigkeiten macht, wenn sie an kirchlichen Festtagen der Arbeiterschaft eine ernste und wertvolle Musik zu bieten sucht. Auch ich kann nur wünschen, daß Ihre Bestrebungen von polizeilichen Schikanen in Zukunft völlig verdrängt bleiben. Mit bloßen Polizeiverordnungen kann man eine Erhebung des menschlichen Geistes nicht herbeiführen.

Stegfried Dohs:

Ich weiß nicht und verstehe es nicht, warum die „Neue Welt“ weniger geeignet zur Aufführung eines ernsten Werkes ist als ein anderer Saal. Der Umstand, daß dort sehr häufig getanzt wird, kann kaum ausschlaggebend sein. Denn dann müßte man ja auch sämtliche geistlichen Konzerte in der „Philharmonie“ verbieten. Ich bin selbst nur zweimal in der „Neuen Welt“ gewesen, um dort musikalische Aufführungen zu hören, und es ist mir dort nichts aufgefallen, was mich irgendwie gequält haben sollte.

Dr. Pfeiffer:

Ich erachte es im Interesse der Volksbildungsbestrebungen für außerordentlich nützlich, derartige Aufführungen herausbringen zu können, ganz gleichgültig, in welchem Saale sie stattfinden. Die Hauptsache ist doch schließlich der Inhalt und die Art der Darbietung, und bei der ernsthaften Arbeit, die Sie zu leisten gewillt sind, sollten keine Schwierigkeiten erhoben werden, wo es sich um eine Sache handelt, die in jeder Hinsicht als gut und ideal zu bezeichnen ist.

Max v. Schillings:

Ich nehme gern Veranlassung, Ihnen zu sagen, daß ich den Entschluß der „Freien Volksbühne“, ihr Programm durch Aufnahme der

systematischen Musikpflege zu erweitern, sehr dankenswert finde. Daß infolge einer Polizeiverfügung Werke wie Linel's „Heiliger Franziskus“, Liszt's „Legende von der heiligen Elisabeth“ unausgeführt bleiben mußten, halte ich für außerordentlich bedauerlich. Ich bin der Ansicht, daß Bestimmungen, auf denen eine solche Polizeiverfügung beruht, unbedingt einer Revision bedürfen. Die vom Polizeipräsidenten angeordneten Verordnungen lenne ich nicht, bin aber der Ansicht, daß ein Lokal durch die würdige Aufführung eines religiösen Werkes geweiht, sogar geheiligt werden kann, während umgekehrt häufig genug in Lokalen, die in polizeilichem Sinne würdig sind, unwürdige Aufführungen stattfinden.

Richard Strauß:

Ich schliche mich dem Protest der „Freien Volksbühne“ von ganzem Herzen an. Würdiger kann ein so genannter Buhtag und Buhtag nicht begangen werden als durch Aufführung eines edlen Kunstwerkes. Ich kenne den Festsaal der „Neuen Welt“ nicht, aber wäre er das unwürdigste Lokal der Alten Welt, er würde durch eine würdige Aufführung eines so erhabenen Kunstwerkes wie Fr. Liszt's „Heilige Elisabeth“ geedelt werden.

Felix Weingartner:

Nach meiner Ansicht hat es kulturellen Wert, wenn an kirchlichen Feiertagen gute Aufführungen guter geistlicher Musik veranstaltet werden. Daß Linel's „Franziskus“, Liszt's „Elisabeth“ und César Franck's „Seligpreisungen“ zu diesen Werken gehören, unterliegt wohl keinem Zweifel. Ein polizeiliches Verbot erscheint deshalb in keiner Weise gerechtfertigt.

Es ist uns nicht bekannt, ob die Berliner Polizeiverwaltung in der Lage ist, die Tragweite dieser Gutachten zu beurteilen. Nach bekannten Mustern zu urteilen, wird dergleichen über ihren Horizont gehen. Auch verbietet es der gesunde Intellektualismus, den zu nächst Aufgabe dieser autoritätlichen aller Bureaufkratzen ist, daß Maßnahmen der Obrigkeit befristet werden. Trotzdem wollen wir den Karfreitagswächtern verraten, daß die Humpertind, Schillings, Strauß zu den allerersten Komponisten der Gegenwart zählen und daß Anzorge, Dohs, Weingartner, jeder in seiner Art, Meister hoher musikalischer Kultur sind. Mehr aber wird es vielleicht den Herren vom Alexanderplatz imponieren, wenn wir ihnen sagen, daß Richard Strauß Hofkapellmeister des Königs von Preußen und Schillings Hofkapellmeister des Königs von Württemberg ist. Daß der Reichstagsabgeordnete Pfeiffer dem Zentrum angehört, ist besonders schmerzhaft. Denn in geistlichen Dingen...

Wir sind nicht so optimistisch, zu glauben, daß in Preußen die Vernunft und Gerechtigkeit einer Sache anschlagesgebend wird, am wenigsten gegen die Polizei. Mögen die Gerichte entscheiden, wie sie wollen; der Kampf gegen die Polizeieingriffe in Kunst- und Kulturleben muß erst recht beginnen, selbst wenn dieser neue Kampf durch vom Gerichte untersagt wird. Wir wollen das Recht haben, am Karfreitag aufzuführen und zu veranstalten, was wir für würdig halten, und uns nicht länger mit „geistlichen Risiken“ narren lassen.

vom Wert unterstützt werde. Ein Arbeiter, der den gelben Verein als Streikbrecherverein bezeichnet hatte, ist deshalb verurteilt worden.

Jetzt endlich ist die Bombe geplatzt. Vor dem Gewerbegericht! Da lagte ein Arbeiter auf Rückzahlung der ihm für den gelben Verein vom Lohn abgezogenen Beiträge. Man hatte ihn in den Verein gepreßt. Entweder dem Verein beitreten, oder Du bekommst keine Arbeit hier! Arbeit mußte der Mann aber haben. Also sagte er sich. Während der Verhandlung, in der er den Beweis zu erbringen versuchte, daß der Verein eine Wohlfahrts-einrichtung des Werkes sei, führte der Vertreter der Firma aus, daß diese dem Verein schon 25 000 M. gespendet habe! Nun ist aber der Charakter der Gelben schon zu bekannt, als daß sie mit dem Wachen, die Werkvereine seien Wohlfahrts-einrichtungen, noch irgendwas ankommen. Die sonst so schädlichen Chemiker-Unternehmer bedürfen zur Sicherung ihrer Nischenprofite, die sie durch die Erstarrung der Gewerkschaften bedroht sehen, einer Gesellschaft, die zum Verrat der berechtigten Arbeiterinteressen taugen. Diese in Zwecke haben die Gelben zu dienen, zu diesem Zweck erhalten sie die Summen von den Unternehmern, die gute Vergütung erwarten. Die Verärgerung kann unmöglich von Dauer sein. Dank der politischen und gewerkschaftlichen Schulung der Arbeiterschaft wird ein immer stärkerer Damm gegen unlaute Elemente entstehen.

Die Klagefalle selbst wurde vertagt. Das Urteil in dieser Sache ist von prinzipieller Bedeutung; wir werden es sofort mitteilen.

10. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Dresden, den 18. Juni 1913.

Die heutige zweite Hauptversammlung wurde kurz nach 9 Uhr vom Vorsitzenden Barth-München eröffnet, der mitteilte, daß Regierungsrat Dr. Kuppert wie gestern, so auch heute, im Auftrage der sächsischen Regierung der Tagung beizuwohnt. Hierauf referierte Angst-Basel über: „Die Voraussetzungen und die Technik für den Betrieb konsumgenossenschaftlicher Schlächtereien und Molkereien“. Er sprach aus den Erfahrungen heraus, die der im Jahre 1885 gegründete Allgemeine Konsumverein von Basel mit solchen Einrichtungen gemacht hat. Dieser Verein ist heute die größte Wirtschaftsgemeinschaft des Kantons Basel-Stadt, denn von seinen 142 000 Einwohnern sind 35 000 Mitglieder des Konsumvereins, d. h. ungefähr alle Familienvorstände. Nicht nur Arbeiter gehören dem Verein an, sondern auch Angehörige der höheren Stände und Berufe und vor allem viele Mittelständler, die den Durchschnittsumsatz pro Mitglied auf 700 Fr., das heißt 500 Mk. herabdrücken. (Weiterleit und Zuruf: Wären wir doch erst weiß!) An dem Gesamtumsatz von 26 Millionen oder 200 Frank pro Kopf der Bevölkerung werden 7 Millionen von der Schlächtereie und von der Molkerei erzielt. Nach einem festgelegten Verlust von 30 Jahren deckt jetzt die Schlächtereie des Vereins den dritten Teil des Fleischbedarfs von Basel und wird nicht nur eine Vergütung und Amortisation des Kapitals und eine Zurückstellung offener und stiller Reserven erzielt, sondern die Mitglieder erhalten noch 8 Proz. Rückvergütung. (Hört! hört!) Die Zahl der in diesem Betrieb beschäftigten Personen beträgt 218 und die Arbeitsbedingungen sind etwa um 20 Proz. besser als in den anderen Schlächtereien. Für den Verkauf der Fleisch- und Wurstwaren sind 27 Verkaufsstellen eingerichtet. Außerdem werden in weiteren 18 Verkaufsstellen neben anderen Lebensmitteln auch Wurstwaren abgegeben. Ein wichtiges Prinzip für die Errichtung einer konsumgenossenschaftlichen Schlächtereie ist es, daß nicht ein Fachmann, sondern ein Kaufmann an die Spitze gestellt wird, der nicht nur ein geschickter Organisator, sondern auch ein überzeugter Genossenschaftler und mit seiner ganzen Seele bei dem Unternehmen sein muß. Die Schlächtereie des allgemeinen Konsumvereins in Basel deckt nicht nur den Bedarf der Mitglieder in Basel, sondern versorgt auch bis in eine Entfernung von 200 Kilometer hinaus die kleineren Konsumvereine mit Fleischwaren. Die Errichtung einer Schlächtereie darf nur auf das äußerste Drängen der Mitglieder in der Generalversammlung erfolgen, damit diese dann die moralische Verpflichtung empfinden, ihr eigenes Unternehmen zu halten. Auch beim Einkauf des Viehs hat sich der Kaufmann als geeigneter erwiesen als der Fachmann. Ungefähr 90 Proz. der Ochsen und über 50 Proz. der Schweine werden aus dem Ausland, besonders aus Dänemark, Schweden und Dänemark bezogen. Außerdem wird aus Argentinien Gefrierfleisch importiert. Oberster Grundsatz ist, daß kein Atom verloren gehen darf. Deshalb müssen an die eigentliche Schlächtereie Nebenbetriebe angeschlossen werden. Außerdem muß eine sorgsame Überwachung des Personals stattfinden, besonders der Fleischmeister, die ja im allgemeinen nicht gerade höflich sind. (Weiterleit.) Große Schwierigkeiten ergeben sich bei dem Betriebe einer Molkerei. Sie

bestehen vor allem in der Unregelmäßigkeit der Milchzufuhr, die es oft notwendig macht, daß große Milchmengen zu Käse verarbeitet werden müssen, aus dem kein Gewinn erzielt werden kann. Trotzdem ist den Konsumvereinen anzuraten, an die Errichtung von Geschlächtereien und Molkereien heranzugehen. Im Verlaufe der Genossenschaftsbewegung darf es das Wort „unmöglich“ nicht geben. (Beifall.)

In der Diskussion wurde die Schwierigkeiten, die ein Verein mit dem Betriebe einer Schlächtereie gehabt hat, hervorgehoben. Kuppert-Hamburg erstattete den Bericht der Fortbildungskommission unter besonderer Bezugnahme auf die konsumgenossenschaftlichen Unterrichtskurse. Er begründete einen vom Generalrat bereits genehmigten Antrag, daß jeder Konsumverein künftig pro Jahr und Mitglied 5 Pf. an die Fortbildungskommission zahlen soll, damit sie eine umfassendere Tätigkeit als bisher entfalten kann. Zur Begründung verwies er darauf, daß die englischen Genossenschaften etwa das Doppelte von dem, was hier gefordert werde, für Bildungszwecke aufwenden. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Nachdem Lorenz-Hamburg über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtet hatte, referierte Dr. August Müller-Hamburg über die Tätigkeit des Tarifamtes des Zentralverbandes und über die bevorstehende Tariferneuerung. Der Zentralverband habe bisher zwei große Tarifkämpfe mit den Bäckern und Transportarbeitern abgeschlossen, die am 1. August 1914 ablaufen, wenn sie ein Jahr zuvor geschlichtet werden. Da diese Kündigung in sicherer Aussicht steht, werden die Vorbereitungen für die neuen Tarife alsbald zu treffen sein. Es soll ein erweiterter Kreis von Personen zu den Vorbereitungen zugezogen und auch der Generalrat soll gehört werden. Die Konsumvereine mögen nur dafür sorgen, daß die Fragebogen, die demnach ausgesandt werden, möglichst rasch beantwortet werden. Die Angestellten können versichert sein, daß die Genossenschaften sich bei der Neuaufstellung der Tarife vom sozialen Pflichtgefühl leiten lassen werden, andererseits aber müssen sie auch auf die praktischen Möglichkeiten Rücksicht nehmen. Das Tarifamt hat seine Tätigkeit auch auf Lokaltarife ausgedehnt, soweit in ihnen die Bestimmungen enthalten ist, daß Differenzen vor das Tarifamt gebracht werden sollen, und die Parteien verpflichtet sind, sich bedingungslos dem Schiedsspruch des Tarifamtes zu unterwerfen. — Vornemann-Braunschweig führte Beschwerde darüber, daß der Transportarbeiterverband alle ungelerten Arbeitskräfte, die die Konsumvereine brauchen, lediglich aus seinen eigenen Reihen nimmt und dadurch andere verdiente Gewerkschaftler und Genossenschaftler von der Anstellung in den Konsumvereinen ausschließt. — Lorenz-Hamburg berichtete über Streitigkeiten zwischen dem Betrieb der Großeinlaufgesellschaft in Gröba und der Ortsverwaltung Miesch des Metallarbeiterverbandes. Die Ortsverwaltung habe die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses in der schärfsten Weise verletzt, und der Metallarbeiterverband und die Generalkommission seien um Abhilfe ersucht worden. — Umbreit stellte als Vertreter der Generalkommission den Braunschweigern gegenüber fest, daß die Generalkommission an dem Grundsatz der Arbeitsvermittlung durch die zuständige Gewerkschaft nicht rütteln lassen könne. Billigen Forderungen in Bezug auf die Unterbringung gemahreger Gewerkschaftler habe der Transportarbeiterverband Erfüllung zugesagt, man möge sich nur rechtzeitig an ihn wenden. — Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern des Transportarbeiterverbandes und Braunschweiger und Kölner Delegierten stellte Dr. Müller in seinem Schlusswort fest, daß die Leitung des Bäckers- und Transportarbeiterverbandes stets alles getan habe, um die Tarife einzuhalten. — In das Tarifamt werden v. Elm-Lorenz und Rieger wieder- und Dr. August Müller neu gewählt. In die Fortbildungskommission wird der neue juristische Berater Dr. Rahe-Berlin gewählt. In den Vorstand wird Piepmann-Ludwigshafen wieder- und für den verstorbenen Vorsitzenden Radehoff-Dresden neu gewählt. In den Ausschuss werden, wie schon vor 10 Jahren Elm, Staubinger und Obbig-Schönow entsandt. Darauf beschloß Paris mit Worten des Dankes den 10. Genossenschaftstag. Der nächste findet wahrscheinlich in Bremen statt.

12. Verbandstag der Buchbinder.

Stuttgart, 17. Juni 1913.

Zweiter Verhandlungstag.

Die

Debatte über die Lohnbewegungen

füllte die heutige Sitzung voll aus. Die Redner besprachen meist örtliche Bewegungen, wobei besonders die Lohnbewegung der Rotbuchbinder in Hannover einen breiten Raum einnahm. Kuppert-Hamburg verlangte für die einzelnen Bezirke größere Bewegungsfreiheit. Der Drei-Städte-Tarif (Berlin, Leipzig und Stuttgart) würde sich immer mehr über ganz Deutschland ausbreiten, da sei es angebracht, daß bei Erneuerung dieses Tarifes auch die Vertreter der übrigen Städte gehört würden, um den Verhältnissen der einzelnen Orte mehr Rechnung zu tragen. Gegen diesen Vorschlag wandten sich mehrere Redner.

Kuppert-Berlin betonte, man solle nicht allzu sehr danach streben, unter die Fuchel des Drei-Städte-Tarifs zu kommen, es sei besser, aus eigener Kraft zu versuchen, etwas herauszuholen. Ein Reichstarif für das Buchbindergewerbe sei noch in weiter Ferne. Dürr-Stuttgart kann auch nicht empfohlen, noch mehr Städte in den Drei-Städte-Tarif einzubeziehen. Dabei würde für die Kollegen in der Provinz nichts gewonnen. Man solle wohl versuchen, die Bestimmungen des Drei-Städte-Tarifs überall zur Durchführung zu bringen, vermeiden müsse man jedoch, eine größere Anzahl Städte zu gleicher Zeit in die Tarifbewegung hinein-zuziehen.

Einen anderen Standpunkt nahm Lipfert-Ludwigshafen am Rhein ein. Er ist für einen Reichstarif, von dem die Provinz einen großen Vorteil hätte. Die Löhne und Arbeitsverhältnisse müßten doch nicht nur in Berlin, Leipzig und Stuttgart geregelt werden, sondern in allen Orten. Herzog-Hannover begründete einen Antrag, daß Streiks nur nach einer vorhergehenden geheimen Abstimmung erklärt werden dürfen, und zwar wenn sich eine Zweidrittelmajorität (bisher Dreiviertelmehrheit) dafür ergibt. Die Abstimmung über den Abbruch eines Streiks soll in derselben Weise erfolgen.

Vöhrner-Kürnberg wandte sich gegen diesen Antrag. Eine Dreiviertelmehrheit sei zu gering, man solle nach wie vor an der Dreiviertelmehrheit festhalten.

Brück-Breslau hält es für gut, daß der Reichstarif noch in weiter Ferne liegt. Tarifverträge seien nicht unter allen Umständen erstrebenswert. Bei Bewegungen in zurückgebliebenen Gegenden solle der Vorstand etwas weitherzig sein und die dortigen Kollegen nach Möglichkeit unterstützen.

Im Laufe der weiteren Debatte machte der Vertreter des Verbandes der Buchbinderhilfsarbeiter Horne-Berlin einige Nichtigstellungen. Bezüglich eines Reichstarifs erklärte er, sein Verband begrüße es, wenn die Buchbinder einen Tarif über ganz Deutschland erstreben, weil sie das selbe wollten. Vorläufig könnten sie allerdings an den Abschluß eines Reichstarifs noch nicht heranzugehen.

Knohl-Berlin, der Vertreter der Generalkommission, meinte, die Ausführungen zahlreicher Redner habe die Erkenntnis vermischen lassen, daß zu einem Vertragsabschluss zwei gehören. Die Frage des Ablauftermins sei fast übertrieben worden. Die Bedenken gegen einen einheitlichen Ablauftermin seien in Wirklichkeit nicht so groß. Der Unterschied, ob die Tarife zusammen oder verschieden ablaufen, sei nur ein gradueller, kein prinzipieller. Die Entwicklung laufe auf den Reichstarif hinaus. Der Begriff Reichstarif sei übrigens kein einheitlicher, die Löhne könnten dabei auch örtlich oder bezirkweise festgelegt werden, wie bei den Bauarbeitern. Nicht der Ablauftermin, der kein Objekt sei, für das man kämpfe, sei das Maßgebende, sondern die Stärke der Organisation.

Reh-Frankfurt a. M. polemisierte gegen die Ausführungen Knohls. Was für die Steinseher gut wäre, brauche nicht auch für die Buchbinder gut zu sein. Für diese könne keine Rede davon sein, einem Reichstarif zuzustimmen. In der Eisenbranche bestehe ja eher die Möglichkeit des Abschlusses eines Reichstarifs als in der Buchbinderbranche. Ein einheitlicher Ablauftermin sei zu vermeiden, bei ihm würden die Kämpfe härter, die Erfolge geringer. Redner betont in seinen weiteren Ausführungen, in vielen Betrieben, besonders in Mainz, würden Frauen mit Gehilfenarbeit beschäftigt. Es müsse festgestellt werden, was Gehilfen- und was Mädchenarbeit sei, damit die Funktionen sich danach richten.

Heminger-Stuttgart meint, wenn die Arbeitgeber besonderen Wert darauf legen, einen einheitlichen Ablauftermin festzusetzen, solle man sich nicht so sehr dagegen sträuben. Ein einheitlicher Ablauftermin habe auch seine Vorteile. Redner hält es für notwendig, daß der Verbandstag zum freien Samstagmittag Stellung nimmt. In Stuttgart sei dieser eingeführt, dafür würden aber an den übrigen Tagen Überstunden gemacht. Die tägliche Arbeitszeit müsse aber verkürzt werden, nicht die wöchentliche.

Zinke-Leipzig erklärt sich gegen den freien Samstagmittag, wie er in Stuttgart durchgeführt ist. Das Hauptgewicht müßte auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gelegt werden.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte geschlossen und die Verhandlungen vertagt.

Marktpreise von Berlin am 17. Juni 1913, nach Ermittlungen des k. n. l. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,15 bis 20,20, mittel 20,08—20,12, geringe 20,00—20,04. Roggen, gute Sorte 16,30, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,70—16,10, geringe 15,20—15,60. Hafer, gute Sorte 17,30—19,00, mittel 16,10—17,20. Mais (mit), gute Sorte 15,30—15,50, Mais (runter), gute Sorte 00,00—00,00. Rindfleisch 1,40, Schwein 6,20—7,60, neu 6,00—6,40.

Marktpreise von Berlin am 17. Juni 1913, nach Ermittlungen des k. n. l. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00, Speiseerbsen, weiße 30,00—30,00, Linen 35,00—30,00. Kartoffeln (Reinbl.) 5,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Reule 1,50—2,40. Rindfleisch, Buchfleisch 1,30—1,50. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,30—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kase 1,40—3,20. Jander 1,40—3,60. Dachte 1,80—3,00. Barche 1,00—2,40. Schote 1,50—3,50. Biele 0,80—1,60. 60 Stück Reble 2,00—3,00.

raschender Natürlichkeit. Sehr gut war auch Herr Baeschke in der Doppelrolle des Schauspielers und Grafen, ebenso Paul Wildt in der Nebenfigur des ausgedienten Hausfreundes. Nur Fanny Wolffs Theatermama fiel, allzu derb karikiert, aus dem geschlossenen Rahmen.

Notizen.

— Eine öffentliche Protestversammlung gegen die gewalttätige Art, mit der der Breslauer Festonschuh gezwungen wurde, die Aufführungen des Hauptmannschen Festspiels vor der Zeit abzubrechen, veranstaltete der Schutzverband deutscher Schriftsteller am Montag, den 23. Juni, abends 1/2 Uhr im Oberstübchen der Philharmonie. Der Schutzverband will damit Einspruch erheben gegen den Versuch, ein noch so bedeutungsvolles ablehnendes künstlerisches Urteil durch derartige Zwangsmittel zu vollstrecken.

— Die Sezession hielt eine Generalversammlung ab, in der beschlossen wurde, unter Festhaltung der wesentlichen bisherigen Prinzipien die Idee der Sezession weiter zu vertreten und zu entwickeln. Trotz des Austritts einer Anzahl von Mitgliedern, die sich mit Herrn Cassier solidarisch erklärt haben, gehört noch ein ansehnlicher Mitgliederbestand der Sezession an. Es wurde auch eine Reihe namhafter Künstler aufgenommen.

Die aus der Sezession Ausgeschiedenen sollen beabsichtigen, eine neue Vereinigung zu bilden — wieder unter dem Vorsitz des Herrn Cassier.

— Das Theater im Dienst der Hygiene. Auf Anregung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten werden im Deutschen Theater während des Monats Juli „Die Schiffbrüchigen“ von Breiz zur Aufführung gelangen. Das Werk behandelt die Tragödie eines Syphilisleidenden und die verheerenden Folgen, die diese Krankheit in seine spätere Ehe bringt. Das Stück stellt sich mit deutlicher Absicht in den Dienst der Aufklärungsarbeit. Das Stück hat in anderen Städten zur Darstellung gefunden. In Berlin wird die erste Aufführung am 25. Juni stattfinden.

— Kunst in der Weißbierkuba. Der Karikaturist Heinrich Jille hat den Auftrag erhalten, eine bekannte Weißbierkuba in der Friedrichstraße mit Wandgemälden aus dem modernen Leben auszustatten. Bischoff-Kulm soll Bilder aus der Wieder-meisterzeit beisteuern.

— Berlin und München. In München gibt das Hof- und Nationaltheater im Anschluß an Wagners 100. Geburtstag eine Reihe ganz billiger Volksvorstellungen. In Berlin verdoppelte man die ohnehin schon unerschwinglich hohen Preise der königlichen Oper und veranstaltete Wagneraufführungen pour le roi de Prusse — als Zugabdarbietungen für die Reichs-

Kleines feuilleton

Bürgerholz im Jubiläumjahr. Die Abiegung des Hauptmann-Festspiels scheint sich als eine regelrechte Blamage des Bürgertums herauszustellen. Dasselben Bürgertum, das doch gerade die (schwachen) Versuche ihres Festspielers, die bürgerlich-freihetliche Tendenz der Bekämpfungskriege zu betonen, kräftig in Schutz nehmen mußte. Aber diese Jubiläumsmarionetten sind elend umgefallen, als an hoher oder höchster Stelle Unwille laut wurde. Die liberalen Blätter sind noch dabei, festzustellen (es kriibelt wie in einem Ameisenhaufen), ob und wie weit S. M. senior oder junior mit Ungnade gedroht haben, für den Fall, daß... (nicht anzudenken!). Man raunt und mispert. Aber wir Gewissens gewis man nicht. Gaben die Dreslauer Bürgermeister, die in Berlin gratulierten, einen Wink bekommen? Hat der Kronprinz einem schlesischen Magnaten gegenüber (wie das Hammermädchen von dessen Richte weiter erzählt hat) seine Mißbilligung geäußert oder gar mit der Niederlegung seines Protektorsats gedroht? Das sind die Fragen, die freisinnige Männerherzen befürchten.

Ah, es war alles so nett verlaufen! Das liberale Freidenker-volk hatte in diesen Jubiläumstagen an Servilismus alles Denkbare geboten, seine Loyalität war bis zur Händlichkeit gegangen — und nun das! Und es standen doch bloß noch vier Vorstellungen bevor! So wird gemurmelt und geflucht. Der zunächst Verantwortliche aber, der Dreslauer Magistrat, läßt sich in vielfachem Schweigen. Natürlich, denn in diesem Bewusstseinskonflikt hat er schmächtig verlagert. Das Bürgertum hat schweibedelnd apportiert, was ihm von irgend woher zugemutet oder auch nur angeeignet wurde. So handelt in Preußen die gewählte Vertretung einer freisinnigen Stadt. Die Unterdrückung des Hauptmannschen Festspiels ist gewiß eine Schmach, aber daß die berufenen Verteidiger des Bürgertums die Hand dazu boten, das ist die viel größere Schande.

Eine in ihrer Art große Zeit hat ein Epigonentum beerbt, dessen sich die Ähnen schämen müßten! Die bürgerliche Freiheit und Würde, für die jene Blut und Leben gelassen haben, ist von den Enkeln einem monarchischen Stimmzettel geopfert worden. In einer Zeit, wo nur ein ganz wenig Mut dazu gehörte, freisinnig zu bleiben. Aber dieses feige Geschlecht erstirbt ja heute schon vor einem Kinderherz.

H. Hauptmann will vielleicht in Berlin einen Vortrag halten, um die Festspielaffäre dadurch zum Abschluß zu bringen. Einem Besucher hat er ferner mitgeteilt, daß „alle Vermählungen einflußreicher Männer, unter denen sich Angehörige des hohen Adels und konservative hohe Beamte befinden, die Katastrophe zu verhindern, fruchtlos geblieben sind“.

Reinhardt soll eine Aufführung des Festspiels in Berlin planen. (Reklame gratis; nur die guten Hofbeziehungen etwas gehähet. Na, ja.)

Dratlose Zeitsignale. Man erinnert sich, daß vor kurzem in Oesterreich ein Sturm durch die Blätter ging, weil eine Empfangsstation für dratlose Signale auf dem Observatorium der Jesuiten in Graz entdeckt wurde. Kurz darauf kamen auch aus dem Elsaß Nachrichten, daß private Abnahmestationen beständen. Alle Vermutungen, daß es sich um Spionage handelte, wurden aber sehr bald dahin aufgeföhrt, daß nur einige Uhrmacher sich solche Stationen eingerichtet hätten, um die Zeitsignale abzunehmen und ihre Uhren danach zu richten.

Von solcher Spionagefurcht weiß sich Nordamerika frei. Denn der soeben erschienene Jahresbericht für 1912 des Marineobservatoriums in Washington rühmt im Gegenteil, wieviel Abnehmer die Zeitsignale hätten. Das Zeichen für die Mittagshunde wird seit dem Jahre 1906 auf dratlosem Wege an sämtliche Schiffe in amerikanischen Gewässern gegeben. Der Bericht fügt bei, daß das Observatorium in Washington dank dieser Methode einen Vorsprung von mindestens 2 Jahren vor den anderen Observatorien hat.

Sobald die mächtige radiotelegraphische Station in Arlington beendet sein wird, können die amerikanischen Signale, die nach der Pariser Vereinbarung um 3 und um 17 Uhr astronomischer Zeit nach Greenwich Rechnung gegeben werden, von allen Schiffen mit Antennen aufgenommen werden, die sich in dem größten Teil des Nordatlantischen Ozeans, des Karibischen Meeres und des Golfes von Mexiko befinden. Dank einer überaus liberalen Gesetzgebung in Amerika über die dratlose Telegraphie, die jedem Bürger gestattet, die Signale zu empfangen, nimmt man an, daß bis Ende 1913 zehntausend Uhrmacher in Amerika darauf eingerichtet sein werden, mit Hilfe ganz einfacher Apparate die Stunden-signale von Arlington zu empfangen.

Theater.

Schiller-Theater O.: Der Selbgarist. Komödie von Franz Molnar. Die elegant gestuften, etwas parfümierten Ironien dieser im Kleinen Theater früher viel gespielten Komödie des Ungarn Molnar fanden auch bei dem an einfach geführte Kostgewohnten Publikum des Schiller-Theaters eine sehr beifällige Aufnahme. Keine versteckte Anspielung, keine boshaft frivole Malice ging wirkungslos vorüber. Das Interesse an der in aller Gewagtheit so gewandten, zum Teil aus psychologischen Feinheiten abstrahiert, wenigstens für die Spielbauer, das Gefühl der Leere. Im Mittelakt — der Werbung in der Opernloge, bei den Klängen der Puccinischen Wobönmusik — macht sich die Spekulation auf billige Effekte aufdringlich bemerkbar. Bei weitem wichtiger und frischer ist das Drama und Duan der beiden Aufzüge.

Hedwig Pauli gab das lapprische schillernde Geschöpf, die Virtuosa weiblicher Verlogenheit, die in Ranken an die Art Strindbergischer Kanakillen streift, mit großem Charme und über-

Aus der Frauenbewegung.

Das Problem der Sommerferien.

Die großen Schulferien rücken heran und Tausende von Kindern werden diese Wochen am Meere oder im Gebirge erleben. Geistig und körperlich erfrischt, mit braunroten, biden Baden lehren sie in die Heimat zurück, wo sie ihren Schulfreunden noch wochenlang ihre Erlebnisse schildern. Eine Reihe von Stiftungen und die Ferienkolonien sorgen dafür, daß auch ärmeren, körperlich schwachen Kindern diese Sommerferien zur Quelle der Freude und Gesundheit werden. Was wird aber aus der großen Masse der Kinder, besonders in den Großstädten? Wo und in welcher Weise verbringen sie ihre Ferien? Die Antwort auf diese Frage lautet wenig tröstlich. Einige Familien besitzen auf dem Lande noch eine Großmutter oder Tante, die bereit ist, das eine Kind aufzunehmen. Wohnt die Familie in der Nähe eines großen Gartens, so wird es auch möglich sein, daß die zurückgebliebenen Geschwister durch häufigen Besuch des Gartens aus den schulfreien Wochen ihren Nutzen ziehen. Aber wie groß ist die Zahl derjenigen, die so weit von Gärten entfernt wohnen, daß sie ihre Kinder unmöglich allein dort hinschicken können! Vater und Mutter haben zu tun und können die Kinder unmöglich begleiten. So bleibt, da das Spielen auf den Höfen verboten ist, nur noch die Straße übrig. Daß dieser Ausweg nicht nur ein schlechter, sondern auch ein äußerst gefährlicher ist, wissen die Eltern wohl, sehen aber keine andere Möglichkeit, ihren Kindern ein wenig Luft und Sonne zu verschaffen. Verregnen gar die Ferien, so ist des Jammers kein Ende. Wohin nun mit der kleinen Gesellschaft? Die Wohnung ist meistens nur eine Unterkunft für die Nacht; selbst dafür reicht sie kaum aus, aber zur Not mag es gehen. Unmöglich wird aber dieser Zustand, wenn mehrere Kinder solch eine Wohnung zum Spiel- und Tummelplatz benutzen müssen. „Wenn Ihr bloß wieder in die Schule mühtet, dann wäre ich Euch los“, hört man so manche Mutter klagen. Und wenn sich die Kinder am Nachmittag langweilen, heißt es: „Rein, daß Ihr aber auch gar nichts für die Ferien aufbekommen habt.“

So kommt es, daß die so lang herbeigesehnten Schulferien für Eltern und Kinder zur Qual werden. Auf welche Weise könnte hier Abhilfe geschaffen werden? Was ist zu tun, um den Kindern diese Schulferien nutz- und glückbringend zu gestalten?

Unsere französischen Genossen haben sich schon vor mehreren Jahren diese Frage vorgelegt und sind zu dem Ergebnis gekommen, die ganze Angelegenheit von den Gewerkschaften aus energisch in die Hand zu nehmen. Und so kommt es, daß wir heute in französischen Gewerkschaftsblättern häufig Berichte über die Kinderkolonien finden. Kinderkolonien nennen die französischen Gewerkschaftler diejenigen Ortschaften, in denen sie Kinder der Mitglieder bei Bauern und Arbeitern in Pflege gegeben haben. In großen Scharen fahren diese Pariser Kinder, von ihrem Führer und seinem Helfer begleitet, gemeinsam in das schön gelegene Dorf, das von den Funktionären zu einem der Ferienaufenthaltsorte gewählt worden ist. Wie glücklich klingen die Briefe der Kinder und ihrer Pflegemütter, die sie ihnen anvertrauten Kleinen oft so lieb gewinnen, daß sie sie kaum verlassen wollen, und häufig kommt es vor, daß im folgenden Jahre ein Brief an das Pflegekind abgeht, in dem es als lieber Gast eingeladen, also unentgeltlich aufgenommen wird. Reicht das Kind von diesem Aufenthalte gesund und fröhlich heim, so spricht es mit Liebe und Dankbarkeit von Vaters Organisation, die ihm ermöglicht hat, dem Kinde so viel Gesundheit und Freude zu verschaffen. Und der Vater ist doppelt stolz auf diesen Erholungsaufenthalt seines Kindes, verdankt er ihm doch nicht irgendeinem bürgerlichen Wohlwollensverein, sondern der Solidarität seiner Kollegen! —

Die französischen Gewerkschaften ermöglichen diese großen Ausgaben durch Ertragsbeiträge für die Ferienkolonien, ähnlich der Beiträge für die Kranken- und Arbeitslosenunterstützungsstellen. Nun wissen wir, daß die französischen Gewerkschaften unter ihrer Zersplitterung außerordentlich zu leiden haben; auch sind sie in finanzieller Beziehung bei weitem nicht so gut fundiert wie unsere deutschen Gewerkschaften, die ein stattliches Vermögen präsentieren. Nehmen wir noch unsere Genossenschaften dazu, so verfügen wir über ein Material an Menschen und Geld, mit dem sich auch nicht annähernd das Organisationsmaterial der französischen Arbeiterkraft messen kann. Könnte man da nicht die Frage aufwerfen, ob ein Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und Genossenschaften für die Kinderkolonien, also für die Gesundheit ihrer künftigen Mitarbeiter, nicht sehr am Platze wäre? Es ließe sich erwidern, ob Gewerkschaften und Genossenschaften die neue Organisation der Volksfürsorge für diese Zwecke mit ausbauen. Ein anderer Weg wäre, wenn die Volksfürsorge die Ferienversicherung für Arbeiterkinder in den Kreis ihrer Aufgaben mit einbeziehen würde. Beide Wege lassen sich einschlagen, Sache der Beteiligten ist es, zu prüfen, welcher Weg am geeignetsten erscheint, um den erwünschten Erfolg zu verschaffen. Diese ganze Angelegenheit bedarf noch eingehender Besprechung und Überlegung.

Was dahin sei es mir gestattet, für die jetzt beginnenden Schulferien einige Vorschläge zu machen, um den Großstadtkindern so viel Nutzen als nur möglich aus den Sommerferien zu bieten. Könnten nicht von den Frauenleseabenden aus für jede Gruppe eine oder zwei Frauen gewählt werden, die gewählt sind, an einigen Nachmittagen der Woche die Kinder des Bezirks zu sammeln, um mit ihnen gemeinsam einen größeren Park aufzusuchen? Die Eltern- und Hausarztevereine von Groß-Berlin machen seit Jahren gemeinsame Spaziergänge und Ausflüge. Die Kinder würden ihr Abendbrot mitnehmen, um länger im Freien bleiben zu können und würden abends wieder gemeinsam an ihrem Versammlungsort, in der Nähe ihrer Wohnung, ankommen. Bei schlechtem Wetter könnten unsere Lokalbesitzer ein größeres Zimmer zur Verfügung stellen, damit die Kinder ihre freien Tage nicht allein in den engen Wohnungen zubringen, sondern bei gemeinsamem Spiel in gut gelüfteten Räumen. Für die größeren Kinder wäre das schlechte Wetter für gelegentliche Museumsführungen und gemeinsames Lesen zu benutzen.

All dies sind natürlich nur Nothelfer, die sich einem unwillkürlich aufdrängen, wenn man in den Schulferien in die engen Arbeiterwohnungen kommt, wo ein Kind dem anderen im Wege ist und alle zusammen der Mutter bei ihrer Arbeit keine Minute Ruhe lassen. Es gibt in Berlin Straßen, in denen man beinahe auf Kindern herumtritt. Und kein grüner Baum weilt und breitet kein Sandhaufen, keine Kuffen, nichts, gar nichts, um die Kinder vor Schaden zu bewahren.

Ich weiß wohl, armselige Nothelfer, nichts weiter, sind diese letzten Vorschläge, doch bedeuten sie, richtig angewandt, mehr, als ein Tropfen Wasser auf einem heißen Stein. Wir müssen nur dafür Sorge tragen, daß Millionen von Wassertropfen zusammenkommen, dann wird auch der glühendste Stein einmal erkalten.

Daß die Sommerferien unserer Arbeiterkinder ein Problem darstellen, das dringend seiner Lösung harret, wissen alle, die die Verhältnisse, besonders in den großen Städten, kennen. Die No-

thelfer der Kinderführungen könnten den Beginn einer umfassenden Volksfürsorge für die Kinder bilden. Sollten einige der Weisung sein, daß diese neuen Maßnahmen nur eine neue Ausgabenlast für die moderne Arbeiterschaft bedeute, so möchte ich darauf hinweisen, daß eine kräftige, arbeits- und denkfähige Nachkommenschaft gerade für die moderne Arbeiterschaft ein freies Kapital darstellt, während das Kapital, das für die geistige und körperliche Befunderhaltung ihrer Nachkommenschaft ausgegeben wird, ein Kapital darstellt, das notwendigerweise sehr hohe Zinsen bringen muß.

Toni Sühmann.

Das Begräbnis der Miß Davison.

London, 14. Juni. (Fig. Ber.) Ein Leichenzug von wunderbarer Erhabenheit und Feierlichkeit bewegte sich heute nachmittag durch die mit Menschen dicht gefüllten Straßen Londons. Man brachte die Leiche der ersten Toten der englischen Frauenrechtsbewegung von Epim durch London nach der Familiengruft der Verstorbenen in North in der Grafschaft Northumberland. Keine Fürstin hat je ein solches Begräbnis gefunden wie diese Frau, die, was man auch immer über die Agitationsmethode der Suffragetten denken mag, für ihr Ideal in den Tod gegangen ist und sich ihren Mitmenschen in unerschütterlicher Weise geopfert hat. Diese Wahrheit empfanden alle Anwesenden. Wohl mochte sich hier und da in der hunderttausendköpfigen Menge ein Spötter hervor; doch seine Worte erstarben auf seinen Lippen inmitten der ehrfurchtvollen Menge, die vor der Toten stumm die Hüte abnahmen. Es war ein ergreifender Anblick, dieser lange Zug von weiß und schwarz und violett gekleideten Frauen, der sich von der Station Victoria, wo die Leiche von Epim ankam, nach der Station King's Cross bewegte, von wo sie nach Nordengland transportiert wurde. Mit zehn Kapellen waren die Frauen unter den Klängen der Marseillaise nach der Station Victoria gezogen, und nun brachten sie ihre teure tote mit feierlichem Trauermarsch zur letzten Ruhe. Die Kapellen spielten Händels Trauermarsch, jene erschütternde Komposition, die einen so deutlich an den Klageruf einer von unendlichem Leid zerrissenen menschlichen Seele mahnt. Und wenn dann bei dem dritten Viertel jedes zweiten Aktes der dumpfe Trommelschlag erkundete, ging ein Schauer durch die Menge, wie wenn sich etwas Großes, Unbegreifliches zugetragen hätte. Nie zuvor ist ein Händels Trauermarsch so groß und so erhoben vorgekommen.

Hinter den Zugführerinnen schritt die Geistlichkeit. Dann kamen drei Reihen weißgekleideter Mädchen, die Lorbeerkränze trugen. Ihnen folgte ein violettfarbiges Banner mit der Aufschrift: „Kämpfet weiter, und Gott wird den Sieg geben.“ Wieder kamen lange Reihen weißgekleideter Mädchen mit Lorbeerkränzen. Hinter ihnen schritten die Londoner Mitglieder der Sozialpolitischen Union. Der erste Teil von ihnen ging schwarz gekleidet; jede Frau trug weißblauem Schwertlilien in der Hand. Der zweite Teil hatte violettfarbige Kleider an und trug Pfingstrosen, und in der dritten Sektion marschierten weißgekleidete Frauen, die große weiße Lilien vor sich trugen. In derselben Ordnung, in der gleichen Kleidung und mit denselben Blumen folgte die lange Reihe der Mitglieder aus der Provinz hinter der Leiche. Der Zug stand auf einem einfachen Wagen und war mit einem violettfarbenen Tuch bedeckt. Vor und hinter dem Leichenwagen wurden je zwei Banner getragen. Auf denen, die vorangetragen wurden, war zu lesen: „Gedanken haben sich verheiratet, deren Nacht nicht wieder einschlummern kann. Siegt! Siegt!“ und: „Größere Liebe hat kein Mensch als der, der sein Leben niederlegt für seine Freunde.“ Die, die dem Zuge folgten, trugen die Aufschriften: „Dulce et decorum est pro patria mori“ (Süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben) und „Wer sein Leben verliert, soll es wiedergewinnen.“ Unmittelbar vor dem Leichenwagen marschierte die Fahnenführerin. Ihr folgten Frauen, die den Hungerstreik mitgemacht haben, Geisliche und persönliche Freunde. Hinter der Leiche schritten die Verwandten, eine zweite Partee Hungerstreikender, etwa 100 Mitglieder der freien Berufe in ihren akademischen Gewändern. Eine Reihe mit Kränzen beladener Wagen bewegte sich im Zuge. Wir bemerkten eine aus weißen Ketten bestehende Blumenspende in Gestalt eines Gefängnisgitters. Den Schluß des Zuges bildeten die Mitglieder anderer Frauenstimmrechtsorganisationen und einiger Ostlondoner Gewerkschaften mit ihren Fahnen und Bannern.

Auffallend groß war die Zahl der Frauen, die sich herandrängten, um das Begräbnis zu sehen. Mindestens die Hälfte der umgebenden Zuschauermenge bestand aus Frauen und Mädchen, die für die Verstorbenen wirklich tiefe Sympathie fühlten. Wir sahen mehrere weinen. Wir hörten eine Arbeiterfrau sagen: „Armes Herz! Aus tiefer Liebe für ihre Sache ist sie in den Tod gegangen. Wäre sie verheiratet gewesen, so wäre sie sicher eine liebevolle Gattin und Mutter gewesen.“ „Arme Miß Davison“ konnte man die Kinder sagen hören, die dies gewiß ihren Müttern abgelauscht hatten.

Die Polizei tat ihr Möglichstes, um den ordnungsmäßigen Verlauf der Feierlichkeit zu sichern. Sie hatte vorher bekanntgegeben, daß sie es nicht erlauben werde, daß sich der Zug durch die belebten Straßen bewege. Schließlich hat sie es doch erlauben müssen. Aber die Folge ihrer Verordnung war, daß sich die Menschenmengen, die den Leichenzug von allen Seiten erwarteten, von einer Verteilung in die andere wälzten und so den ganzen Verkehr in Westlondon zum Stillstand brachten. Auch erlaubte sich die Polizei eine Handlung von empörender Brutalität: Frau Fankhurst, die zweimal aus dem Gefängnis entlassen worden ist, damit sie am Leben bleibe, sollte in einem Wagen dem Zuge folgen. Als sie ihr Haus verlassen wollte, um am Begräbnis der Miß Davison teilzunehmen, wurde sie wieder verhaftet und ins Gefängnis transportiert. Dieses Polizeimander sieht aus wie ein Akt keimlicher Mache. In einem Londoner Blatte heißt es, daß ein Teil der Zuschauer die Mitglieder der Sozialpolitischen Union ausgezinkt habe. Wir haben davon nichts bemerkt. Nur die Polizei wurde ausgezinkt, als sie die Volksmenge vor der Kirche, in die der Zug auf dem Wege gebracht wurde, auseinanderreiben wollte. Um ein Haar hätte sie Prügel bekommen; sie wählte jedoch rechtzeitig den besseren Teil der Tapferkeit.

Das Begräbnis der Miß Davison hat auf das Londoner Volk einen tiefen Eindruck gemacht. Niemand, der ihr beigewohnt, wird diese letzte Demonstration der ersten Märtyrerin des Frauenstimmrechts leicht vergessen. Auf ihre Weise gab sie ihr Leben für den Fortschritt und die Freiheit der Menschheit, und alle Freunde der menschlichen Freiheit werden vor ihrer Behre ehrfurchtsvoll den Hut ziehen.

Mutter und Kind.

Wahnerinnen in Frankreich. Die französische Depulierenkammer hat am 12. Juni ein Gesetz über den Schutz schwangerer Arbeiterinnen angenommen, das nachstehende Bestimmungen enthält: Frauen, die sich im Zustand offener Schwangerschaft befinden, haben das Recht, die Arbeit zu verlassen, ohne daß sie sich des Kontraktbruchs schuldig machen. Jede Arbeiterin, Angestellte oder Hausbedienstete, die keine Einkünfte

hat, kann während der letzten vier Wochen vor und der ersten vier Wochen nach der Entbindung eine tägliche Unterstützung beanspruchen, sofern sie für sich und für ihr Kind alle notwendigen hygienischen Vorschriften befolgt. Die Durchführung des Gesetzes kann durch die freien Wöchnerinnen-Unterstützungslästen besorgt werden. Das Finanzgesetz wird die notwendigen Mittel, die auf mehrere Millionen veranschlagt sind, festsetzen. — Eine beantragte Zusatzbestimmung, die die Einbeziehung der Heimarbeiterinnen forderte, wurde in eine Resolution umgewandelt, die die Regierung auffordert, im Finanzgesetz von 1913 die dazu notwendigen Mittel vorzusehen. Angenommen wurde ein Vorschlag, der den Arbeiterinnen industrieller Unternehmungen während eines Jahres nach der Entbindung eine Arbeitsstunde täglich ohne Verminderung des Lohnes zur Säugung ihres Kindes bewilligt.

Der Geburtenrückgang in Frankreich. Der Leiter des Pariser Statistischen Amtes, Bertillon, teilte mit, daß im Jahre 1912 die Ziffer der Geburten in ganz Frankreich (750 661) die Ziffer der Todesfälle (892 740) nur um 57 911 überstiegen habe. Die Jahre 1911 und 1912 seien in dieser Hinsicht die schlechtesten seit dem Jahre 1800 gewesen.

Die Kindersterblichkeit in Rußland. Durch einen kaiserlichen Erlass, der sich mit der Kindersterblichkeit in Rußland befaßt, soll in Petersburg eine besondere Anstalt geschaffen werden, in die Kinder mit ihren stillenden Müttern aufgenommen werden sollen. Die von den Privatbanken in Petersburg und Moskau aus Anlaß des dreihundertjährigen Jubiläums der Dynastie Romanow gestiftete Million Rubel ist für die Unterhaltung dieser Anstalt bestimmt worden, die unter der Patronat der Kaiserin Alexandra Feodorowna gestellt worden ist.

Eherecht.

In Oesterreich ist die Wiederverheiratung katholischer Geschiedener verboten. Die Folge ist außer unendlich vielem Herzeleid eine Menge wider Ehe geschiedener Personen, die nicht einen sinnlosen Gesetzparagraphen zuliebe auf ein neues Familienleben verzichten wollen. Um solchen Personen, die sich noch nicht von überlieferten religiösen Bedenken befreit zu haben, Gewissensbisse zu ersparen, hat der frühere katholische Geistliche, jegliche antikerale Schriftsteller Kirchsteiger eine Erlass-Gesetzgebung eingeführt, die unter Vermeidung des kirchlichen Rituals in würdiger Weise nach dem Brauch der alten christlichen Kirche die neue Ehe weihen soll. Er erklärt dabei, nicht im Namen des Papstes oder des Staates — sondern im Namen Gottes zu handeln, läßt sich von dem Paare gegenseitige Liebe und Treue versprechen und das Versprechen abgeben, daß sie im Falle einer Reform des Gesetzes die staatliche oder kirchliche Ehe schließen nachholen wollen. Also eine durchaus ernste Feier, die dabei keinen Anschein obrigkeitlicher Befugnis zu erwecken sucht. Trotzdem wurde Kirchsteiger im vorigen Jahre der Herabwürdigung der Eintrichtung der Ehe angeklagt, aber vom Landesgericht Salzburg freigesprochen. Das Gericht stellte nicht nur den ernsten Charakter des Aktes fest, sondern erklärte auch, daß es unzulässig nicht mehr althergebrachter, dennoch wegen seines unentbehrlichen Priestercharakters zur Erteilung des Segens beugt sei.

Seitdem hat K. weiter zahlreiche Weihen vorgenommen. Nun hat eine geschiedene Frau gegen ihren früheren Mann, der eine solche „Salzburger Ehe“ eingegangen ist, Anzeige wegen Bigamie erstattet: eine Sinnlosigkeit, da ja gar keine legale Ehe geschlossen worden ist. Das aber hat zu einem neuen Vorgehen gegen Kirchsteiger geführt. Zweifelloser Antriebe der Alerikalen, die ja im gelobten Kirchenstaate Oesterreich nicht dulden können, daß auch nur ein Schlupfwinkelchen vor ihrer Gewalt herrscht, hat die Staatsanwaltschaft Salzburg eine neue Voruntersuchung angeordnet. Es wird interessant sein, zu sehen, wie lange es dauern wird, bis die Frommen die Justiz müde gemacht haben. Ewig gewiß nicht.

Gesundheitspflege des Kindes.

Die Weiterentwicklung frühgeborener Kinder behandelt Dr. Max Wall-Wroslau in der „Monatsschrift für Geburtshilfe“. Der Verfasser geht von 691 Fällen aus und konnte über 183 Kinder, von denen 57 noch am Leben waren, Nachricht erhalten. Die Untersuchungen ergaben, daß die Behauptung, frühgeborene Kinder seien in höherem Maße als reife zu Idiotie und Epilepsie disponiert, sich nicht aufrechterhalten läßt. Ein großer Teil der frühgeborenen Kinder entwickelte sich in durchaus normaler Weise. Bei einem anderen Teile machte sich eine gewisse Verzögerung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung bemerkbar. Diese Kinder liefen mit Verspätung, neigten zu Sprachstörungen, blieben längere Zeit als normale Kinder weinend und konnten in der Schule zuerst nicht recht mitkommen. Diese Entwicklungsverzögerung war aber nicht anhaltend. Der Ausgleich erfolgte allmählich. Es hatte somit den Anschein, als ob diese Kinder längere Zeit dazu brauchten, das durch diese vorzeitige Geburt entstandene Entwicklungsdefizit nachzuholen.

Tuberkulose im Säuglings- und Kindesalter. Auf Grund der Literaturangaben und eigener pathologisch-anatomischer Untersuchungen vertritt Dr. Lubarsch-Niel in „Reichsmed. Anz.“ die Anschauung, daß die Befruchtung des Oviposits von der Anheftung durch die Nahrung im frühen Kindesalter wenig Wahrscheinlichkeit besitzt. Andererseits bestätigt Dr. Lubarsch die Tatsache, daß die Tuberkulose mit zunehmendem Alter sehr viel häufiger wird und dann eine viel geringere Neigung zum Fortschreiten aufweist.

Ueber die Säuglingssterblichkeit in Abhängigkeit von der benutzten Ernährungsweise macht Dr. Schweizer-Rosslau im „Reichsmed. Anz.“ interessante Angaben. Die Fundfrage erstreckte sich auf 101 Fabrikarbeiterinnen, die 399 Kinder geboren hatten und ergab folgendes: Von den befragten Müttern haben nur etwa 40 Proz. ihre Kinder an der Brust allein gestillt und auch diese nur eine äußerst kurze Zeit (bis zu 3 Monaten). Von diesem Zeitpunkt an sinkt der Prozentsatz der Stillenden schon bedeutend. Die enorme Säuglingssterblichkeit in den ersten 3 Monaten und insbesondere im zweiten Lebensmonat erklärt sich eben durch die frühe Darreichung von gemischter Nahrung. Von den verstorbenen Kindern entfällt fast die Hälfte auf diejenigen, die in einem Alter bis zu 3 Monaten neben der Brust auch mit Brei gefüttert wurden. Von diesen gemischt genährten Kindern starben zwei Drittel innerhalb der ersten beiden Lebensjahre. An den Überlebenden werde eine hochgradige Abmagerung beobachtet. Manchmal wiesen die Kinder allerdings auch eine beträchtliche Gewichtszunahme auf, aber nur im Anfang. Je früher die Breifütterung begonnen hat, desto weiter blieb das Gewicht hinter dem normalen zurück.

Einen Beitrag zur Statistik der Tuberkulosesterblichkeit in Baden bringt Dr. E. W. Dreisel-Heidelberg in der „Deutschen med. Wochenschrift“. Seine statistische Zusammenstellung zeigt, daß in Baden in den Jahren 1906/10 die Tuberkulosesterblichkeit in allen Altersklassen erheblich geringer war als in den Jahren 1881/85. Insbesondere war bei der Säuglingssterblichkeit an Tuberkulose ein Abfall bis auf die Hälfte zu verzeichnen.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Preußischer Kommiß

Soldatengeschichten von August Winnig

Inhalt:
Zwei Beschwerden — Der Kaiserpreis — Guten Morgen, Herr Hauptmann — Der Pfingsturlaub — Jenseits der Menschlichkeit — Auf Festung — Das Reservetbild — Grenadier Gimm — Finale

Preis gut gebunden 2,— Mark

Die Lektüre des Buches ist den Soldaten verboten. Neuerdings ist die Redaktion eines Parteiblattes wegen Abdruck des Inhalts bestraft worden. Es gibt keinen besseren Beweis für die Güte des Buches.

Ohne jede Anzahlung

verkauft ich **Pianos** **Flügel** und **Harmoniums**

gegen kleine monatl. Teilzahlung. — Für jedes Instrument gewähre ich zwanzigjährige schriftl. Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410

Auch Sonntags geöffnet.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Gadecher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet.

Wandertafeln und Bücher. Reiseführer, Kursbücher hält stets am Lager. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Handelshaus Hermannplatz 6. Epochbiliger Bettverlauf. Wäschverlauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riefenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls.

Teppiche! farblichste, spottbillig, Gardinen, Portieren, Steppdecken, halben Preis. Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Thomas, Dramienstraße 126. 645R

Vorjähre elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche! (Jedlerbette) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes! Teppichlager Brünn, Gadecher Markt 4, Bahnhof Börse. (Jeder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Bettenstaub 9.—, Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Bier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hübner. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Eisenbrause, allzweckig, blattbildend, neuverfälscht, 30 Flaschen 2.25 Mark. Schöne, Helmstraße 6, Moritzplatz 1874. 833R

Wandtafel- und Roll-Rahmen für Wand- und Zylinder, Glas- und Holzrahmen, billigste, nur prima, bei Teilzahlung günstige Bedingungen. Hellmann, Gollnowstraße 20. 204R

In freien Stunden. Wochenlohn für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Kinderschlüssel, Joder, Eisenwannen, Badewannen. Spezialabdruck Reichsbergstraße 47. Leiers 5 Proz.

Reichsbergstraße 47. Leiers 5 Proz. 3.85, Naturseifen 3.85, Seife 6.85, Kuchenteig 6.75 pro Pfennig. Der neue Katalog, 600 Abbildungen, gratis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Dramienstr. 158. 737R

Kinderschlüssel, Joder, Eisenwannen, Badewannen. Spezialabdruck Reichsbergstraße 47. Leiers 5 Proz.

Reichsbergstraße 47. Leiers 5 Proz. 3.85, Naturseifen 3.85, Seife 6.85, Kuchenteig 6.75 pro Pfennig. Der neue Katalog, 600 Abbildungen, gratis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Dramienstr. 158. 737R

Leviche (Farbentfäher) enorm billig. Gardinen, Steppdecken direkt Fabrik. Rauerbach, Große Feanfurter Straße 9, dritter „Vorwärts“-Leder zehn Prozent! 609R

Klapperröhrenwagen. Kinderbestelle zurückgeleitet. Potsdamerstraße 61.

Leviche, Farbentfäher, spottbillig! Riefenposten, Portieren, Gardinen, Blüschtblenden, Dimebeden, Möbelstoffe, Läuferstoffe. Potsdamerstr. 109, Conrad Fischer, Vorwärtsleiter Extra-Rabatt. 619R

Mittelbacher Radfahrerzettel. (Aus 20 Berlin), reichend von Westpreußen bis Ostpreußen, von Stendal bis Rottb., aufgezogen in Karton 2.50 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Geschäftsverkäufe.

Riefenauswahl Ob- u. Gassen-Geschäft, Gollnow, Lagerstraße 141, Postamt 19.

Schöne große Gadeffestation billig zum Ankauf. In der ersten Wilhelm Toppel, Kaufmännischer Platz 18. 711

Grünrammgeschäft für jeden annehmbar. Preis sofort zu verkaufen. Bernauerstraße 45. 769

Restoration. guter Umlag, billige Preise, verkauft Hentel, Grünhägerstraße 11. 732

Ob- u. Gassen-Geschäft. Kolonialwaren wegen Krankheit billig veräußert. Belleramstraße 80. 752

Reife-Geschäft, billig. Schwedterstraße 249. 1240B

Seiffen-Geschäft wegen Krankheit sehr billig. Neue Hofstraße 44.

Restaurant, gutgehend, Berlesberg, bei 100 Anziehung veräußert. Brunnenstraße 165. 789

Ob- u. Gassen-Geschäft und Kolonialwaren zu verkaufen. Roll, Gehmarstraße 22.

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wir Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Ropenstraße 4 (Schleifender Sehnal). *

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.—, Kleiderchränke, Veritabs 12.—, Kommoden, Küchenstühle, Waschtiseltische, Spiegelstühle 10.—, Tische 3.—, Solatische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-Speicher Brinzenstraße 71, Stargard u. Zudell. 605R

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft sehr billig bei Glas, Rosenhägerstraße 57, vorn III. 1037R

Möbel! Für Draufleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe ich Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Ropenstraße 4 (Schleifender Sehnal). *

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.—, Kleiderchränke, Veritabs 12.—, Kommoden, Küchenstühle, Waschtiseltische, Spiegelstühle 10.—, Tische 3.—, Solatische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-Speicher Brinzenstraße 71, Stargard u. Zudell. 605R

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft sehr billig bei Glas, Rosenhägerstraße 57, vorn III. 1037R

Phänomene

Qualitäts Cigarette



KON LINON

Genauere Augengläser



Lieferant für alle Krankenkassen.
Optiker Stendel, Inh. Emil Klein,
Berlin C, Roßstraße 32.
10 Minuten vom Gewerkschaftshaus.

Auswärtiger Möbelhändler

Sucht einige Wagon Möbel, bel. Schränke, in jeder Ausführung, auch einfache und auch in kleinen Posten, gegen sofortige Cash zu kaufen, nur Gelegenheitskäufe. Gest. Off. unter R. 2 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“.

1947R

Blendax

scheuer! Blitzblank Alles

Pakete zu 10, 15 und 20 Pfg. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

10/12e nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkaufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Gadecher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet.

Wandertafeln und Bücher. Reiseführer, Kursbücher hält stets am Lager. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Handelshaus Hermannplatz 6. Epochbiliger Bettverlauf. Wäschverlauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riefenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls.

Teppiche! farblichste, spottbillig, Gardinen, Portieren, Steppdecken, halben Preis. Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Thomas, Dramienstraße 126. 645R

Vorjähre elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche! (Jedlerbette) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes! Teppichlager Brünn, Gadecher Markt 4, Bahnhof Börse. (Jeder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Bettenstaub 9.—, Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Bier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hübner. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Eisenbrause, allzweckig, blattbildend, neuverfälscht, 30 Flaschen 2.25 Mark. Schöne, Helmstraße 6, Moritzplatz 1874. 833R

Wandtafel- und Roll-Rahmen für Wand- und Zylinder, Glas- und Holzrahmen, billigste, nur prima, bei Teilzahlung günstige Bedingungen. Hellmann, Gollnowstraße 20. 204R

In freien Stunden. Wochenlohn für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Kinderschlüssel, Joder, Eisenwannen, Badewannen. Spezialabdruck Reichsbergstraße 47. Leiers 5 Proz.

Reichsbergstraße 47. Leiers 5 Proz. 3.85, Naturseifen 3.85, Seife 6.85, Kuchenteig 6.75 pro Pfennig. Der neue Katalog, 600 Abbildungen, gratis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Dramienstr. 158. 737R

Kinderschlüssel, Joder, Eisenwannen, Badewannen. Spezialabdruck Reichsbergstraße 47. Leiers 5 Proz.

Reichsbergstraße 47. Leiers 5 Proz. 3.85, Naturseifen 3.85, Seife 6.85, Kuchenteig 6.75 pro Pfennig. Der neue Katalog, 600 Abbildungen, gratis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Dramienstr. 158. 737R

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wir Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Ropenstraße 4 (Schleifender Sehnal). *

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.—, Kleiderchränke, Veritabs 12.—, Kommoden, Küchenstühle, Waschtiseltische, Spiegelstühle 10.—, Tische 3.—, Solatische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-Speicher Brinzenstraße 71, Stargard u. Zudell. 605R

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft sehr billig bei Glas, Rosenhägerstraße 57, vorn III. 1037R

Möbel! Für Draufleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe ich Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Ropenstraße 4 (Schleifender Sehnal). *

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.—, Kleiderchränke, Veritabs 12.—, Kommoden, Küchenstühle, Waschtiseltische, Spiegelstühle 10.—, Tische 3.—, Solatische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-Speicher Brinzenstraße 71, Stargard u. Zudell. 605R

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft sehr billig bei Glas, Rosenhägerstraße 57, vorn III. 1037R

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wir Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Ropenstraße 4 (Schleifender Sehnal). *

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.—, Kleiderchränke, Veritabs 12.—, Kommoden, Küchenstühle, Waschtiseltische, Spiegelstühle 10.—, Tische 3.—, Solatische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-Speicher Brinzenstraße 71, Stargard u. Zudell. 605R

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft sehr billig bei Glas, Rosenhägerstraße 57, vorn III. 1037R

Möbel! Für Draufleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe ich Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Ropenstraße 4 (Schleifender Sehnal). *

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.—, Kleiderchränke, Veritabs 12.—, Kommoden, Küchenstühle, Waschtiseltische, Spiegelstühle 10.—, Tische 3.—, Solatische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-Speicher Brinzenstraße 71, Stargard u. Zudell. 605R

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft sehr billig bei Glas, Rosenhägerstraße 57, vorn III. 1037R

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wir Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Ropenstraße 4 (Schleifender Sehnal). *

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.—, Kleiderchränke, Veritabs 12.—, Kommoden, Küchenstühle, Waschtiseltische, Spiegelstühle 10.—, Tische 3.—, Solatische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-Speicher Brinzenstraße 71, Stargard u. Zudell. 605R

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft sehr billig bei Glas, Rosenhägerstraße 57, vorn III. 1037R

Möbel! Für Draufleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe ich Ihnen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Dreimonatsfrist, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Ropenstraße 4 (Schleifender Sehnal). *

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.—, Kleiderchränke, Veritabs 12.—, Kommoden, Küchenstühle, Waschtiseltische, Spiegelstühle 10.—, Tische 3.—, Solatische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-Speicher Brinzenstraße 71, Stargard u. Zudell. 605R

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft sehr billig bei Glas, Rosenhägerstraße 57, vorn III. 1037R

Unterricht.

Auto-Fachschule (Ingenieur Schapiro), (auch langjährig), mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstraße 16. Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 137K

Chausseur-Ausbildung erklaffig und fleißig. Besondere 4-Jahres-Systeme. Honorar 100 Mark, auch Abendkurse. Kostenlose Empfehlung. Große Reparaturwerkstatt, Köpenickerstraße 116. 781R

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kreis, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. S. Swiento-Wiednicht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R

Arbeitsmarkt.

Schlafstellen.

Möbliertes Zimmer für anständigen Herrn vermietet. Seifert, Kaufstraße 26, vorn I. Ede Kottbuser Ufer, Aussicht Wasserseite. 1241B

Möbliertes Stübchen, Herrn, vermietet. Lemmin, Planufer 92, hinter Seitenflügel III. 739

Stellengesuche.

Kraftiger Arbeiter sucht Beschäftigung, gleichviel welcher Art. Jumm, Wilmersbaderstraße 8. 1242B

Wäscherin empfiehlt sich zur Reinigung sämtlicher Haus- und Leibwäsche zu Fabrikpreisen. Abholung täglich. Zales, Fährstraße 64. 77R

Partigensoffe sucht für seine Tochter mit guter Schulbildung, 16 Jahre alt, Beschäftigung. Offerten erbitte unter P. 2 Hauptredaktion des „Vorwärts“. 1242B

Stellenangebote.

Junger Grundbesitzer nach England veranlagt. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter G. Sch. abzugeben. „Vorwärts“, Reußstr. 2.

Korbmacher, tüchtige Geselle, der außer arbeiten können, verlangt. Fischer, Kurfürstenstraße 45.

Platenrechnerinnen verlangen. Gebr. Kellon, Leipzig, Straße 71/72. 1186R

Kaufgesuche.

Platinabfälle, alte Goldschmelzen, Brauchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Feinblech, Goldmatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände. Kaufpreis, Edelmetallmehrer, Berlin, Köpenickerstraße 29, Telefon Moritzplatz 3475. 550R

Zahngelüste, Goldschmelzen, Silber-, Platinabfälle, sämtliche Metallabfälle, Goldschmelzen, Quecksilber, Stanniol, alte Waagen, höchstzählend. Witte Marie Rieper. Kur Köpenickerstraße 157. 479R

Altmittel, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stanniol usw. höchstzählend. Wally Sohn, Brunnenstraße 25. 69R

Zahngelüste, Gold, Silber, Zinnschmelzen, Platinabfälle, Goldschmelzen, Silber-, Platinabfälle, sämtliche Metallabfälle, Goldschmelzen, Quecksilber, Stanniol, alte Waagen, höchstzählend. Witte Marie Rieper. Kur Köpenickerstraße 157. 479R

Altmittel, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stanniol usw. höchstzählend. Wally Sohn, Brunnenstraße 25. 69R

Musikinstrumente.

Pianos, Harmoniums, Flügel jeder Preisklasse, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R

Pianos, großes, kreuzsaitig, 120.—, Zander, Turmstraße 9 (eventuell Teilzahlung). 1042

Vermietungen.

Greifswalderstraße 206, Gartenhaus, zweizimmerige Wohnungen, Bad, Balkon. 1197R

Pantow, Feing-Geländstraße 3, Wohnungen drei, zwei-Zimmer, sämtliches Zubehör, toilet, auch Keller. 1198R

Drei, zwei-Zimmer-Wohnungen, sämtliches Zubehör, Sonnenbalkenstraße 37. 1199R

Billiche zwei-Zimmer-Wohnungen, Küche, Bad, Balkon, Vorderhaus 37,50, Gartenhaus 30.—, Kleindenkerstr. 57, Scharwederstraße 53, Strahndammstraße 60. 601R

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für Herrn oder Dame. Seifertstraße 10, II. Unt. 795

Möbliertes Zimmer einen oder zwei Herren. Kauruscher, Schöneberg, Reizigerstraße 23, Gartenhaus. 796

Möbliertes Zimmer Herrn oder Dame. Ofte, Ederstraße 58, hinter Seitenflügel III. 795

Expedit und Berichterstatter.

19 Jahre alt, in ungeländiger Stellung, wünscht sich zu verändern. Tätigkeit als Berichterstatter wird bevorzugt. Offerten unter S. 2 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“.

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bildersogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Bräudenstraße 10a, I. Etage. 798R

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Bräudenstraße 10a, I. Etage. 798R

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für Herrn oder Dame. Seifertstraße 10, II. Unt. 795

Möbliertes Zimmer einen oder zwei Herren. Kauruscher, Schöneberg, Reizigerstraße 23, Gartenhaus. 796

Möbliertes Zimmer Herrn oder Dame. Ofte, Ederstraße 58, hinter Seitenflügel III. 795

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit über Lohnunterschiede sind geübert: Bautischler Gebr. Raabe, Wilmersdorf 31.

Das Berliner Arbeitswilligen-Vermittlungsbüro d. freien Handwerker-Verbandes, Arbeitsnachweis d. Zerkmagerinnung und d. Wagenfabrikanten, Kaiser-Georg-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 22. Juni: Familienausflug nach Friedrichsgraben. Kaffeelocher. Spiele für Kinder und Erwachsene. Zum Schluss: Gemeinsamer Marsch nach Friedrichsgraben zum Bahnhof. — Treffpunkt von mittags 1 Uhr ab im Lokal „Aussichtsturm“ in Friedrichsgraben.

Rechts. Am Sonnabend, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (H. Fromm): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag. 3. Bericht von der Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 4. Parteiangelegenheiten. 5. Lokalfrage.

Rudow. Am Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Lokal von A. Palm: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichte und Geschäftliches.

Reinickendorf-West. Freitag, den 20. d. Mis., wichtige Flugblattverbreitung von den Jaglabendlokalen aus.

Berliner Nachrichten.

Die märkische Schweiz.

Um Naturidylle zu bewundern, die einen kleinen Schimmer von Schweizer Charakter verraten, reicht für uns naturbegeisterte Berliner die Fußwanderung, so wunderliche Blässhchen die Mark auch in der näheren Umgebung der Reichshauptstadt aufweist, nicht mehr aus. Gastronomisches Bedürfnis hat ja an der Oberpreze, am Seddiner vor Gosen, mit mehr ironischem als berechtigtem Namenswohlklang die Berliner Schweiz geschaffen. Der ganz bedeutend mehr sehen und genießen will, muß schon etwas Kleingeld in seinen Beutel tun und auf der Ostbahn in aller Morgenfrühe bis Dahmsdorf-Müncheberg und von da mit der Ringelbahn in die märkische Schweiz hineinfahren (ab Bahnhof Friedrichstraße 3. Klasse 1,65 M., Kleinbahn 0,55 M., Sonntagsfahrkarten bedeutend billiger). In gut zwei Stunden ist das reizende Budow, von dem ein bekannter Arzt älterer Berliner Periode sagte, daß hier „die Lunge auf Samt geht“, erreicht. Bei Millionen von Proletariern walzt bekanntlich die Lunge auf der Treitmühle. Der Fußweg von Müncheberg nach der Bienen- und Gontigstadt ist für die eintägige Tour nicht empfehlenswert, weil es nachher noch genug zu wandern gibt und man mit der Zeit rechnen muß. Im Flug geht es durch das sehr schöne Städtchen, das stellenweise Gebirgsart zeigt, am Budower Schlosspark vorbei, der leider, seitdem sich hier das Bellerische Rettungshaus für Trinkerfinder heimlich gemacht hat, nicht mehr so ohne weiteres zugänglich ist, auf der Briezener Straße in 20 Minuten nach der Bollersdorfer Höhe, von wo man einen großartigen Ausblick über den buchtenreichen Schermühlfsee (nicht zu verwechseln mit dem Scharmühlfsee bei Fürstentwale) hat. Wie von so vielen märkischen Seen erzählt auch hier die Sage, daß im Schermühl, der viel tiefer sei als die umgebenden Berge hoch sind, ein Teil der Stadt Budow begraben liege. Nach dem Abstieg von der Höhe leitet der liebliche Poetensteig am malerischen Sophienfließ zu einer regelrechten Bergpartie durch die Prigbagener Forst, wie dieses Waldgebiet zum Unterschied von der südlicher gelegenen Budower Forst heißt. Ein wunderbar schöner Wald! Tiefe Schluchten wechseln in schneller Folge ab mit waldbumrauschten Hügeln, die herrliche Aussichtspunkte bieten. Man vergleicht mit der Romantik des Blumentals und wird fast an den Harz erinnert. Durch den Moritzgrund besteigen wir ohne größere Anstrengung nacheinander die Jenashöhe, die Friedrich-Wilhelmshöhe, den Finkenherd. Dann geht's wieder bergab zur Wolfsschlucht, in deren Mitte auf einer kleinen Anhöhe ein mächtiger Granitblock, der sogenannte Teufelsstein, liegt. Wieder ändert sich die Szenerie an dem kleinen und dem großen Tornowsee, die beide von prachtvollen Buchenhainen umsäumt sind, in denen das „Elysium“ dicht am großen See zu einer wundervollen Parkanlage umgeschaffen worden ist. Von allen Seiten rauschen Bergquellen zu Tal. Nur schwer trennt man sich von dem entzückenden Fleckchen Erde, wird aber gleich dahinter neu belohnt durch die Silberföhle, eine wildromantische Waldschlucht, die in ihrer imposanten Struktur auf kleinem Raume eigentlich der Clou der märkischen Schweiz ist. Am großen Tornowsee entlang über Prigbagener Mühle, Blutbuche, Schweizerhaus, Güntherquell und den Griesensee treten wir den kürzesten Rückweg an, besuchen, wenn noch Zeit ist, dicht bei der Stadt den Vogelberg mit der Musikhalle und den Luisenberg. In fünf Stunden mit reichlicher Ruhegelegenheit ist die eindrucksvolle Fußwanderung geschafft. Die untergehende Sonne vergoldet längs der Kleinbahn die Acker und Wiesen, die Höhen und Seen. Neilenfern liegt uns die echte Schweiz. Werden wir ihre lachenden Gefilde, ihre ragenden Berge jemals sehen? Aber auch die Budower Schweiz ist schön, eine glänzende Perle in der sonst so viel gelästerten Mark.

Die Vorklassen der Gemeindeschulen.

die zu den bisherigen Neben- und Hilfspfanzklassen als neue Lehr- einrichtung für Schwachbefähigte hinzugekommen sind, haben sich in diesem Sommerhalbjahr auf 33 vermehrt. Sie sind angegliedert an 31 über die ganze Stadt verteilte Gemeindeschulen, wobei im allgemeinen jede dieser Schulen je eine Vorklasse hat (mit Ausnahme einer einzelnen Schule, an der drei Vorklassen bestehen). In diesen 33 Vorklassen sitzen jetzt 616 schwachbefähigte Kinder (315 Knaben und 301 Mädchen), dagegen saßen im letzten Winter in damals 31 Vorklassen erst 521 Kinder (294 Knaben und 227 Mädchen).

Nach ihrer Bestimmung sollen die Vorklassen solche Kinder aufnehmen, die in der 8. Klasse der normalen Gemeindeschule im ersten Jahr trotz regelmäßigen Schulbesuchs keinen Erfolg gehabt haben und nach Ablauf des Jahres in der unteren Abteilung dieser untersten Klasse bleiben müßten. Kinder, die schon im ersten Jahr sich ungeeignet für den Unterricht in der normalen Gemeindeschule zeigen, können noch vor Ablauf des Jahres in eine Vorklasse überwiesen werden. Nach einjährigem Besuch einer Vorklasse kann ein Kind, wenn es hier Fortschritte gemacht hat, die jetzt Erfolg von einer Wiedereinweisung in die normale Schule erwarten lassen, in diese zurückkehren. Wären die Fortschritte so befriedigend, daß das Kind durch den einjährigen Besuch der Vorklasse die Reife für die 7. Klasse der normalen Schule erlangt hat, so tritt es sogleich in die 7. Klasse ein. Diejenigen Kinder, die auch durch die Vorklasse nur wenig oder gar nicht gefördert werden konnten, werden

nach Ablauf des Jahres geprüft, ob Ueberweisung in eine Hilfs- schule nötig ist. Ein nochmaliger Versuch mit der Vorklasse ist zulässig, namentlich dann, wenn durch Krankheit die Teilnahme am Unterricht der Vorklasse auf längere Zeit unterbrochen wurde. Doch länger als zwei Jahre darf kein Kind in der Vorklasse bleiben. Kinder, die zweifellos selbst für die Vorklasse zu schwach wären, können ohne weiteres in eine Hilfschule für Schwachbefähigte überwiesen werden. Ferngehalten werden die idiotischen Kinder, für die natürlich nur die Idiotenanstalt sich eignet und möglichst sofortige Unterbringung in ihr zu wünschen ist.

Die Ueberweisung in eine Hilfschule wird oft von den Eltern eines schwachbefähigten Kindes nicht gern gesehen. Manche Eltern empfinden diese Maßregel, die für ein wirklich schwach- befähigtes Kind eine Wohltat bedeutet, geradezu als Zurücksetzung und schweres Unrecht. Irrtümer in der Beurteilung eines Kindes sind gewiß möglich, nicht nur bei Eltern, die oft blind gegen den Anteiligungsmangel ihres Kindes sind, sondern auch bei Lehrern, die zuweilen die Befähigung eines sich vielleicht langsam entwickelnden Kindes unterschätzen. Aber die Vorklassen können dazu beitragen, die Beförderung vor ungerichteter Ueberweisung in eine Hilfschule zu verringern. Die Vorklassen schaffen durch ihre besonderen Ein- richtungen (zweckentsprechende Unterrichtsmethode, geringere Klassen- frequenz) dem Kinde die Möglichkeit, hier seine Kräfte zu entwickeln. Und sie erleichtern ihm, wenn die Bemühungen von Erfolg gekrönt sind, die Rückkehr in die normale Gemeindeschule.

Gültigkeit der Wahl des Räumers Böß.

Der Ausschuss zur Vorprüfung der Wahlen zum Zweck- verband hat gestern die Wahl des Räumers Böß zum Mit- glied des Zweckverbandes einstimmig für gültig erklärt. Es ist damit die von unserer Seite im Plenum des Zweck- verbandes zum Ausdruck gebrachte Auffassung anerkannt. Dem Ausschuss lag der Wortlaut des Erkenntnisses des Ober- verwaltungsgerichts vor, das am 24. April die Wahl Bern- burgs für ungültig erklärte. In der ausführlichen Begründung dieser Entscheidung wird als entscheidend für die Verneinung der — wie das Oberverwaltungsgericht zugibt, nach dem Wortlaut des Gesetzes recht zweifelhaften — Frage, ob ein außerhalb der wählenden Gemeinde wohnender Bürger des Zweckverbandes zum Zweckverband delegiert werden könne, erachtet, daß der Zweckverband nicht ein gemeindeartiges Gebilde mit selbständiger Mitgliedschaft der Einwohner ihres Gebietes, sondern ein korporativer Zu- sammenschluß von Gemeinden ist. Ausgeführt wird jedoch in demselben Erkenntnis, daß der Gesetzgeber bei besetzten Magistratsmitgliedern ausdrücklich von der Bedingung des Besitzes des Gemeinde- oder Bürgerrechts abgesehen hat. Da Böß zum besetzten Magistratsmitglied in Berlin gewählt war, so war er nach dieser Entscheidung wählbar, wiewohl er zur Zeit seiner Wahl noch nicht Einwohner von Berlin war.

Das Geschäft der Straßenbahn an den Jubiläumstagen.

Ein gutes Geschäft hat die Große Berliner Straßenbahn bei dem Jubiläumsummel gemacht. Von der Großen Ber- liner Straßenbahn und ihren Nebenbahnen wurden an den vier Tagen von Sonnabend bis Dienstag zusammen 7 764 000 Fahrgäste befördert, 1 773 000 mehr als an den gleichen Tagen des Vorjahres. Der Sonntag brachte mit 2 108 000 Per- sonen die höchste Verkehrsziffer seit Bestehen des Unter- nehmens. Die bisherige „Rekordziffer“ (2. September 1912) erreichte die zweite Million noch nicht, sondern betrug „nur“ 1 870 000.

Das Geschäft löst sich die „Große Berliner“ gefallen.

Der Märchenbrunnen

erfreut sich eines ungeheuren Besuches, wie zu erwarten war, aber in diesem Umfang auch noch niemals bei einer städtischen monumentalen Anlage beobachtet worden ist. Die völlig verfehlte Hohenfollengalerie in der Siegesallee kann sich dagegen verstellen. Der Erfolg im Friedrichshain war aber auch das einzige, was in dem nun glücklicherweise verfloßenen Jubiläumsummel als sympathisch und vor allem als echt künstlerisch empfunden werden konnte. Den Bretter-, Gips- und Papp-Popanz werden wir ja wohl leider in Berlin noch nicht zum letzten Male gesehen haben. Die Verwunderung aller Kreise beim Märchenbrunnen ist ehrlich. Eine Enttäuschung erleben nur die zahlreichen Frauen, die von weither mit Kinderwagen ankommen. Letztere werden in die Denkmalsanlage nicht hineingelassen, so daß hier in diesen Tagen eine wahre Würg von Kinderwagen ausgefahren war. Die Deckung der Anlage für das Publikum erst um 9 Uhr früh erscheint um die jetzige Jahreszeit reichlich spät. Den Aufsichtsdienst versehen vor- läufig, bis der starke Andrang nachgelassen hat, Angestellte einer Wasch- und Schließgesellschaft. Außerdem sind ziemlich überflüssig noch ein halbes Duzend Schuppleute unter Führung eines Leutnants da. Am Dienstag bemerkten wir bei dem Leutnant auch zwei Kriminalbeamte mit einem Polizeihund. Diese gemeingefährlichen Kötter sind ja gerade im Friedrichshain heimisch geworden.

Wenn das Arbeiter getwesen wären!

Eine Korrespondenz berichtet: „Ein stotres studentisches Treiben wie in einer kleinen Ruhestadt entwickelte sich in der Nacht zum Mittwoch nach Beendigung des Fackelzuges in den Straßen Berlins. Die einzelnen Korporationen zogen von der Alexander- faserne, wo die Fackeln zusammengeworfen waren, meist in ge- schlossenen Jügen nach ihren Kneiplokalen, um dort den Festtag in der hergebrachten Weise zu beschließen. Dabei wurden laut schallend in den Straßen sibile Studentenlieder gesungen und mit den vorüberkommenden „schwarz-braunen Mägdelein“ fröhliche Grüße und Scherz Worte ausgetauscht. Da gab es „Gänsemarsch am Rinnstein“ entlang, „Dauerlauf auf den Straßenbahnhöfen“ und dergleichen mehr. Eine besonders fröhliche Schar exzessierte auf der Gertraudenbrücke einen Parademarsch vor einem etwas angebeiterter, ordnungsgeschmückten alten Kriegerbereiniger, der stolz die Fahnen von Anno Lokal schwenkte und für die Ehrung dankte. Am Spittelmarkt wurde um den Brunnen ein Ringelreiten ge- lanzt, dann sprang ein Bruder Studio in das Bassin und brachte dort ein Kaiserhoch aus. Die zuvorkommende und liebenswürdige Polizei drückte sämtliche Augen zu.“

Wie aus der Fassung obiger Mitteilung hervorgeht, ist dieselbe in eine für die Studenten wohlwollende Form gekleidet. Wie mag es erst in Wirklichkeit zugegangen sein? Und was wäre Arbeitern passiert, die sich nur entfernt so be- nommen hätten? Allerdings in die Lage kommen Arbeiter nicht, daß sie im Bassin eines Brunnens ein Kaiserhoch ausbringen!

Neue Spielplätze im Plänterwald.

Aus der Sitzung der Parkdeputation, die gestern stattfand, ist zu berichten, daß man beabsichtigt, im Plänterwald bei Treptow, der bekanntlich im städtischen Besitz ist, Spielplätze einzurichten.

Ferner sollen die Inseln Scharfenberg und Baumwerder im Tegeler See wegen ihres interessanten Baum- und Pflanzenbestandes in die Fürsorge der städtischen Parkverwaltung über- nommen werden.

Im Dienste schwer verunglückt

ist gestern früh der 24 Jahre alte Rangierer Gustav Bieseler aus der Meyer Str. 15 zu Adlershof. Bieseler, der verheiratet und Vater eines Kindes ist, glitt in der dritten Stunde auf dem Rangier- bahnhof in Nieder-Schöneweide, wo er beschäftigt war, aus und geriet so unter die Räder eines Eisenbahnwagens. Diese trennten ihm das linke Bein vollständig ab und rissen ihm vom rechten Fuß die Ferse ab. Der Bahnarzt Dr. Rhompaen leistete dem Ver- unglückten die erste Hilfe und ließ ihn dann mit einer Sonder- lokomotive nach dem Görlitzer Bahnhof bringen. Ein Ränzelsches Krankenautomobil, das inzwischen benachrichtigt worden war und hier auf ihn wartete, brachte ihn nach dem Krankenhaus am Urban, wo er schwer daniederliegt.

Die Kleiderordnung der Droschkentischer.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: „Vielseitigen Wün- schen entsprechend gestalte ich, zunächst versuchsweise, in der Zeit vom 1. April bis 30. September im Droschkenbetriebe das Tragen einer Kitenka von edelartig dunkelblauen Serise- oder Tricotstoff mit rotem Umlegekragen und weißer Borte auf diesem, sowie mit kleinen glatten Knöpfen von Weißmetall, unter der Bedingung, daß sie im Betriebe stets zugeknöpft ist.“

Da werden ja die Droschkentischer nichts zu lachen haben, wenn sie bei der jetzt eingetretenen Hitze ihren Rod mit den „kleinen glatten Knöpfen von Weißmetall“ stets zugeknöpft tragen müssen.

Haltezeichen der Straßenbahn.

In abschüssigen Straßen hat die Straßenbahn Halte- zeichen angebracht zu dem Zwecke, daß Straßenbahnwagen an diesem Zeichen vor der eigentlichen Haltestelle anhalten müssen, um dann langsam bis zur Haltestelle weiterzufahren. Do- durch soll das Weiterlaufen des Wagens über die Haltestelle hinaus vermieden werden. Solche Haltezeichen befinden sich beispielsweise in der Badstraße sowie in der Hochstraße, um ein Zusammenstoßen zweier Wagen zu verhüten. Seit dem Straßenbahnzusammenstoß in der Veteranen- und Invaliden- straße sind in der Brunnenstraße zwischen Anklamer- und In- validenstrasse, sowie in der Veteranenstraße solche Haltezeichen vor den Haltestellen angebracht worden.

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird er bekanntlich zugebedt.

Wenn man keine Zeit hat!

Militär lehrt vom Exerzierplatz heim. In langer Kolonne rückt Artillerie heran und versperrt den Hebergang über die Straße. Am alten Kriminalgerichtsgebäude in Moabit geht's vor- bei, aus der Paulstraße nach der Rathenower Straße hinüber. Fuß- gänger und Wagenfahrer halten an und warten in Geduld, bis der Zug wieder frei wird. Ein Straßenbahnwagen will noch rasch, ehe der Zug die Spitze der Kolonne ihm das Gleis kreuzt, sich in Be- wegung setzen. Zu spät! Schon schiebt der erste Militärkanal seine Nase über das Gleis, und auch der Straßenbahnwagen muß liegen bleiben. Du hast's eilig, aber es hilft Dir nichts, daß Du in Dich hineinfluchst. Erst kommt das Militär — und dann das Zivill. Jetzt zieht die Kolonne in der Rathenower Straße an der ausgedehnten Front des Kasernengrundstückes entlang, und der Straßenbahnwagen darf, nachdem endlich das Gleis freige- worden ist, neugierig weiterfahren. Gegenüber der Einmündung der Turnstraße gibt's ein neues Hindernis, das zu neuem Still- liegen zwingt. Was ist hier los? Eine Autobrosche, die vor dem Eingang des Kasernenhofes aufhält, hält auf dem Straßenbahn- gleis, weil die Dammseite an der Kasernenvorfront von dem vorüber- ziehenden Militär eingenommen ist. Ein Offizier in Gala steigt aus, einigen Damen in großer Toilette hilft er aus dem Wagen heraus, alle stehen miteinander auf dem Damm und — warte n, bis der Schwanz des letzten Militärkanals vorüber ist. Weinst Du? Ja, wenn Du es wärst — Du würdest so lange warten. Der Offizier aber schreitet mit seinen Damen durch eine in der Kolonne sich bildende Lücke hindurch auf das Kasernentor zu, und hinter ihm setzt der Zug seinen Weg fort. Würdest Du, Zivillist, seinen Be- gleiterinnen in Zivill, wenn Du keine Zeit hast, es nachmachen wollen? Versuche es lieber nicht!

Gute Geschäfte an den Jubiläumstagen haben die Taschen- diebe gemacht, die in dem Gedränge fehlten konnten wie die Raben. Die Kriminalpolizei hat acht Taschendiebe festgenommen, die größere Anzahl ist sicher nicht erwischt worden.

Zwei Verhaftungen sind in Sachen des Automobilanschlags im Grunewald vorgenommen worden. Ob sie sich aber aufrechterhalten lassen, ist zweifelhaft.

Für 50 000 Mark Juwelen erbeutete eine dreiföpfige Ein- brecherbande, die gestern mit ihrem Helfer von der Kriminal- polizei hinter Schloß und Riegel gebracht werden konnte. In der letzten Zeit sind, wie wir wiederholt berichteten, eine Anzahl von Einbrüchen in Goldwarengeschäfte ausgeführt worden, indem die Täter das Eisengitter durchschnitten, die Scheiben einschlugen und dann die Auslagen plünderten, oder aber den eisernen Kollenchang der Kadertür mit einem Stemmeisen gewaltsam erbrachen und sich so Eingang in die Geschäfte verschafften. Der Verdacht der Kriminalpolizei fiel auf zwei Gebrüder Alexander und Johann Jidalski, zwei schon wiederholt bestrafte Männer, die sich stets in Begleitung eines Dritten befanden, der den Beamten noch un- bekannt war. Aber erst jetzt gelang es der Kriminalpolizei, den Verdächtigen auch die Einbrüche nachzuweisen. Sie stellten nämlich fest, daß sie geheime Verbindung mit dem Altwarenhändler Alexander Waldberger in der Großen Hamburger Straße unter- hielten und dieser einen schönwollen Handel mit Goldschmuck und Juwelen betrieb, die aus Einbrüchen herrührten. Diesen sowohl wie die beiden Gebrüder nahm die Kriminalpolizei gestern fest, letztere bei einem Gelage, das sie in einem Lokal am Wedding mit ihren Freundinnen veranstalteten. Der dritte im Bunde blieb jedoch verschollen. Aber auch er erkreute sich nicht lange mehr der Freiheit. Es gelang Kriminalbeamten, ihn noch gestern abend in der Person eines Schlächter Gustav Schulz ausfindig zu machen und ebenfalls festzunehmen.

Entgleis. Gestern 11 Uhr 47 Min. vormittags entgleichte zwischen Charlottenburg und Westend die Lokomotive des Nord- ringanges 1796 mit einer Achse. Personen wurden nicht verletzt.

Erieubler der Berliner Stadtverwaltung. Zu dieser gestern veröffentlichten Notiz wird uns noch geschrieben: In letzter Stunde

